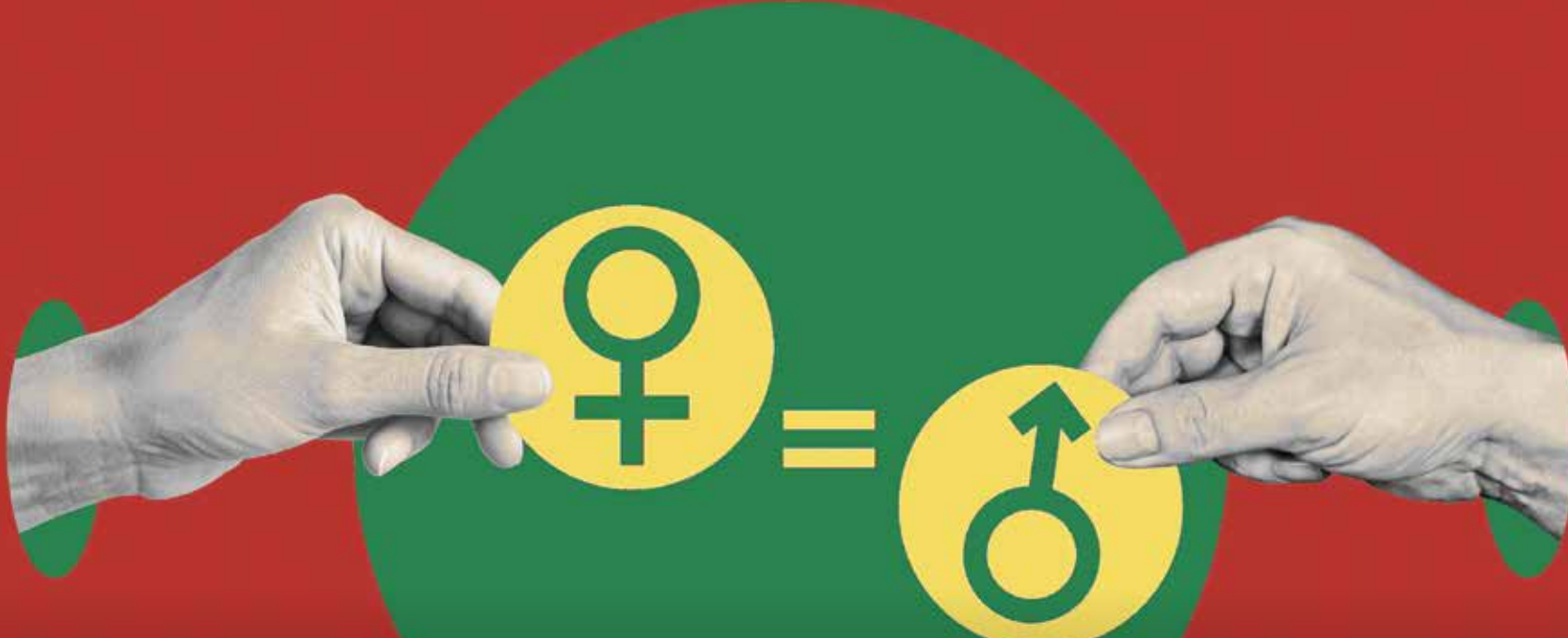


Preußische Allgemeine

Nr. 43 · 25. Oktober 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



Neues Deutschland

Wie das neue Selbstbestimmungsrecht unser Land und seine Gesellschaft verändert Seite 3



Zerwürfnis Polen und die Ukraine streiten über ein Massaker von 1943 Seite 6



Indira Gandhi Was von Indiens legendärer Politikerin blieb Seite 11

FOTOS: SHUTTERSTOCK, IMAGO/ZUMA PRESS WIRE, PICTURE ALLIANCE/DPA/STR

AfD-VERBOT

Nur sieben Abgeordnete der Union stimmen für Wanderwitz-Antrag

Eine fraktionsinterne Probeabstimmung fällt für den Initiator eines Verbots der Oppositionspartei verheerend aus. Damit scheint sich die Initiative noch vor ihrem richtigen Start erledigt zu haben

VON ROBERT MÜHLBAUER

Für den vom CDU-Abgeordneten Marco Wanderwitz vorbereiteten Antrag für ein AfD-Verbot sieht es eher düster aus. Zwar bemüht sich Wanderwitz, mehr Unterstützer für sein Vorhaben zu finden. Doch stimmten selbst in seiner eigenen Partei, der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, in der vergangenen Woche nur sieben Abgeordnete für seinen Antrag. Bei 196 Mitgliedern der Unionsfraktion ist dies eine Unterstützerquote von gerade einmal 3,5 Prozent.

Das mickrige Ergebnis zeigt, wie isoliert der Chemnitzer Abgeordnete und ehemalige Ostbeauftragte der Regierung Merkel in seinem Vorhaben ist. Neben ihm haben sich lediglich seine Partnerin Yvonne Magwas, die eher blasse Bundestagsvizepräsidentin, und Roderich Kiesewetter aus Baden-Württemberg als Unterstützer hervorgetan. Die CDU-Führung um Parteichef Friedrich Merz und Generalsekretär Carsten Linnemann lehnt den Vorstoß für ein AfD-Verbotsverfahren aktuell klar ab.

Eine Mehrheit im Bundestag gilt als unwahrscheinlich

Wanderwitz will seinen Antrag möglicherweise schon im November oder im Dezember zur Abstimmung stellen. Bislang hat sich sein Vorhaben indes immer

stark verzögert. Der Sachse brauchte mehr als ein Jahr, um die nötigen 37 Unterstützerunterschriften zu sammeln – vor allem aus den Reihen von SPD, Linken und Grünen.

Nach aktuellem Stand erscheint eine mehrheitliche Ablehnung des Antrags im Bundestag aber als wahrscheinlich. Nicht nur die CDU, auch die SPD-Spitze hat sich ablehnend geäußert. Bundeskanzler Olaf Scholz zeigte sich skeptisch, Fraktionschef Rolf Mützenich warnte vor den Risiken eines Verfahrens. Die Befürworter hoffen auf mindestens 100 bis 200 Unterstützerunterschriften. Und sie glauben, dass sich viele Abgeordnete enthalten werden, sodass nur 200 Stimmen für den Antrag für eine Annahme reichen könnten.

Von den Regierungsparteien sind lediglich die Grünen für den AfD-Verbotsantrag. Fraktionschefin Katharina Dröge sagte kürzlich, die AfD nutze ihren Einfluss, „um die Demokratie infrage zu stellen, um den Parlamentarismus zu stören und zu zerstören und um ein freiheitliches Leben in diesem Land zu gefährden“.

Nicht nur die CDU, auch die SPD-Spitze hat sich ablehnend geäußert

Deswegen sei das AfD-Verbotsverfahren für die Grünen „keine Frage des Ob, sondern eine Frage des Wie“.

Bei einem Verbot der Partei durch das Bundesverfassungsgericht würden alle Mandate der AfD sofort verfallen, alle Parteigliederungen aufgelöst und das Vermögen eingezogen. Alternativ will Wanderwitz eine Streichung der staatlichen Parteienfinanzierung beantragen.

„Voraussetzungen nicht erfüllt“

AfD-Chefin Alice Weidel hat sich angesichts der Diskussionen gelassen gezeigt. Der Wanderwitz-Verbotsantrag sei zum Scheitern verurteilt und werde den Bundestag nicht passieren, sagte sie. „Sie können nicht 20 Prozent der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland von der demokratischen Teilhabe ausschließen.“ Ein Verbot der Oppositionspartei sei antidemokratisch.

Interessant ist, mit welchen Argumenten die CDU-Spitze gegen den Wanderwitz-Antrag argumentiert. „Die Fraktion hält den Antrag zum jetzigen Zeitpunkt für juristisch nicht vielversprechend und politisch kontraproduktiv“, heißt es in einem „Blitz-Briefing“ der Fraktionsführung, das der PAZ vorliegt. Sie nennt mehrere Gründe für ihre Ablehnung. Als Erstes: „Die vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Voraussetzungen für ein Verbot sind mit Blick auf die AfD – zumindest derzeit – aller Voraus-

sicht nach nicht erfüllt.“ Die Verfassungsschutzämter verfügten bislang nicht über ausreichend Beweismaterial für ein Verbotsverfahren. Dieses würde sich außerdem über mehrere Jahre hinziehen. „Selbst für den unwahrscheinlichen Fall eines erfolgreichen Verbotsantrags könnte sich die AfD noch an der nächsten Bundestagswahl beteiligen und sich dabei als vermeintliche ‚Martyrerin‘ inszenieren“, so der Leitungsstab der Unionsfraktionsführung. Falls das Verbotsverfahren scheitere, erhielte die AfD faktisch ein verfassungsgerichtliches „Gütesiegel“, warnt die Unionsfraktion. Dieses Risiko sei nicht vertretbar. „Wir halten es für einen Trugschluss zu glauben, die Zustimmung zur AfD lasse sich ‚wegverbieten‘“, heißt es in dem CDU-Papier.

Der Parlamentarische Geschäftsführer Thorsten Frei ist besonders darüber besorgt, dass die Verfassungsschutzämter bei einem Verbotsantrag gegen die AfD sofort alle ihre V-Leute und Spitzel aus der Partei abziehen müssten. Ein solches Verfahren einzuleiten könne man erst dann tun, wenn „gesichert das Bundesamt für Verfassungsschutz und auch die Landesämter alle V-Leute und verdeckten Ermittler aus der Partei zurückgezogen haben“, sagte der CDU-Politiker. Das würde zu einem „Minus an Verfassungsschutzmöglichkeiten“ bei der Beobachtung der AfD führen. „Das sehe ich tatsächlich als ein großes Problem an“, so Frei.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Laut einer Umfrage sehen die Deutschen die Coronapolitik deutlich skeptischer Seite 4

Kultur

Das Berliner Deutschlandmuseum setzt Meilensteine der Geschichte in Szene Seite 9

Das Ostpreußenblatt

„Sorquitter Gespräche“ läuten das nächste große Preußen-Jubiläum ein Seite 13

Lebensstil

Zu Besuch bei den Kulissen der beliebten TV-Serie „Der Bergdoktor“ in Tirol Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Die deutsche Lust am Denunzieren

In der Kritik: Die Plattform „REspect!“ als Resultat einer EU-Verordnung – Immer mehr digitale Meldeportale werden in Deutschland von staatlichen Behörden sowie NGOs eingerichtet – Und die Deutschen nutzen sie nur allzu fleißig

VON JENS EICHLER

Das Wort „Denunzieren“ stuft der Duden als „abwertend“ ein und definiert das schwache Verb folgendermaßen: „jemanden aus persönlichen niedrigen Beweggründen anzeigen“ oder „jemanden negativ hinstellen, öffentlich verurteilen, brandmarken“. Beide Interpretationen lassen sich beliebig drehen und wenden – sie bleiben negativ. Schon der römische Imperator und Kaiser Gaius Julius Cäsar machte vor über 2000 Jahren deutlich, dass er zwar den Verrat liebe, „aber ich hasse den Verräter!“, resümierte er.

Woher also stammt diese neuerliche Lust in Deutschland, andere Menschen wegen einer Verfehlung, einer oftmals banalen Ordnungswidrigkeit oder aufgrund einer gefühlt moralischen Überlegenheit zu verpfeifen beziehungsweise Bürger anzustacheln, andere zu melden? Liegt uns Deutschen das vielleicht sogar irgendwie in den Genen?

Ein Blick zurück lässt beinahe Ähnliches vermuten. War die unter den Nationalsozialisten gefürchtete Gestapo (Geheime Staatspolizei) noch eine staatliche Institution, mit übelster verbrecherischer Attitüde, die aber primär von sich aus aktiv wurde und andere bespitzelte, so setzte die DDR-Staatssicherheit, kurz Stasi genannt, deutlich prägnanter auf das gegenseitige Ausspionieren und Bespitzeln der Bürger im kommunistischen Arbeiter- und Bauernstaat. Erst nach der Wende wurde deutlich, wer wen wie lange und wie hinterhältig denunziert, abgehört, ausgehört und vor allem gemeldet, verpfeift und diffamiert hatte. Meist nur zum eigenen persönlichen Vorteil, seltener aus ideologisch gefestigter Partei- oder Systemtreue. Wer heute in seine akribisch geführten Stasiakten bei der Stasi-Unterlagenbehörde des Bundes (BStU) blickt, traut oftmals seinen Augen nicht und wendet sich angewidert ab. Angewidert, weil dabei offensichtlich wird, wie Vertrauen missbraucht, aber auch niedere, persönliche Instinkte und egoistisches Eigeninteresse offenkundig werden.

Pfui Teufel. Jeder kennt solche Personen – den Petzer, die Petze. So wie jede Schulklasse ihren Klassenclown, die Klassenbeste oder den Klassendoofen hat, so gibt es auch immer diejenigen, die sich gern durch Verrat hervortun. Die neunmalklugen Spießgesellen, die nicht ein einziges Mal den Mund halten können, ohne jemanden beim Streich spielen oder Unfug machen anzuschwärzen.

Irgendeiner petzt immer

Gestapo, Stasi, Klassenzimmer sind für die meisten – zum Glück – Schnee von gestern. Doch jetzt gibt es „REspect!“, der erste „Trusted Flagger“ der Bundesnetzagentur. Unter diesem anglizistischen Neudeutsch-Begriff versteht man einen vertrauenswürdigen Hinweisgeber. „REspect!“ ist eine offizielle Meldestelle. Im konkreten Fall ein Onlineportal der Bundesnetzagentur, betrieben von der Stiftung zur Förderung der Jugend in Baden-Württemberg mit Sitz in Sersheim. Dabei ist das grell pinkfarbene Stern-Logo auf der „REspect!“-Homepage, das stark an seine rote Verwandtschaft von sozialistischen Fahnen, Emblemen und der terroristischen Roten Armee Fraktion erinnert, wohl noch das Aufregendste, was Sersheim derzeit zu bieten hat. Hier kann ab sofort jeder nach Lust und Laune Petzen, Verpfeifen, Melden und Anschwärzen, wenn er etwas im Internet findet, was ihn vermeintlich „beleidigt“.

Dazu braucht es keine Schimpfwörter oder reale Beleidigungen beziehungsweise strafrechtlich relevante Drohungen. In unserer heutigen Empörungsgesellschaft fühlt man sich ganz schnell auf den Schlipps getreten. Getreu dem Motto: Was nicht meiner Meinung, meiner Ansicht, meiner Weltanschauung, meinem Gusto und vor allem mei-



Ist Petze nicht auch eine Art Hetze? Alles, was nicht der eigenen Ansicht, Moral und Einstellung entspricht, wird gemeldet

ner Ideologie, meiner politischen Einstellung oder auch immer öfter nicht meinem moralischen Kompass entspricht, das ist dann eben „Hass und Hetze“. Und die wird gemeldet.

Der neuste Orwellsche Big Brother heißt Klaus Müller, ist ein Grüner, Intimus vom grünen Wirtschaftsminister Robert Habeck und führt als dessen Vertrauter die Bundesnetzagentur, ein rudimentärer Rest des früheren Bundespostministeriums. Zuständig ist Müller, der sich gern auch mal mit Sympathisanten der Terrorgruppe Hamas in den Sozialen Netzen ablichten lässt, eigentlich für Strom, volle Gasspeicher, Telekommunikation, Eisenbahn und eben den Rest an Postwesen. Man könnte auch mit einem Schuss Sarkasmus sagen: zuständig für vieles, was derzeit in Deutschland im Argen liegt und nicht so richtig rund läuft. Und jetzt widmet er sich mit Leidenschaft der im Grundgesetz verankerten freien Meinung. Deutschlands Ober-Zensor, der Dompteur dessen, was gesagt und geschrieben werden darf.

Doch der Netzenturcheft sieht sich berufen, wenn er verkündet, „dass seine Meldestelle ab sofort illegale Inhalte, Hass und Fake News sehr schnell und ohne bürokratische Hürde entfernen kann!“ Unabhängig davon, dass eine Behörde von sich selbst übereifrig behauptet, ohne behördliche Hürden schnell zu sein, steht diese Aussage im krassen Gegensatz zu geltendem Recht.

Hass ist nicht verboten

FDP-Vize Wolfgang Kubicki macht in einem Gastbeitrag im Magazin „Cicero“ deutlich: „Die nachgeschobene Behauptung Müllers, es würden nur illegale Inhalte verfolgt, überzeugen mich nicht. Das liegt nicht nur an der Konfusion um die Strafbarkeit von Hass in der Pressemitteilung, sondern auch am von der Netzentur herausgegebenen ‚Leitfaden zur Zertifizierung als Trusted Flagger gemäß Artikel 22 Digital Services Act‘. Der enthält als Anlage eine Liste mit Bereichen unzulässiger Inhalte. Diese Liste enthält Offensichtliches ... aber auch ‚Hassrede‘. Da bin ich auf die Rechtsgrundlage gespannt. Ebenso bei Aussagen mit negativen Auswirkungen auf den zivilen Diskurs oder Wahlen ...!“

Das wiederum heißt nämlich nichts anderes, als was grüner Ideologie nicht gefällt, hat

Auswirkungen und gehört gelöscht. Honecker, Mielke & Co lassen grüßen. Und so kommt Kubicki zu einem klaren Fazit, wenn er schreibt: „Die Umsetzung des DSA durch die Bundesnetzagentur ist ein direkter Angriff auf die freie Rede. Und das darf niemand schulterzuckend hinnehmen. Wenn Teile unserer Koalitionspartner sich auf der anderen Seite positionieren, ist das vielsagend und aus meiner Sicht sogar gefährlich ...!“

Grundlage der Trusted-Flagger-Installation ist eine EU-Verordnung, die all dieses Denunziantentum erst möglich macht. Aufgabe dieser angeblich vertrauenswürdigen Hinweisgeber ist es, das Internet auf – wie es so schön heißt – „problematische Inhalte“ zu untersuchen und diese dann schnell zu löschen. Dieser Digital Services Act (DSA), so der offizielle Name, dient somit der Bekämpfung vermeintlich illegaler Inhalte auf Geheiß der EU.

Zweifel an der Verfassungskonformität

Der Jurist Jochen Bittner hat eine deutliche Meinung dazu. Für ihn ist das Portal „offenkundig verfassungswidrig“, und andere Juristen stehen ihm bei. Denn: Neben illegalen Inhalten können halt auch legale entfernt werden. Weil es an rechtlich definierten Grundlagen und Definitionen fehlt. Und das wiederum ist eine eindeutige Zensur! Denn bei Meldeportalen wie „REspect!“ geht es weniger darum, tatsächliche Verbrechen wie im Darknet, Spionage oder drohenden Terrorangriffen zu melden. Vielmehr widmet Müller sich angeblichen Falschmeldungen und Hass. Doch was falsch ist und was sich nach Hass anhört, würde hierbei eben Müller und mit ihm alle, die bei seinem Portal jemand anderen melden, bestimmen.

Um es deutlich zu sagen: Hass, Hetze, Fake News sind klar zu verurteilen und nichts daran ist schön, entschuldbar oder gar gutzuheißen. Aber erstens ist all dies nicht gesetzlich verboten und zweitens nicht strafgesetzwidrig definiert. Jeder kann hassen, wen und wie er will. Gefühle juristisch zu regulieren, wäre fast so lächerlich wie Menschen zu verbieten krank zu werden. Heißt im Klartext: Müllers Portal ist nichts anderes als eine oberlehrerhafte Zensur-Institution. Eine schallende, anmaßende, groteske Ohrfeige für die Freiheit.

Die Meldestelle von Klaus Müllers Netzentur ist eine schallende, groteske Ohrfeige für die Freiheit. Denn das Grundgesetz verbietet jegliche Zensur in Artikel 5 der freien Meinungsäußerung. Das bedeutet wiederum im Umkehrschluss, dass das Petzportal verfassungswidrig ist.

Wer das Grundgesetz kennt, der weiß, dass Zensur in der Bundesrepublik nicht stattfinden darf. Eben wegen der im Grundgesetz Artikel 5 verbrieften freien Meinungsäußerung. Und das bedeutet im Umkehrschluss: Müllers Petzportal ist verfassungswidrig!

Wer sich von einer Aussage, einer Behauptung, einem Beitrag angegriffen und verletzt fühlt, der geht zum Rechtsanwalt, reicht Klage ein oder stellt Strafanzeige. Wie es sich gehört. Denn in einem Rechtsstaat wie der Bundesrepublik herrscht strikte Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative. Müller und die Bundesnetzagentur sowie seine Meldestelle tauchen in dieser Aufzählung jedoch nicht auf.

Faesers Gesinnungspolizei

Aber um es gleich vorwegzusagen, Müller ist weder Ausnahme noch Ersttäter. Meldestellen gibt es in Deutschland mehr als genug, und es werden immer mehr. So hat Innenministerin Nancy Faeser (SPD) bei ihrem Kampf gegen rechts unlängst angekündigt, dass jeder, der den Staat verhöhnt, es wiederum mit einem starken Staat zu tun bekommen würde. Heißt, wer sich nicht der Meinung der Regierung unterwirft, muss mit Repressalien rechnen. Denn laut Faeser soll allein der Verdacht genügen, dass jemand verfassungsfeindlich oder gar extremistisch denkt und redet. Was sie vorhat, ist nichts anderes als die Installation einer Gesinnungspolizei. Melden sollen dies keine staatlichen Behörden, sondern Bürger, die eben andere verdächtigen. Man darf somit von staatlich gefördertem Denunziantentum sprechen.

Nicht anders geht es bei Ferda Ataman zu. Die Bundesbeauftragte für Diskriminierung und zugleich Leiterin der Antidiskriminierungsstelle titulierte zwar Deutsche abfällig als „Kartoffeln“, was sie aber nicht aufhört, jeden Bürger in Deutschland aufzufordern, allein bei vagem Verdacht Mitbürger zu melden, die sich vermeintlich homophob, ausländergefeindlich, queerkritisch und vieles mehr äußern würden.

Einer der schlimmsten seiner Art ist Jürgen Resch, Geschäftsführer der mehr als fragwürdigen Deutschen Umwelthilfe und gnadenloser Umweltlobbyist. Er rief im März 2023 gleich ganz Deutschland zum Melden, Fotografieren und Anzeigen von Falschparkern auf. Das Online-Portal für Privatanzeigen im ruhenden Straßenverkehr von Frankfurt (Main) wurde im Februar dieses Jahres scharfgeschaltet. Ganz nach Resch' Vorstellungen. Nur zwei Monate später verzeichnete die Stadt bereits 4372 Anzeigen. Dem motivierten Denunziantentum waren endlich alle Pforten geöffnet.

Ob die Meldestelle Antifeminismus der Amadeu-Antonio-Stiftung oder die Online-meldestellen diverser Bundesländer, bei denen man angeblichen Rassismus, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Queerfeindlichkeit, Steuerbetrug oder Verstöße gegen den Umweltschutz – und das sind nur einige wenige – es ist immer auch eine Frage der Nutzung, die Kehrseite der Medaille. Denn all diese Petzportale funktionieren nur, wenn ausreichend verpfeift wird. Und das scheint der Fall zu sein. Allein die Zentrale Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet des Bundeskriminalamtes (BKA) verzeichnete in den letzten drei Jahren 29.200 Meldungseingänge – Tendenz steigend. Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung von Personen des politischen Lebens kommt demnach mit am häufigsten vor. Das besagte „REspect!“-Portal hingegen ist auf eine Petz-Quote in den letzten drei Jahren von 72.828 Meldungen stolz. Zahlen, die deutlich machen: In Deutschland wird verpfeift und kräftig denunziert.

Ist es da ein Wunder, dass eine der derzeit beliebtesten TV-Sendungen in Deutschland auf RTL „Die Verräter – Vertraue Niemandem“ heißt?

FOTO: MAURITIUS IMAGES / SAMMY

Selbstbestimmt gegen die Frauen

In wenigen Tagen tritt eine der weitreichendsten gesellschaftspolitischen Neuerungen der Ampel in Kraft. Was als Gleichberechtigung einer Minderheit daherkommt, dürfte insbesondere für eine Hälfte der Gesellschaft Konsequenzen haben

VON BIRGIT KELLE

Mehr als 6000 Menschen wollen wohl ihr Geschlecht wechseln, wenn demnächst am 1. November 2024 das sogenannte Selbstbestimmungsgesetz in Kraft tritt. So vermeldete es eine große deutsche Boulevardzeitung dieser Tage. In der Umkehrung bedeutet es aber auch, dass über 80 Millionen Deutsche das nicht wollen, gleichzeitig werden sie alle gezwungen werden, bei einer neuen Geschlechterdefinition der Regierung mitzuspielen – oder Bußgelder bis zu 10.000 Euro zu riskieren, wenn sie sich weigern, das absurde Schauspiel mitzumachen. Wie konnte es so weit kommen?

Man muss inzwischen immer in Hab-Acht-Stellung sein. Wenn die aktuelle Bundesregierung im Namen von Freiheit und Toleranz neue gesellschaftspolitische Gesetze erlässt, kommen dabei in der Regel am Ende neue Verbote und eine Spaltung der Gesellschaft heraus. So steht es auch mit dem neuen Selbstbestimmungsgesetz, das ab dem 1. November rechtsgültig wird und das Menschen in Deutschland ermöglichen soll, ihr Geschlecht durch eine einfache Aussage auf dem Standesamt zu ändern.

Was neu ist

Das Projekt klingt nach Fortschritt, nach LGBTQ-Rechten, es soll Diskriminierung beseitigen und jedem Menschen problemlos das Recht verschaffen, in jenem Geschlecht zu leben, in dem er sich mental und „selbstbestimmt“ zu Hause fühlt – unabhängig von seinen biologischen Präpositionen. Soweit die regenbogenfarbene Prosa vor allem der Grünen und der SPD, die bereits seit Jahren versuchen, dieses Gesetz durch den Bundestag zu bekommen. Jetzt haben sie mit den Liberalen endlich den passenden Koalitionspartner für eine Mehrheit gefunden.

Nun war es auch in Deutschland schon längst möglich, sein Geschlecht zu ändern, es wird also das bisher gültige Transsexuellengesetz abgeschafft und durch die neue Regelung ersetzt. Die wesentliche Änderung besteht kurz zusammengefasst darin, dass bislang zwei ärztliche Gutachten, eine Psychotherapie und ein Richter über die Ernsthaftigkeit dieses Wunsches entschieden, um den erwachsenen Patienten vor einer vorschnellen Entscheidung mit harten Konsequenzen zu schützen, denn ebenfalls zwingend war die operative Umsetzung des neuen Geschlechtes.

Ab dem 1. November darf nun jeder 14-Jährige im Land – im Zweifel auch gegen den Willen der Eltern – sein Geschlecht durch eine einfache Aussage auf dem Standesamt ohne jegliche Vorbedingung ändern. Es sind weder Ärzte, Richter noch Therapien nötig, womit das Tor offen ist für verunsicherte Jugendliche, echte Transsexuelle, aber auch eingebilddete Wichtigtuer und sogar Verbrecher mit niederen Motiven, ihr Geschlecht zu ändern. Als „Sahnehäubchen“ enthält das Gesetz Bußgelder für jene Mitbürger, die auf das „frühere“ oder das „natürliche“ Geschlecht eines Menschen noch hinweisen und den Angaben im Ausweis nicht Glauben schenken. Damit wird die Lüge über einen Menschen amtlich und die biologische Wahrheit zum Gesetzesbruch.

Worum es im Kern geht

In der Realität ist dieses Gesetz also nicht nur ein Paradigmenwechsel der Geschlechterpolitik, sondern auch eine Drohung an all jene, die nicht bereit sind, die Weiblichkeit eines Vollbarts auf Stöckelschuhen bedingungslos zu akzeptieren. Es geht im Kern also um die Anerkennung vor allem von Transgeschlechtlichkeit als „echte“ Geschlechtlichkeit immer



Wenn Biologie per Willenserklärung aufgehoben ist: Ab dem 1. November können Personen in Deutschland auf den Standesämtern problemlos ihren Geschlechtseintrag ändern lassen. Den Nachteil haben vor allem biologische Frauen

und überall. Das Nachsehen werden all jene Bio-Frauen haben, die ihre echte Weiblichkeit nicht ständig betonen und einfordern müssen, weil sie schlicht Frauen sind. Frausein ist kein Schauspiel, das durch Kleidung, Make-up, einen Sprechakt auf dem Standesamt oder gar durch den Segen der plastischen Chirurgie als optische Illusion erstellt werden kann. Chromosomen lügen nicht, Körbchengrößen schon.

Es geht im Kern dieses Gesetzes also um die Frage: Kann ein Mensch eigenständig sein Geschlecht wechseln – und muss die Gesellschaft den Geschlechterwechselwunsch vollumfänglich respektieren und gar über das eigene Unbehagen in der Sache schweigen? Die deutsche Bundesregierung sagt: Ja, das müssen wir.

Dies wird Auswirkungen haben auf alle 80 Millionen in diesem Land, spielt die Frage des Geschlechts doch in zahlreichen Lebensbereichen, aber auch Gesetzen eine Rolle, vor allem dort, wo eine Sache bislang exklusiv einem Geschlecht vorbehalten war, wie etwa Umkleieräume in Schwimmbädern, Schulen, Sportvereinen, Frauenschutzräumen, Frauenhäusern, Frauengefängnissen und überall sonst, wo geschlechtsspezifische Trennungen von Männern und Frauen aus Sicherheits- oder Fairnessgründen eingeführt wurden.

Globale Erfahrungen

Weltweit haben bereits einige Länder Erfahrungen mit solchen Gesetzen gesammelt. England führte schon 2010 ein ähnliches Gesetz ein, die USA und Australien sind mit zahlreichen Bundesstaaten nachgezogen, Spanien und die Schweiz haben erst kürzlich ebenfalls ein Gleichstellungsgesetz eingeführt. Kanada hat gar amtlich die Geschlechterreihe von LGBTQ auf „2SLGBTQI+“ erweitert und fördert staatlich jede erdenkliche Selbstdefinition zwischen „Two Spirit Lesbian Gay Bisexual Trans Queer“ und mit dem Pluszeichen die restlichen Varianzen.

Weltweit protestieren seither Frauenverbände gegen diese Gesetze, treten die Probleme doch vor allem zum Nachteil von Frauen auf, die sich in ihren bislang geschützten gesellschaftlichen Bereichen mit Männern konfrontiert sehen, die behaupten, eine Frau zu sein. Ein paar Beispiele: In der Schweiz lässt sich die Wehrpflicht umgehen und das Renteneintrittsalter vorverlegen durch den Wechsel von Frau zum Mann. In Spanien wechselten mit dem neuen Gesetz sofort Dutzende an Polizeibeamten auf dem Papier das Geschlecht, um bessere Dienstbedingungen zu erschleichen.

Im internationalen Sport tauchen in unzähligen Sportarten frühere Sportler als Frauen auf und erringen in ihrem neuen Geschlecht jetzt Weltrekorde, Siege und Medaillen, aber auch Preisgelder und Stipendien. Zuletzt entbrannte bei Olympia in Paris die Transdebatte über die Teilnahme der algerischen Boxer, „in“ Imane Khelif, weil sie bei den Frauen antreten durfte, obwohl sie vom eigenen Fachverband wegen ihrer Testosteronwerte aus dem Frauenboxen verbannt wurde. Das Internationale Olympische Komitee folgt da bereits der neuen Geschlechterdefinition, wonach allein das gilt, was im Ausweis steht.

Irre Auswüchse

In England sitzen derzeit fast 20 „Transfrauen“ in Frauengefängnissen ein, manche sind verurteilte Vergewaltiger. Dass sie gar keine Männer seien, fiel der Hälfte davon erst im laufenden Gerichtsverfahren ein. In der Haft kommt es dann zu sexuellen Übergriffen, Vergewaltigungen, aber auch Bedrohungen des Gefängnispersonals durch die anatomischen Männer in Frauenkleidern. In den USA ist gar ein Frauenmörder im Bundesstaat New York im Frauengefängnis untergebracht, weil er beansprucht, eine Frau zu sein. Die Behörden binden sich selbst die Hände, den Schaden haben die biologischen Frauen.

In Frankreich wurde erst vor zwei Wochen einem verurteilten Straftäter aus Algerien vom obersten Gerichtshof bestätigt, dass

seine im laufenden Verfahren entdeckte Weiblichkeit ihn davor schützt, abgeschoben zu werden, denn als „Transfrau“ wäre er in seinem Heimatland schließlich diskriminiert. Er bekommt Bleiberecht als Frau, als Mann wäre er längst weg – wie praktisch. Es bleibt abzuwarten, wie viele ukrainische junge Männer, die derzeit fahnenflüchtig in Deutschland leben, den Geschlechterwechsel auf dem Papier vollziehen, um sich dem Kriegseinsatz in ihrer Heimat und auch einer Strafverfolgung dort zu entziehen, mit dem Argument, sie seien schließlich vom deutschen Staat bestätigte Frauen.

Noch vor Inkrafttreten des Gesetzes spielte sich in Deutschland eine Geschlechterposse rund um ein Frauen-Fitnesscenter in Erlangen ab, wo ein offensichtlich erkennbarer und auch anatomisch intakter Mann Aufnahme begehrte. Nachdem es ihm verweigert wurde, rief er die Antidiskriminierungsbeauftragte der Bundesregierung, Ferda Ataman, zu Hilfe, die wiederum Kraft ihres Amtes das Fitnesscenter aufforderte, 1000 Euro Schmerzensgeld an die emotional schwer verletzte „Transfrau“ zu zahlen, um die Sache ohne weiteres Aufsehen beizulegen. Der Fall entbehrte jeder gesetzlichen Grundlage, zeigte aber exemplarisch, worauf das neue Gesetz hinauslaufen wird: Männer beanspruchen Frau zu sein, drängen oder klagen sich fortan in Frauenräume und bekommen dafür gar amtliche Unterstützung.

Das Nachsehen haben die Frauen

In der Konsequenz all dessen werden gerade hundert Jahre Kampf für Frauenrechte im Namen von Männern in Damenkleidung rückabwickelt. Federführend im Bundestag war mit Markus „Tessa“ Ganserer ein Mann bei den Grünen, der auf einem Frauenquotenplatz ein Bundestagsmandat erhielt. Wer ihn ab 1. November noch Markus nennt, riskiert durch das neue „Offenbarungsverbot“ eine Anzeige und ein Bußgeld bis zu 10.000 Euro. Willkommen in der neuen Geschlechtergerechtigkeit.

Ein breiter Teil der Bevölkerung glaubt indes immer noch, das Gesetz hätte nichts mit ihnen zu tun und es ginge hier nur um „Antidiskriminierung“ und „Toleranz“ für jene, die sich in ihrem Körper falsch fühlen. Faktisch droht neben der Entrechtung von Frauen eine Entmündigung von Eltern, wenn sie ihre Kinder künftig vor einer Geschlechtsumwandlung bewahren wollen. Bereits heute drohen sie das Sorgerecht zu verlieren, weil jeder Widerstand gegen die freie Entfaltung der „Geschlechtsidentität“ ihres Kindes gegen sie ausgelegt werden kann. Schon heute existieren die ersten Fälle von Eltern, die nicht einmal wissen, wo ihre Kinder sind, weil das Jugendamt sie aus den Familien nahm, um sie vor ihren Eltern zu „schützen“, während Trans-Lobbygruppen ab 1. November staatlich finanziert werden können, um Kinder und Jugendliche zu beraten. Transaktivisten ersetzen dann fortan Ärzte und Therapeuten. Der Bock wird zum Gärtner gemacht.

Tatsächlich ist es eine Farce, die sich gerade in Deutschland abspielt. Dabei ist der Kaiser in seinen neuen Kleidern nicht nackt, vielmehr trägt er jetzt Damenunterwäsche und behauptet, eine Frau zu sein. Irgendwann werden wir auf diese Episode der Geschichte zurückblicken und uns fragen, wie es passieren konnte, dass einst eine Handvoll Männer mit einem Hang für Damenkleidung nicht nur echte Transmenschen mit einer leidvollen Geschichte ins Lächerliche ziehen konnten, sondern auch ein ganzes Land dabei brav Regenbogenfähnchen schwenkte.

● **Birgit Kelle** ist freie Publizistin. Zuletzt erschien „Ich kauf mir ein Kind. Das unwürdige Geschäft mit der Leihmutter-schaft“ (FinanzBuch Verlag 2024). www.birgit-kelle.de

● MELDUNGEN

Bäderbahn bleibt erhalten

Berlin – Auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion nach der Entscheidung der Deutschen Bahn AG, die Bäderbahnstrecke zwischen Lübeck und Neustadt in Holstein weder stillzulegen noch zu veräußern, antwortet die Bundesregierung, dass für die Entscheidung die „Strategie der Starken Schiene“ maßgeblich gewesen sei. Die Stilllegung der Strecke hätte bedeutet, dass Bahnreisende die Seebäder an der schleswig-holsteinischen Ostseeküste nur über unattraktive Umwege hätten erreichen können. Zu einem Stilllegungsverfahren sei es nicht gekommen, weil der Kaufinteressent NEG angekündigt hatte, selbst keine Verkehre anzubieten oder in die Strecke zu investieren. Daher habe die Bahn den Vorgang neu bewertet und gemäß der „Strategie der Starken Schiene“ ihre Eisenbahninfrastruktursparte neu überdacht. Sie komme damit ihrem Versprechen nach, keine Bahnstrecken mehr stillzulegen. **MRK**

Italo-Mafiosi in Deutschland

Berlin – In der Bundesrepublik haben sich 933 Mitglieder der italienischen Mafia niedergelassen. So lautete die Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Gemäß dem BKA und den Landes kriminalämtern zählen 503 der Mafiosi zur kalabrischen 'Ndrangheta, 116 zur sizilianischen Cosa Nostra und 111 zu Neapels Camorra. Der Rest gehört anderen Gruppierungen an. Der Obmann der Grünen-Bundestagsfraktion im Innenausschuss, Marcel Emmenrich, kommentierte dies: „Es leben fast 1000 Mafiosi in unserem Land, und es gibt großen Grund zur Sorge, dass immer mehr Mafiosi unter dem Radar der Sicherheitsbehörden bleiben. Die hohe Dunkelziffer ist nicht zu unterschätzen. Der gewaltbereite und aushöhlende Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft und Politik ist eine schleichende Gefahr für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.“ **W.K.**

Klimaschutz für 4,5 Billionen

Berlin – Die Maßnahmen zum Klimaschutz dürften die Bundesrepublik bis 2040 um die 4,5 Billionen Euro kosten, also mehr als das Bruttoinlandsprodukt von 2023, das bei knapp 4,2 Billionen lag. Dies geht aus einer von der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) veröffentlichten Studie hervor, welche von den Organisationen The Climate Desk und FutureCamp Climate erstellt wurde. Gleichzeitig äußern die Studienautoren erhebliche Zweifel daran, dass das Klimaschutzziel der EU, die Emissionen von Treibhausgasen bis 2040 auf zehn Prozent des Wertes von 1990 zu reduzieren, eingehalten werden kann. Es beruhe auf zu optimistischen Annahmen bezüglich der Technologieentwicklung sowie der Verfügbarkeit von Fachkräften, Rohstoffen und Mitteln für Investitionen. Daher mahnen die DIHK und der VKU deutlich „mehr Realitätssinn“ seitens der Politik an. **W.K.**



Wider besseres Wissen: Viele Maßnahmen der Politik zu Corona-Zeiten müssen dringend aufgearbeitet werden Foto: action press

PANDEMIE-UMFRAGE

Erstaunliche Corona-Umfrage

Die Deutschen beurteilen die Maßnahmen deutlich kritischer als früher

VON WOLFGANG KAUFMANN

Das kritische Online-Magazin „Multipolar“ hat eine aktuelle Umfrage zu den Corona-Maßnahmen beziehungsweise zu den Corona-Maßnahmen sowie zur Aufarbeitung der Pandemie-Zeit initiiert, welche dann im formellen Auftrag der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ von dem Berliner Markt- und Meinungsforschungsinstitut Forsa durchgeführt wurde.

Dabei ging es zuerst um die Frage, ob „die vielfältigen Einschränkungen während der Corona-Zeit, auch jene von Grundrechten, richtig und verhältnismäßig“ gewesen seien. Hierauf antworteten 58 Prozent der Probanden mit „Ja“ und 40 Prozent mit „Nein“. Wobei die Zustimmung unter den Anhängern der Grünen mit 73 Prozent am höchsten ausfiel, während nur jeder fünfte AfD-Anhänger die Maßnahmen für gerechtfertigt hielt.

Diese Zahlen kollidieren deutlich mit den Ergebnissen früherer Umfragen, in denen der Prozentsatz der Maßnahmen-

kritiker in aller Regel deutlich niedriger lag. Die auffällige Diskrepanz kann eine Folge der Veröffentlichung der RKI-Protokolle sein, welche belegen, wie wenig sich die damaligen Entscheidungsträger von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Ratschlägen leiten ließen.

AfD-Wähler auffällig kritisch

Andererseits sagten aber lediglich 28 Prozent der Befragten, überhaupt etwas „über die Inhalte der RKI-Protokolle ... gehört oder gelesen“ zu haben, wobei sich von den AfD-Anhängern immerhin fast jeder Zweite informiert zeigte, während die FDP-Sympathisanten hier mit 21 Prozent das Schlusslicht bildeten.

Zwölf Prozent wiederum waren der Ansicht, das Regierungshandeln während der Corona-Pandemie aufgrund der Kenntnis der RKI-Protokolle heutzutage kritischer als zuvor zu bewerten. Hier rangierten die AfD-Anhänger mit 25 Prozent ebenfalls an der Spitze, aber auch zwölf Prozent der potentiellen Grünen-Wähler signalisierten ein Umdenken.

Die dritte Frage lautete: „Haben Sie die Impfung gut vertragen und wenn nein, waren Sie beim Arzt und haben Sie die Nebenwirkungen bestätigt bekommen?“ 73 Prozent äußerten, keine Probleme gehabt zu haben, und 17 Prozent berichteten von Nebenwirkungen, wobei aber nur vier Prozent eine ärztliche Bestätigung für diese erhielten. Und weitere zehn Prozent gaben an, ungeimpft zu sein. Von den Anhängern des BSW und der AfD blieben sogar 13 beziehungsweise 35 Prozent ohne Corona-Impfung. Des Weiteren klagten die Wagenknecht-Sympathisanten über die meisten Nebenwirkungen – hier lag die Quote bei immerhin 36 Prozent. Ansonsten bewegte sich der Anteil der irgendwie Beeinträchtigten zwischen elf und 26 Prozent.

Das alles steht in starkem Kontrast zu den offiziellen Angaben des für die Impfstoffsicherheit zuständigen Paul-Ehrlich-Institutes (PEI). Dieses sprach in seinem letzten veröffentlichten Sicherheitsbericht vom März 2023 lediglich von „1,77 Verdachtsfallmeldungen auf 100.000

Impfungen“, was einer Quote von 0,177 Prozent entspricht. Allerdings war das PEI nach eigener Aussage mit der Masse der Meldungen überfordert, weswegen es viele davon gar nicht auswertete.

Impfungen nicht risikolos

Darüber hinaus stellten die Forsa-Mitarbeiter die Frage: „Kennen Sie persönlich jemanden, bei dem nach einer Corona-Impfung schwere Nebenwirkungen aufgetreten sind?“ Die Antworten hierauf erschütterten das Narrativ der Bundesregierung am stärksten, denn 35 Prozent aller Befragten wussten von Menschen aus ihrem persönlichen Umfeld, bei denen nach den mRNA-Injektionen erhebliche Nebenwirkungen aufgetreten waren. Nun antwortete sogar jeder fünfte Anhänger der Grünen mit „Ja“, während die Zustimmungsquote ansonsten zwischen 25 und 70 Prozent lag, wobei wiederum die mutmaßlichen BSW- und AfD-Wähler die Rangliste anführten. Damit dürfte nun mindestens jedem dritten Deutschen bewusst sein, dass die Corona-Impfungen alles andere als risikolos waren und sämtliche Politiker, die etwas anderes behaupteten oder gar eine Impfpflicht forderten, mit der Gesundheit der Bürger dieses Landes fahrlässig hantierten.

Insofern können auch die Antworten auf die fünfte Frage nicht verwundern, welche lautete: „Halten Sie einen Untersuchungsausschuss des Bundestages zur Aufarbeitung der Corona-Zeit für erforderlich?“ Hier äußerten 40 Prozent ein „Ja“ und 58 Prozent ein „Nein“. Die genauen Prozentzahlen bei der Zustimmung bezogen auf die Anhänger der verschiedenen Parteien ergaben folgendes Zahlenbild: CDU/CSU: 31, SPD: 33, Grüne: 43, BSW: 45, FDP: 54 und AfD: 62.

AfD und BSW für Ermittlungen

Und dann wurde ferner noch die Frage gestellt: „Sollten juristische Ermittlungen gegen die während der Corona-Pandemie für die Entscheidungen verantwortlichen Politiker eingeleitet werden?“ Auch diesmal verblieben diejenigen, welche für eine strenge Aufarbeitung plädierten, mit 29 Prozent in der Minderheit, wobei die Sympathisanten der Ampel-Parteien besonders milde urteilten, während 50 beziehungsweise 73 Prozent der BSW- und AfD-Anhänger die Staatsanwälte und Gerichte in Aktion sehen wollten.

Dass die Forsa-Umfrage, so bemerkenswert die Ergebnisse im Detail auch sein mögen, die Verantwortlichen dazu bringt, nachträglich Einsicht zu zeigen, ist eher nicht zu erwarten. Vielmehr wiederholte Bundeskanzler Olaf Scholz kürzlich nur seine Aussage, bei der Bekämpfung einer Pandemie dürfe es „keine Roten Linien geben“.

ENERGIEWIRTSCHAFT

Als Subventionen getarnte Klimaschutzverträge

Habecks gespielte Großzügigkeit kann für Unternehmen überaus teuer werden

Mit Klimaschutzverträgen will Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) Unternehmen dazu veranlassen, bei ihrer Produktion Kohlendioxid-Emissionen zu vermeiden. Habeck lockt dabei mit Milliarden an Zuschüssen und wirbt mit Planungssicherheit, dennoch gehen die geförderten Firmen eine riskante Wette ein.

Die ersten dieser Klimaschutzverträge hat Habeck Mitte Oktober unterzeichnet und an 15 Unternehmen übergeben. Die können insgesamt maximal 2,8 Milliarden Euro erhalten. Ausgezahlt wird das Geld aber erst, wenn in der Produktion tatsächlich CO₂-Emissionen eingespart werden. Habeck vermeintliche Großzügigkeit hat allerdings einen Haken: Sollten die Preise für fossile Energieträger künftig über denen der „erneuerbaren Energien“ liegen, müssen die Unternehmen sogar Geld an

den Staat zurückzahlen. Der Staat hat es dann in der Hand, etwa über die Kohlendioxidbepreisung die Preise für fossile Energieträger weiter zu erhöhen.

Sollten die Klimaschutzverträge künftig mehr Anklang als in der ersten Ausschreibungsrunde finden, sind negative Auswirkungen auf den Strommarkt nicht auszuschließen. Bei vielen Projekten wird der Energieträger Erdgas nämlich durch Strom oder Wasserstoff ersetzt. Der Ziegelhersteller Wienerberger will beispielsweise Öfen zum Brennen von Ton nicht mehr mit Gas beheizen, sondern sie ab 2027 mit Strom oder Wasserstoff betreiben. Auch der Klebebandhersteller Tesa plant, in seinem Hamburger Werk erdgasbetriebenen Dampfkessel durch einen Elektrodampfkessel und einen wasserstofftauglichen Kessel zu ersetzen.

Werden viele solcher Projekte umgesetzt, wird dies zwar die Nachfrage nach Erdgas sinken lassen, kräftig steigen wird dafür aber der Bedarf an Elektroenergie.

Steigende Preise drohen

Ziel der Ampelkoalition ist es etwa, dass bereits bis zum Jahr 2030 in Deutschland 15 Millionen Elektroautos unterwegs sind. Jedes Jahr sollen zudem nach Habecks Vorstellungen 500.000 Wärmepumpen installiert werden. Diese verbrauchen ebenso Strom wie die von Habeck gewünschte Herstellung von „grünem Stahl“ in Elektrolichtbogenöfen.

Hält die Stromproduktion mit der massiv steigenden Nachfrage nicht Stand, ist mit weiter steigenden Preisen auf dem Strommarkt zu rechnen. Dies kann weder im Sinne der Wirtschaft noch der privaten

Verbraucher sein. Auch der Einsatz von „grünem“ Wasserstoff, der ohne Kohlendioxid-Emissionen produziert wird, ist dabei durchaus skeptisch zu sehen. Der EU-Rechnungshof hat erst im Juli gewarnt, dass die für 2030 angepeilten Werte für den Import und die Produktion von grünem Wasserstoff „zu ehrgeizig“ seien und dringend einer Realitätsprüfung unterzogen werden müssten. Nach Einschätzung der Rechnungsprüfer hat die EU bei „klimaneutralem“ Wasserstoff aus eigener Produktion bislang „nur bescheidene Erfolge“ erzielt. Übersteigt 2030 die Nachfrage nach grünem Wasserstoff das Angebot, ist mit einem bizarren Effekt zu rechnen. Zur Bedarfsdeckung könnte dann Wasserstoff zum Einsatz kommen, der wie bislang üblich mit Hilfe von Erdgas hergestellt wurde. **H.M.**

DEMOKRATIE

Die Brandmauer bröckelt

Die Ausgrenzung der AfD im Brandenburger Landtag endet – Aufruf zu offener Debatte

VON HERMANN MÜLLER

Über mehr als zwei Wahlperioden hinweg haben die Vertreter der etablierten Parteien im Landtag von Brandenburg gegenüber den AfD-Abgeordneten auf eine sehr weitgehende Blockade und Ausgrenzung gesetzt. Legte die AfD-Fraktion einen Antrag oder einen Gesetzentwurf vor, war eine geschlossene Ablehnung durch alle anderen Fraktionen programmiert. Das Ausscheiden von Grünen und Linkspartei aus dem Landesparlament und das Dazukommen des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) scheint nun für einen Stimmungswechsel zu sorgen.

Bereits die erste Sitzung des märkischen Landtags nach der Wahl stellte ein Kontrastprogramm zur vorhergehenden Wahlperiode und auch zur konstituierenden Sitzung des Landesparlaments in Thüringen dar. In Erfurt war es im September zu einem Eklat um die Geschäftsordnung gekommen. Erst nach einem Beschluss des Verfassungsgerichts konnte die Volksvertretung in einer weiteren Sitzung ihren Präsidenten wählen.

Als Brandenburgs neues Landesparlament am 17. Oktober erstmals zusammentrat, zeigte sich Alterspräsident Reinhard Simon vom BSW in seiner Eröffnungsrede ganz deutlich als Brückenbauer. Ohne die AfD namentlich zu nennen, plädierte der 73-Jährige für ein Ende der Ausgrenzung im Parlament: „Gewähren wir den politischen Mitbewerbern, dass auch sie mal zutreffende Dinge beitragen können“, so der langjährige Theaterintendant aus dem uckermärkischen Schwedt.

BSW-Chef vollzieht Wende

Zuvor hatte schon Brandenburgs BSW-Landeschef, Robert Crumbach, eine generelle Brandmauer abgelehnt. Crumbach sagte, die AfD sei eine demokratisch gewählte Partei, mit der man sich inhaltlich auseinandersetzen müsse. Er bezweifelte dabei auch, dass die bisherige ständige Ausgrenzung der Partei erfolgreich gewesen sei.

Noch Anfang September, wenige Wochen vor der Landtagswahl, hatte sich der BSW-Landeschef offen für ein Verbotungsverfahren gegen die AfD gezeigt. Das sei eine Überlegung, so Crumbach im September, die man weiterverfolgen müsse. Gegenüber dem „Nordkurier“ erklärte



Landtag eröffnet: Alterspräsident Simon gratuliert der neuen Präsidentin Liedtke

Foto: picture alliance/dpa/dpa;POOL

der frühere Arbeitsrichter zudem, die AfD sei inhaltlich völlig inakzeptabel, und „im Landesverband gibt es handelnde Personen, mit denen man weder reden kann noch reden darf.“

Nur wenige Wochen später hält sich Crumbach nun offen, im Landtag „vernünftigen Anträgen“ der AfD nicht zu widersprechen. Einschränkend fügte er allerdings hinzu, er habe sich die Anträge der AfD-Fraktion der vorigen Wahlperiode angesehen und dabei nichts gefunden, was er unterstützt hätte.

Als ein Zeichen für das Ende der Ausgrenzungstaktik im Brandenburger Landtag kann die Wahl des Parlamentspräsidenten gesehen werden. Die SPD-Politikerin Ulrike Liedtke ist bei der ersten Sitzung des neuen Landtags erneut zur Präsidentin gewählt worden. Bei ihrer Wahl muss Liedtke auch viele Stimmen der AfD-Abgeordneten erhalten haben. Gleich im ersten Wahlgang bekam die Musikwissenschaftlerin aus Rheinsberg 70 Stimmen. An der Wahl teilgenommen hatten 86 der insgesamt 88 Landtagsabgeordneten. Nach ihrer Wahl schien Liedtke bemüht,

im Parlament einen eher versöhnlichen Ton zu finden. Es gehe um gute Politik, für die die Fraktionen gemeinsam verantwortlich seien, und weiter: „Unser Wahlergebnis gibt es anderswo nirgends. Das ist eine Chance. Wir müssen selbst einen Umgang miteinander finden. Nach diesem Wahlergebnis wird es unsere gemeinsame Aufgabe sein, zu einigen, womöglich auch zu versöhnen. Dazu muss keine Brandmauer eingerissen werden, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind und bleiben abscheulich. Aber nicht alle Anhänger populistischer Organisationen sind rechtsextrem, rassistisch, antisemitisch.“

Nur noch „Schuss vor den Bug“

Gewählt wurden zudem drei Vizepräsidenten, sodass mit CDU, BSW, SPD und AfD alle Fraktionen in der Landtagsspitze vertreten sind. Allerdings benötigte der AfD-Kandidat Daniel Münschke einen zweiten Wahlgang, weil er beim ersten Anlauf nicht auf eine erforderliche absolute Mehrheit gekommen war. Bei der SPD war später von einem „Schuss vor

den Bug“ die Rede, den die AfD unbedingt abbekommen sollte.

Weniger Beachtung als der Start der Wahlperiode im Potsdamer Landtag hat eine Entwicklung auf kommunaler Ebene in Brandenburg/Havel gefunden. Dort ist bereits im Mai eine neue Stadtverordnetenversammlung gewählt worden. Aktuell sehen sich CDU und Freie Wähler dem Vorwurf ausgesetzt, bei einer Abstimmung im Jugendhilfeausschuss gemeinsame Sache mit der AfD gemacht zu haben.

Anlass ist, dass in der Stadt Brandenburg vor Kurzem bei der Wahl der stimmberechtigten Mitglieder im Jugendhilfeausschuss die Offenen Jugendhäuser unterlegen waren. Sie sind im Gremium nun nicht mehr stimmberechtigt vertreten. Aus den Reihen der Jugendhausträger war daraufhin von einem abgekarteten Spiel zwischen CDU, Freien Wählern und AfD die Rede gewesen. Union und Freie Wähler hätten ohne Not mit der AfD gemeinsame Sache gemacht. Der CDU-Politiker Andreas Griebel, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, sprach mit Blick auf die Abstimmung dagegen von einem Zufall.

SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH

Prenzlauer Ärztin droht Haft in Polen

Sie soll in ihrer Stettiner Praxisfiliale gegen polnisches Abtreibungsrecht verstoßen haben

Seit 1993 gilt in Polen eine der strengsten Abtreibungsregelungen in Europa. Der Abbruch einer Schwangerschaft ist laut polnischem Gesetz nur möglich, wenn diese aus einer Vergewaltigung oder Inzest hervorging oder wenn das Leben und die Gesundheit der Frau gefährdet sind.

Im Wahlkampf 2023 hatte Donald Tusk versprochen, die Möglichkeit einer legalen Abtreibung bis zur zwölften Woche zu schaffen. Allerdings scheiterte ein entsprechender Gesetzentwurf im polnischen Parlament. Am Ende fehlten im Sejm drei Stimmen für den Entwurf. Nicht mitgezogen hatten Teile von Tusks Koalitionspartner Dritter Weg. Dabei handelt es sich um den Zusammenschluss aus der Bauernpartei PSL und der gemäßigt katholischen Partei Polen 2050. Nach diesem Fiasko legten Gesundheitsminis-

terin Izabela Leszczyna und Justizminister Adam Bodnar im vergangenen Sommer neue Richtlinien für Kliniken und Anklagebehörden vor. Wie Leszczyna erklärt hat, soll danach allein die Empfehlung eines Facharztes ausreichen, um einen Schwangerschaftsabbruch zu ermöglichen.

Diese Linie gilt offenbar nicht für Maria Kubisan, die als leitende Gynäkologin im Krankenhaus Prenzlau (Uckermark) arbeitet. Die Fachärztin betreibt neben ihrer Arbeit in Prenzlau auch noch eine private Praxis in Stettin. Der gebürtigen Polin wirft die Staatsanwaltschaft Stettin vor, in sechs Fällen zur Erzielung von materiellem Gewinn Beihilfe zur Abtreibung geleistet zu haben. Nach Ansicht der Anklagebehörde soll die Gynäkologin Abtreibungspillen verabreicht haben.

Seit dem 17. Oktober wird gegen die in Prenzlau und Stettin praktizierende Ärztin am Bezirksgericht Stettin verhandelt. Wie ein Sprecher des Gerichts mitteilte, findet das Verfahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Der nächste Prozesstag ist für den 11. Dezember angesetzt. Dann könnte auch bereits das Urteil gesprochen werden.

Sollte das Gericht Kubisan schuldig sprechen, drohen ihr nach polnischem Recht bis zu drei Jahre Haft. Wie ihr Rechtsanwalt, Rafal Gawecki, mitteilte, bekennt sich die Ärztin „nicht schuldig, da sie die ihr zur Last gelegten Handlungen nicht begangen hat“. Gegenüber dem Sender rbb erklärte Kubisan, es habe während der Zeit der Corona-Pandemie mehrere Situationen gegeben, in denen schwangere Frauen in Polen in Lebensgefahr ge-

schwebt, aber wegen geschlossener Apotheken und Krankenhäuser kaum Hilfe bekommen hätten. Sie beteuert, dass sie selbst an diesen Schwangerschaftsabbrüchen keinen Cent verdient habe.

Nach Angaben von Kubisans Rechtsanwalt sind die Stettiner Praxisräume der Fachärztin im Januar 2023, also noch zu Zeiten der PiS-Regierung, von der Antikorruptionsbehörde CBS durchsucht worden. Dabei seien Akten von 6000 Patientinnen beschlagnahmt worden. Nach Darstellung des Anwalts hat er gegen dieses Vorgehen der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt und auch weitgehend recht erhalten. Im November 2023, wenige Wochen vor dem Amtsantritt von Donald Tusk, hatte die Stettiner Staatsanwaltschaft Anklage gegen die Ärztin erhoben. H.M.

KOLUMNE

Neue Wähler

VON THEO MAASS

Die Partei „Die Linke“ bewegt sich schrittweise in eine Richtung, die vermehrt als antisemitisch wahrgenommen wird. Mitte Oktober scheiterte auf dem Landesparteitag in Berlin ein Antrag gegen Antisemitismus. In dem Antrag wurde kritisiert, dass Menschen, die sich selbst als links verorten, die Hamas-Verbrechen relativiert und mitunter sogar gefeiert oder zur Vernichtung Israels aufgerufen hätten.

In einem Änderungsantrag wurden entscheidende Passagen gestrichen. Darunter ein Absatz, der sich kritisch mit linkem Antisemitismus auseinandersetzt. Zudem wurde die Forderung erhoben, die palästinensische Perspektive des Nahostkonflikts ebenfalls zu berücksichtigen und Kritik an der israelischen Politik nicht pauschal abzulehnen. Daraufhin verließen Bundestagsabgeordnete, Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses und frühere Senatoren den Parteitag. Diese waren offenbar in der Minderheit.

Das frühere FDJ-Blatt „Junge Welt“ titelte daraufhin: „Rechter Flügel verliert Abstimmung auf Linke-Parteitag.“ Die „taz“ schrieb verständnisvoll: „Kein Antisemitismus-Skandal.“ Die „Junge Welt“ kritisierte zudem: „Die Klimabewegung und die Palästina-Bewegung gegen Israels Völkermord in Gaza sind mit staatlicher Repression konfrontiert.“

Tatsächlich fiel Greta Thunberg jüngst auf Demonstrationen mit Parolen gegen Israel auf. In Frankreich ist die Linke schon einen Schritt weiter. Jean-Luc Mélenchon sieht in den Millionen moslemischer Zuwanderer neue Wähler- und Wachstumspotentiale seiner linksextremen Partei. Kapern Antisemiten die Berliner Linkspartei? Nach den verheerenden Wahlergebnissen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg wollen sich die SED-Erben auf der Suchen nach einer neuen Stammwählerschaft womöglich den moslemischen Palästinensern und anderen Arabern an den Hals werfen.

MELDUNG

Zu zaghaft bei Gaza-Demos?

Berlin – In Kreisen der Justiz der Hauptstadt sind Irritationen über Äußerungen des Senats und der Polizei aufgekommen. Anlass sind Wortmeldungen von Polizeipräsidentin Barbara Slowik und Innenstaatssekretär Christian Hochgrebe (SPD) im Innenausschuss des Abgeordnetenhauses. Beide hatten den Wunsch vorgebracht, dass Richter rechtliche Möglichkeiten zur Ingewahrsamnahme von Straftätern bei pro-palästinensischen Demonstrationen öfter ausschöpfen sollen. Slowik erklärte zudem, die Berliner Polizei warte „dringend auf mehr Urteile“. Laut Hochgrebe ist bei Demonstrationen mit Bezug zum Nahost-Krieg nur einmal Anschlussgewahrsam verhängt worden, dies sei „weniger als das, was wir vorbereitet und beantragt hatten“. Die Sprecherin der Berliner Strafrichter, Lisa Jani, reagierte darauf mit dem Hinweis, die Polizei habe lediglich den einen Antrag auf Gewahrsam gestellt. H.M.

● MELDUNGEN

Japan schafft NATO-Pendant

Tokio – Der japanische Ministerpräsident Shigeru Ishiba von der Liberal-demokratischen Partei (LDP) will die Außenpolitik seines Landes neu ausrichten und fordert in diesem Zusammenhang die Gründung eines asiatischen Pendants zur NATO. Da Russland, China und Nordkorea immer enger zusammenrückten, müsse ein Gegengewicht zu diesem Block entstehen, dessen Existenz vor allem deshalb essentiell sei, weil es die Volksrepublik China von aggressiven Handlungen abhalten könnte. Japan solle dabei die Führung in der „asiatischen NATO“ übernehmen. Experten weisen allerdings auf die engen Handelsverflechtungen der anderen asiatischen Staaten mit China hin, welche unter dem Beitritt zu dem von Ishiba vorgeschlagenen Bündnis leiden würden. Darüber hinaus kam auch Kritik aus den USA, die ihre Führungsrolle im indopazifischen Raum gefährdet sehen. Denn Ishiba will Tokio zu einem „gleichberechtigten Partner“ Washingtons machen. W.K.

Hisbollah als Drogenkartell

Berlin – Die islamisch-schiitische Hisbollah-Miliz, welche im Libanon großen Einfluss nimmt, ist nicht nur eine Terrororganisation, sondern auch ein Drogenkartell. Das geht unter anderem aus einem aktuellen Bericht der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung hervor. So überschwemmt die Hisbollah gemeinsam mit dem syrischen Assad-Regime die gesamte Levante-Region mit dem synthetischen Amphetamin Captagon, wobei der Umfang dieses Handels im vergangenen Jahr bei geschätzten 14 Milliarden Euro lag. Dabei spielt Deutschland eine wichtige Rolle als Drehscheibe des Captagon-Vertriebs, weil diese Droge hierzulande umgepackt und verkaufsfertig gemacht wird. Außerdem mischt die Hisbollah neuerdings im internationalen Kokainhandel mit und kooperiert zu diesem Zweck mit südamerikanischen Drogenkartellen. Daher richten sich die israelischen Militärschläge auch gegen die Drogen-Infrastruktur der Terrormiliz. W.K.

Tschechien kauft Russenöl

Prag – Die tschechische Regierung wird vom Zentrum für Demokratie (CSD) und dem Zentrum für Forschung zu Energie und sauberer Luft (CREA) scharf dafür kritisiert, dass die Tschechische Republik trotz der Sanktionen des Westens weiter fossile Brennstoffe aus Russland bezieht. Seit Beginn des Ukrainekriegs soll das Land Öl und Gas im Wert von sieben Milliarden Euro bezogen haben. Premierminister Petr Fiala hat sich zwar dafür ausgesprochen, sich von russischem Öl und Gas unabhängig zu machen, doch die Umsetzung ist nicht so einfach. Ein Grund dafür ist, dass in Tschechien nicht der Staat, sondern ein privates Unternehmen, und zwar der polnische Konzern PKN Orlen, für den Import zuständig ist. Auf dessen Entscheidungen habe die Regierung keinen direkten Einfluss, so Fiala. Man bemühe sich jedoch aktiv um alternative Lieferanten. MRK

WOLHYNIEN

Keine Versöhnung in Sicht

Wegen eines Massakers im Zweiten Weltkrieg: polnisch-ukrainische Beziehungen auf dem Tiefpunkt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Mai 2022 sagte der polnische Präsident Andrzej Duda unter dem Beifall seines ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj: „Es wird keine Grenze mehr zwischen unseren Ländern, Polen und der Ukraine, geben, weil wir gemeinsam auf diesem Land leben und unser gemeinsames Glück und eine gemeinsame Stärke aufbauen, die es uns ermöglicht, jede Gefahr und jede mögliche Bedrohung abzuwehren.“

Von solcher Harmonie ist jetzt kaum noch etwas übrig. Das resultiert unter anderem aus dem Streit um die ukrainischen Agrareinfuhren in die Europäische Union, welche die polnischen Bauern ruinieren, und den Vorwürfen Kiews an Warschau, dieses leiste zu wenig Militärhilfe und unterstütze die Bemühungen der Ukraine um einen EU-Beitritt nicht nachdrücklich genug.

Darauf reagierte das politische Polen quer durch alle Parteien mit dem Hinweis auf die Massaker in Wolhynien und Ostgalizien, die im Februar 1943 begannen

und bis Kriegsende andauerten. Damals ermordeten Angehörige der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) je nach Quelle zwischen 50.000 und 100.000 Polen im Rahmen von ethnischen Säuberungen. Deren Ziel bestand darin, die nicht-ukrainische Bevölkerung in der Region zu eliminieren, um so die Schaffung eines rein ukrainischen Staates zu ermöglichen. Warschau macht seine Unterstützung für den EU-Beitritt der Ukraine nun von der formellen Entschuldigung Kiews für die Massaker abhängig.

Außerdem kritisiert es die anhaltende Verehrung von jenen Ukrainern, welche Seite an Seite mit der deutschen Wehrmacht oder der Waffen-SS gekämpft und dabei auch Massenmorde an Juden gefordert beziehungsweise in die Wege geleitet hätten. Als Beispiel nennt Polen den Organisator der Vernichtung von 5000 Juden in Dubno und Riwna, Wassil Lewkowytsh, den Chefredakteur der antisemitischen Zeitung „Wolhynien“, Ulas Samtschuk, den OUN-Aktivisten Wassily Hala-sa sowie Wolodymyr Kubijowytsh, der

zu den Initiatoren der Gründung der 14. Waffen-SS-Grenadier-Division Galizien zählte und nach dem 2023 eine Straße in Kiew benannt werden sollte, was dann am Ende aber an Protesten aus Israel scheiterte.

Die Ukraine verweigert die von Polen geforderte Entschuldigung jedoch beharrlich und spricht lediglich von der „Tragödie von Wolhynien“. Darüber hinaus verweist sie auf die aus Rache verübten Massaker an Ukrainern durch Angehörige der polnischen Armia Krajowa sowie die Akcja Wisła (Aktion Weichsel), in deren Verlauf 1946/47 etwa 500.000 Ukrainer enteignet und in die UdSSR oder die ehemaligen deutschen Ostgebiete deportiert wurden.

„Massaker“ oder nur „Tragödie“

In diesem Zusammenhang verursachte der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba einen handfesten Eklat, als er Ende August bei einer Podiumsdiskussion mit seinem polnischen Amtskollegen Radosław Sikorski mit folgendem Satz an die Opfer der Akcja Wisła erinnerte: „Tat-

sache ist, dass all diese Ukrainer gewaltsam aus den ukrainischen Gebieten vertrieben und anderswo angesiedelt wurden.“ Dass Kuleba heutige polnische Gebiete als „ukrainische Gebiete“ bezeichnete, löste in der Republik Polen einen Sturm der Entrüstung aus, in dessen Verlauf auch gefordert wurde, Kuleba dort zur Persona non grata zu erklären.

Daraufhin versuchte das Kiewer Außenministerium die Wogen zu glätten, indem es verlautbarte: „Wir bedauern, dass einige Kräfte, die nicht an freundschaftlichen ukrainisch-polnischen Beziehungen interessiert sind, versuchen, die Worte des Ministers in den Kontext angeblicher Gebietsansprüche zu stellen, die der ukrainische Außenminister nie geäußert hat und auch nicht ausdrücken wollte.“ Trotzdem musste Kuleba am 5. September zurücktreten.

Doch damit war der Streit keineswegs beigelegt, wie der nachfolgende Besuch des polnischen Außenministers Sikorski bei Selenskyj zeigte. Nach außen hin plädierte Sikorski nun zwar dafür, sich „dar-auf zu konzentrieren, eine gemeinsame Zukunft aufzubauen, damit keine Dämonen unsere Gesellschaften spalten“, aber hinter verschlossenen Türen wurde der Konflikt ganz offensichtlich weiter ausgetragen. Laut dem führenden polnischen Internetportal „Onet“ haben Teilnehmer der Gespräche berichtet, die Stimmung zwischen den beiden Politikern sei so extrem aufgeheizt gewesen, dass „man von einem Streit sprechen kann“.

Außerdem meldete „Onet“, die polnische Regierung wolle die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft zum 1. Januar 2025 nutzen, um zusätzlichen Druck auf Kiew auszuüben, was die Frage der Entschuldigung für die Massaker in Wolhynien und Ostgalizien betreffe. In diesem Zusammenhang zitierte das Portal einen hochrangigen Vertreter des Warschauer Außenministeriums mit den Worten: „Die Ukrainer haben eine lange Liste von Forderungen, während wir nur eine einzige haben. Sie müssen begreifen, dass wir uns auf einer für beide Seiten vorteilhaften Basis einigen müssen. Bisher ist ihnen das nicht gelungen.“

Ansichts solcher Forderungen dürfte es wohl auch mittelfristig zu keiner Verbesserung der angespannten polnisch-ukrainischen Beziehungen kommen.



Die Staatsoberhäupter Polens, Andrzej Duda, und der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj (vorne), zelebrieren beim ukrainischen Unabhängigkeitstag im August in Kiew ihre Freundschaft, während beide Länder zugleich außenpolitisch einen Konfrontationskurs fahren

WESTAFRIKA

Unterstützt Kiew Terrormilizen?

Die Ukraine soll sich mit Russland angeblich einen Stellvertreterkrieg auf afrikanischem Boden liefern

Russland und die Ukraine führen offenbar einen zunehmend verbissenen Stellvertreterkrieg in Afrika. In diesem kämpfen Gruppierungen wie die mit der al-Kaida verbündete islamische Terrormiliz Dschama'at Nusrat al-Islam wal-Muslimin (JNIM) und die militante Tuareg-Koalition CSP-DPA, welche beide vom ukrainischen Militärgeheimdienst Holowne upravlinnja roswidky (HUR) unterstützt werden, gegen das russische „Afrika-Korps“ (vormals Gruppe Wagner), wobei diese Söldner von den Regierungen von Mali, Burkina Faso und Niger angeheuert wurden, um den Terrorismus in der Region zu bekämpfen.

Außerdem ist auch Frankreich mit von der Partie. Dessen Einfluss in Afrika ging in jüngster Zeit stark zurück, woraus das Bestreben resultiert, das nunmehr herrschende Chaos durch eigenes Zutun zu

verstärken, um dann wieder als willkommene Ordnungsmacht in der rohstoffreichen Region auftreten zu können.

Nach Angaben der französischen Tageszeitung „Le Monde“, die sich ihrerseits auf das offizielle Informationsorgan der Allianz der Sahel-Staaten AES INFO berief, schult der HUR die „Rebellen“ in Mali im Bau von Drohnen, die Sprengladungen tragen können.

Massaker mit 600 Toten

Ähnliche Informationen verbreitete auch die britische BBC. Und im nigerianischen Blatt „Daily Post“ wird der einheimische Militärexperte Oluwaseyi Adebayo noch um einiges konkreter: Die Ausbildung von Gruppierungen wie der JNIM erfolge durch Mitarbeiter der 10. Abteilung des HUR und ehemalige Offiziere des 73. Marinezentrums der Ukraine, welche unter

dem Kommando von Vitaly Praschuk stünden.

Die JNIM und die CSP-DPA lieferten sich Ende Juli bei Tin Zaouatine an der Grenze zu Algerien ein dreitägiges Gefecht mit der malischen Armee und dem russischen „Afrika-Korps“, bei dem 47 malische Soldaten und 84 Wagner-Söldner gefallen sein sollen. Anschließend erklärte der HUR-Sprecher Andrej Jusow gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Sender Nazionale Suspilna Teleradiokompanija Ukrainy, die malischen „Rebellen“ hätten „alle Informationen erhalten, die sie brauchten, um ihre Operation gegen die russischen Kriegsverbrecher durchführen zu können“. Dem folgte ein Massaker der JNIM mit möglicherweise 600 Toten im burkinischen Barsalogo.

Ansichts all dessen richteten die Regierungen von Burkina Faso, Mali und Ni-

ger Ende August ein Schreiben an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, in dem sie „die offene Unterstützung des internationalen Terrorismus durch die ukrainische Regierung, insbesondere in der Sahelzone“ scharf verurteilten. Außerdem brachen die Militärjuntas von Mali und Niger ihre diplomatischen Beziehungen zu Kiew ab. Die ukrainische Regierung dementierte daraufhin die Aussagen von Jusow.

Dennoch steht die Ukraine nun im Zentrum des Volkszorns in Westafrika. So fand am 31. August eine Massendemonstration in der burkinischen Hauptstadt Ouagadougou statt. Deren Teilnehmer verbrannten ukrainische Flaggen und trugen Transparente mit Slogans wie „Die Ukraine ist ein Terrorstaat“, „Nieder mit dem Kiewer Regime!“ und „Die Ukraine ist zum Feind Afrikas geworden“. W.K.

VON HERMANN MÜLLER

Jahrzehnte nach Kriegsende und Mauerfall ist die Bahnverbindung von Berlin nach Küstrin immer noch in einem anachronistischen Zustand. Nach 1945 demonitierte die sowjetische Besatzungsmacht als Reparationsleistung auf Teilen der früheren Preußischen Ostbahn das zweite Gleis. Erst im Jahr 2045, also 100 Jahre nach dieser Demontage, könnte die lediglich 80 Kilometer lange Strecke zwischen Berlin und Küstrin modernen Ansprüchen genügen und mit Tempo 160 befahren werden.

Dies sieht zumindest eine Studie vom Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) vor. Darin enthalten war ein Konzept für den zweigleisigen Ausbau und eine Elektrifizierung der Strecke. Dabei soll in der ersten Phase die Bahnlinie erst so weit ertüchtigt werden, dass die Streckengeschwindigkeit auf 120 Kilometer pro Stunde steigen kann. Abschnittsweise sollen dann 160 Kilometer pro Stunde erreicht werden. Erst in einer zweiten Phase soll ab 2036 der Rest der Strecke zweigleisig ausgebaut werden. Und erst 2045 soll die Strecke dann so modern sein, dass Züge auf der gesamten Strecke mit Tempo 160 fahren können.

Fahrgäste, die derzeit auf die Strecke zwischen Berlin und Küstrin angewiesen sind, erleben eine völlig andere Realität. Denn ein Teil der Bahnstrecke ist noch immer eingleisig. Auf der gesamten Länge kann dieses Teilstück der Ostbahn bis heute mangels Oberleitung weiterhin nicht von Elektroloks befahren werden. Als nach der Jahrtausendwende bei der Deutschen Bahn die Zeichen auf Börsengang standen, wurden obendrein auch noch Weichen und Signaltechnik auf das Allernötigste reduziert, sogar Bahnsteige zurückgebaut.

Folge dieser Art von Verkehrspolitik ist es, dass Pendler, die von Müncheberg im Oderland zur Arbeit nach Berlin wollen, lieber 20 Minuten Fahrtzeit mit dem Auto in Kauf nehmen, um in Fürstenwalde einen Regionalexpress auf der Strecke von Frankfurt/Oder nach Berlin zu nehmen. Steigen die Pendler direkt in Müncheberg in den zwischen Küstrin und Berlin verkehrenden Regionalexpress RB26, müssen sie oft mit Ausfällen, Verspätungen und übervollen Zügen rechnen. In Berlin endet der RB26 häufig dann auch noch bereits am nicht sehr zentral gelegenen Bahnhof Lichtenberg. Am anderen Ende der Strecke war der Abschnitt zwischen Küstrin-Kietz und Bahnhof Küstrin durch den Bau einer neuen Oderbrücke (die PAZ berichtete in Folge 32/2024) auch noch von Dezember 2020 bis Juli 2024 gesperrt. Für die Fahrgäste hieß dies jahrelang: umsteigen auf einen Ersatzverkehr.



Die antiquierte Bahnstrecke von Berlin nach Küstrin: Eingleisig, ohne Oberleitung und soll erst bis 2045 voll modernisiert werden

INFRASTRUKTUR

Wenn ein paar Gleise zum Jahrhundertprojekt werden

Auch 80 Jahre nach der Demontage durch die sowjetischen Besatzer soll die Ostbahnstrecke Berlin-Küstrin erst in 20 Jahren bis 2045 modernisiert sein

Zudem sind auf der Linie RB26 auch Triebwagen eines polnischen Herstellers im Einsatz, die bei regelmäßigen Nutzern der Strecke keinen guten Ruf haben. Die „Berliner Zeitung“ zitierte in diesem Zusammenhang einen Bahnexperten, der von „gravierenden Qualitäts- und Verarbeitungsmängeln“ bei den in Bromberg hergestellten Fahrzeugen sprach. Die abschreckenden Zustände auf der Strecke waren im März 2023 sogar schon Thema für eine zweistündige Anhörung im Infrastrukturausschuss des Brandenburger Landtags.

Kapazitätsgrenze bald erreicht

Mitte dieses Monats haben nun die Länder Berlin, Brandenburg, die Woiwodschaft Lebus [Lubuskie] und der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg ein

Positionspapier vorgelegt, in dem der Bund aufgefordert wird, mehr Engagement bei der Modernisierung der wichtigen Strecke zu zeigen. Konkret fordern die Beteiligten vom Bund, dass dieser die Strecke Berlin–Müncheberg–Grenze D/PL im Bundesverkehrswegeplan vom Status „potentieller Bedarf“ auf „dringender Bedarf“ hochstuft. Alle vier Beteiligten plädieren im Positionspapier sogar für den Ausbau der Strecke Berlin–Küstrin–Landsberg/Warthe bis zum Eisenbahnknotenpunkt in der Stadt Kreuz [Krzyż]. Diese Teilstrecke der früheren Preußischen Ostbahn nach Königsberg und Eydtkuhnen soll laut dem Papier durchgehend zweigleisig und elektrifiziert werden und dabei für eine Zuggeschwindigkeit von Tempo 160 und 740 Meter lange Güterzüge ertüchtigt werden. Zur Be-

gründung verweisen die beiden Bundesländer, der Verkehrsverbund VBB und die Woiwodschaft Lebus darauf, dass die Strecke Berlin–Frankfurt/Oder–Posen bald an ihre Kapazitätsgrenze stoße, nicht zuletzt wegen des an dieser Strecke liegenden Tesla-Werks in Grünheide.

Bislang genießt die Ostbahn bei der Ampelregierung und auch ihren Vorgänger allerdings keine hohe Priorität. Für einen Sinneswandel können allerdings der Ukrainekrieg und die NATO sorgen. Polnische Verteidigungsexperten weisen schon länger darauf hin, dass eine Modernisierung der früheren Ostbahn im Konfliktfall die schnellste Möglichkeit darstellen kann, in großem Umfang Truppen und Gerät in Richtung der strategisch wichtigen Suwalki-Lücke bei Ostpreußen zu transportieren.

KFZ-MARKT

„Wir werden die Autos reparieren wie in Kuba“

Russland erhebt hohe Recyclingsteuer auf Importfahrzeuge – Förderung heimischer Marken als Ziel

Russland hat die sogenannte Recyclingsteuer auf Kraftfahrzeuge erhöht. Diese Gebühr ist als einmalige Zahlung an den Staatshaushalt fällig. Sie muss sowohl von Importeuren und Herstellern als auch von Käufern der Fahrzeuge gezahlt werden. Damit sollen im Voraus die Kosten für die Verschrottung am Ende der Nutzung gedeckt werden.

Importeure und Automobilhersteller in Russland erwarten Kostensteigerungen in Höhe von bis zu 70 und 85 Prozent. Ein Neuwagen mit ein bis zwei Liter Hubraum verteuert sich um gut 5000 Euro. Bis 2030 werden für Fahrzeuge, die älter als drei Jahre sind, gar rund 11.500 Euro zusätzlich anfallen. Dabei gehören Letztere zur beliebtesten Klasse auf Russlands Straßen. Ein 3er BMW verteuert sich beispielsweise umgerechnet um rund 22.000

Euro. Kostete ein Neufahrzeug dieser Marke bislang 56.000 Euro, so wird ein Händler künftig mehr als 78.000 Euro dafür verlangen können, wenn nämlich die Bestände an zuvor ins Land importierter Autos erschöpft sind. Auch für Kfz, die im Rahmen von Parallelimporten über Weißrussland eingekauft wurden, wird eine erhöhte Recyclinggebühr erhoben.

Russische Marken bleiben verschont

Die Erhöhung richtet sich klar gegen ausländische Marken. Vertreter der heimischen Automobilindustrie bleiben dagegen quasi verschont, da sie eine Entschädigung für die Gebühr aus dem Staatsbudget erhalten. Die Strafzölle für ausländische Fahrzeuge haben zum Ziel, die Produktion aus dem Ausland nach Russland zu locken. Importfahrzeuge werden im

Vergleich zu Autos inländischer – oder ausländischer, aber in Russland hergestellter – Marken immer teurer. Investoren werden so dazu gedrängt, die Produktion nach Russland zu verlagern. Waren dem bislang Volkswagen, Mercedes, Hyundai und Renault nachgekommen, sind es aktuell Marken aus dem Reich der Mitte.

Schon jetzt haben chinesische Hersteller einen Anteil von über 60 Prozent am russischen Automarkt. In den ersten acht Monaten dieses Jahres kauften Russen 591.000 Pkw von ihrem asiatischen Nachbarn. Der chinesische Autobauer Chery nutzt die ehemaligen Werke von Volkswagen, Mercedes-Benz und Nissan. Ob die Rechnung aufgeht, dass chinesische Hersteller ihre Produktion nach Russland verlagern, ist fraglich. Bis neue Werke entstehen, kann es Jahre dauern. Dazu kommt in

letzter Zeit die Zurückhaltung Chinas, wegen der wachsenden Sanktionsgefahr in Russland zu investieren. Die Entwicklung der russischen heimischen Autoproduktion geht nur schleppend voran. Zwar hat der AvtoVAZ-Konzern vergangenes Jahr die Produktion auf mehr als 370.000 Fahrzeuge gesteigert, das ist jedoch viel zu wenig, um den Bedarf zu decken. Ein drastischer Preisanstieg durch die neue Steuer wird zudem dazu führen, dass Kunden ihre Kaufentscheidung hinauszögern.

Die Reaktion der Marktteilnehmer blieb nicht aus. Von einer tektonischen Umverteilung des gesamten Automobilmarktes in Russland war die Rede. Kirill Tschernow brachte es in seinem Blog Avtovezororro auf den Punkt: „Wir werden die Autos reparieren wie in Kuba – so lange es geht.“

Manuela Rosenthal-Kappi

● MELDUNGEN

Insolvent nach fast 300 Jahren

Lauchhammer – Wie der zuständige Insolvenzverwalter auf Anfrage des Senders rbb bestätigte, ist die Kunstgießerei Lauchhammer KG insolvent. Als Grund gab der Insolvenzverwalter mangelnde Nachfrage an. Betroffen sind 26 Mitarbeiter, die bis auf Weiteres Insolvenzgeld erhalten. Damit kann der Geschäftsbetrieb vorerst ohne Einschränkungen aufrechterhalten werden. Die Kunst- und Glockengießerei Lauchhammer kann auf eine Firmengeschichte bis zum Jahr 1725 zurückblicken. Nach Angaben des Unternehmens handelt es sich um die älteste Kunstgießerei Deutschlands. Hergestellt werden in Lauchhammer außer Skulpturen auch Geländer, Tür- und Fensterbeschläge, Grabschmuck und vieles mehr. Die Kunstgießerei Lauchhammer hat unter anderem auch die Statue Friedrichs des Großen auf dem Berliner Prachtboulevard Unter den Linden hergestellt. H.M.

Aus für IOC-Sponsoring

Tokio – Der nach Produktionszahlen weltgrößte Autobauer Toyota, der bislang ein Hauptfinanzier des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) war, hat seinen seit 2015 bestehenden Sponsorenvertrag gekündigt. Als Grund für diese Entscheidung nannte der Konzernchef Akio Toyoda die „zunehmende Politisierung“ der olympischen Bewegung, durch die der Sport in den Hintergrund trete. Damit reagierte Toyota auch auf die umstrittene Eröffnungsfeier bei den Pariser Olympischen Spielen, die zu einem blasphemischen Spektakel ausartete. Auch der japanische Elektronikriese Panasonic beendete seine seit 37 Jahren bestehende Partnerschaft mit dem IOC. Hier wurde allerdings auf „Managementüberlegungen“ verwiesen, die zu strategischen Neuausrichtungen bei der Verwendung finanzieller Mittel geführt hätten. Die beiden Sponsoren zahlten bisher 1,6 Milliarden US-Dollar an das IOC. W.K.

Cyberangriffe schaden extrem

Peking/Moskau – Laut einer aktuellen Studie des Dachverbandes der deutschen Informations- und Telekommunikationsbranche Bitkom lag der Schaden durch Cyberangriffe, Datendiebstähle und digitale Industriespionage beziehungsweise Sabotage hierzulande in den vergangenen zwölf Monaten bei geschätzten 267 Milliarden Euro. Das ist ein Anstieg gegenüber dem vorherigen Vergleichszeitraum um 29 Prozent. Die Studie beruht auf Befragungen von rund ein-tausend Unternehmen aller Branchen mit mehr als zehn Mitarbeitern und über einer Million Euro Jahresumsatz. 45 Prozent der Firmen gaben an, chinesische Angreifer als Verursacher identifiziert zu haben, während 39 Prozent auf russische Hacker verwiesen. Manche Attacken sollen aus der Bundesrepublik selbst gekommen sein. Ansonsten tippen 70 Prozent der Unternehmen auf Täter aus dem Bereich der Organisierten Kriminalität und nur 20 Prozent auf Auslandsnachrichtendienste. W.K.

KOMMENTAR

Nach 50 Jahren Urteil wegen Stasi-Mord

HERMANN MÜLLER

Sind es pure Zufälle oder ist es die Logik einer auf das Anlegen von Akten versessenen Bürokratie, die dazu führt, dass sich mithilfe von Stasi-Akten auch nach Jahrzehnten noch immer neue Erkenntnisse zu Verbrechen auftauchen? Im Fall des West-Berliner Polizisten, der 1967 den Studenten Benno Ohnesorg erschossen hat, entgingen die Stasi-Akten dem Schredder, weil der DDR-Geheimdienst zumindest bis in die 60er Jahre offenbar selbst noch immer davon ausging, der Westteil der Stadt sei kein „kapitalistisches Ausland“.

Der sich als „Schild und Schwert“ der SED verstehende Geheimdienst hatte seine Akten zum West-Berliner Mordfall seiner Bezirksverwaltung Berlin zugeordnet. Wären die Unterlagen bei der sogenannten Auslandsaufklärung des Markus Wolf geführt worden, wäre sie mit hoher Wahrscheinlichkeit nach dem Mauerfall vernichtet worden.

Nach Jahrzehnten konnte dadurch im Jahr 2009 rekonstruiert werden, dass der als Waffennarr verschriene Todeschütze des Studenten Benno Ohnesorg ein Stasi-Spitzel innerhalb der West-Berliner Polizei gewesen war. Die Beweislage zum Fall blieb indes auch mit Stasi-Akte dünn, denn die Berliner Staatsanwaltschaft verzichtete auf eine Mordanklage.

Am Berliner Landgericht ist vor Kurzem nun ein Prozess zu Ende gegangen, in dem sich die Richter um die Aufklärung eines anderen Tötungsdelikts bemüht haben. 1974 war im Berliner Grenzübergang Bahnhof Friedrichstraße ein polnischer Staatsbürger hinterücks erschossen worden. Der Mann hatte seine Ausreise in den Westen mit einer Bombenattrappe erzwingen wollen. Nachdem er fast alle Kontrollen passiert hatte, war der damals 38-Jährige durch einen Pistolenschuss in den Rücken niedergestreckt worden. Wegen der Tat hat das Berliner Landgericht Mitte Oktober einen ehemaligen Mitarbeiter des Ministerium für Staatssicherheit der DDR zu zehn Jahren Haft verurteilt.

Bei den Ermittlungen hatte es lange Zeit keine Fortschritte gegeben. Erst 2016 wurden in den Stasi-Akten ent-

scheidende Hinweise gefunden, die eine Anklage erlaubten. Staatssicherheits-Minister Erich Mielke hatte in einem Brief zwölf Geheimdienstmitarbeiter namentlich genannt, die er im Zusammenhang mit der „Unschädlichmachung“ des polnischen Bürgers ausgezeichnet haben soll. Der schriftliche Bericht eines Vorgesetzten erhärtete den Tatverdacht gegen den Verurteilten.

Im Prozess waren die drei Kinder und eine Schwester des getöteten Polen als Nebenkläger aufgetreten. Nach dem Urteil zeigten sie sich dankbar, dass es den Prozess gab.

Nebenklägeranwalt Hans-Jürgen Förster sprach mit gutem Grund nach der Urteilsverkündung von einem Schuldspruch gegen das Ministerium für Staatssicherheit und die DDR-Staatsführung. Auch das Gericht hatte betont, dass es sich nicht um „die Tat eines Einzelnen aus persönlichen Gründen“ gehandelt hat, sondern dass die Tötung „von der Stasi geplant und gnadenlos ausgeführt“ wurde.

Das Berliner Urteil zeigt, wie wichtig es war, die Stasi-Akten nicht unter Verschluss zu halten oder gar zu vernichten. Im Zuge des Einigungsprozesses hat es in Ost und West nicht an Stimmen gefehlt, die gefordert haben, die weit über 100 Aktenkilometer an Stasi-Akten weiter unter Verschluss zu halten, sie damit auch weiterhin wie eine Geheimsache zu behandeln. Begründet wurde dies mit der Sorge um den gesellschaftlichen Frieden. Gezeigt hat sich das Gegenteil. Erst mithilfe der Akten konnten Betroffene beweisen, dass es die Stasi selbst war, die über sie Gerüchte in Umlauf brachte, sie seien Spitzel.

In Zeiten der DDR-Verherrlichung ist es allein schon ein wichtiges Signal, dass der Mord von 1974 nun in einem rechtsstaatlichen Verfahren verhandelt worden ist. Der Mordfall zeigt zudem, wie realitätsfern die in Talkshows und Zeitungs-Feuilletons immer wieder aufgewärmte Diskussion ist, ob die DDR ein Unrechtsstaat war. Die SED-Führung hat selbst oft genug betont, dass in der DDR eine „Diktatur des Proletariats“ herrsche. Folge dieses Selbstverständnisses waren schwerste Menschenrechtsverletzung und Regierungskriminalität bis hin zum Mord.



Verbotzonen-Irrsinn: Keine Waffen zwischen 20 und 5 Uhr. Und danach? Wären sie dann erlaubt? Foto: pa/Daniel Kubirski

ANALYSE

Messerscharfe Erleuchtung

JENS EICHLER

W eil außen alles offen ist, muss innen alles dicht sein. So ließe sich der derzeitige Grenz-Ist-Zustand definieren. Klingt grotesk und wahnwitzig. Ist es auch. Wir wollen ja angeblich unsere westliche Freiheit nicht aufgeben. Ach, ist das so? Nur, weil es ein paar verblendeten, radikalisierten Irrgläubigen bei uns nicht gefällt. Falls es noch niemand gemerkt hat: Genau das tun wir gerade. Wir geben unsere Freiheit auf!

Und zwar just in dem Moment, wo wir unsere Stadtfeste, Jahrmärkte und die bald beginnenden Weihnachtsmärkte in der Adventszeit wieder mit Betonklötzen umranden, bis sie Festungen gleichen, die Attentäter wie 2016 den Tunesier Anis Amri am Berliner Breitscheidplatz abhalten würden. Wir sind bereits mitten dabei, unsere Freiheit aufzugeben, einzuknicken vor Extremismus, Islamismus, falscher Toleranz und naiver Gutmütigkeit.

Der neueste Clou dazu aus dem Hause „Faesers Anstalt“, genannt Bundesinnenministerium: weitreichendere, ausgewei-

tete Messerverbotzonen. Alles, was eine Klinge hat mit sechs Zentimetern oder länger, ist verboten und darf nicht mitgeführt werden. Tolle Idee – nur leider völlig wirkungslos. Der Attentäter von Solingen hatte ein Teppichmesser dabei – die Klinge extrem scharf, aber keinen Zentimetern lang, dennoch tödlich. Und was ist mit Schraubenziehern? Scheren? Kulis? Bleistiften? Wieso kommen Menschen überhaupt auf die absurde Idee, zu einem fröhlichen Fest – ob mit Karussell oder Glühwein – Stichwaffen mitzunehmen? Was stimmt mit diesen Leuten nicht? Was wollen sie hier, wenn sie aus dem angeblichen Paradies kommen, und es ihnen hier in der Hölle so missfällt? Kann man ihnen nicht helfen, dorthinzukommen, wo sie glücklicher wären als bei uns?

Statt Fremde, die uns und unsere Art zu leben, abgrundtief hassen, zu uns und in unsere Sozialsysteme einzuladen, gleich draußen vor der Tür abzuweisen. Der Spruch der Türsteher-Innung wäre angebracht: „Du kommst hier nicht rein“. Lieber keinen reinlassen, der gar nicht wirklich rein will, als sie dann zum Leiden aller bereits Anwesenden nicht

wieder rauszubekommen. Wäre das nicht sinnvoller? Auch im Namen all derjenigen mit Migrationshintergrund, die hier angekommen sind, sich eingelebt und integriert haben, die unsere Sprache gelernt haben und unsere freie Lebensweise zu schätzen wissen. Menschen, die sich hier wohlfühlen, fleißig arbeiten, Steuern bezahlen – und damit auch all den Wahnsinn, den die Ampel und allen voran die Grünen im Namen einer gescheiterten Migrationspolitik initiieren.

Selbst für eine Drittstaatenlösung, bei der quasi drittklassige Drittländer vorerst Migranten aufnehmen, damit sie dort den Asylsuchprozess durchlaufen, scheint es schon zu spät. Totdiskutiert! Die Union hatte seit Monaten auf eine schnelle Umsetzung dieser Idee gepocht. Doch den Ampelparteien fiel nichts anderes ein, als die Christdemokraten mit dumpfer Polemik zu verleumdern. Erleuchtung oder Wunder, dass Faeser und ihre Kabinettskollegen plötzlich die Drittstaaten-theorie doch ganz gut finden und sie als ihre Lösung proklamieren? Vielleicht sollte ihr jemand mal mitteilen, dass mit Scheinheiligkeit keine Probleme gelöst werden.

PORTRÄT

Weiblich, türkisch – qualifiziert

Manchmal ist unter Politikern genau das so beabsichtigt: für eine Provokation zu sorgen, damit diese hohe Wellen schlägt, um sich anschließend davon zu distanzieren und so zu tun, als sei nichts gewesen. Im Fall der Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoğuz, die ihre Sympathie für eine antizionistische Instagram-Story bekundete, ist genau das passiert: Die See der Emotionen bleibt aufgewühlt, auch nachdem sie sich für diese „Entgleisung“ (Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden) entschuldigt hatte.

Özoğuz teilte auf ihrem Instagram-Konto der Welt ihr Gefallen mit an einem Beitrag der israelkritischen Organisation „Jewish Voice for Peace“, auf dem ein Flammeninferno mit dem Satz „Das ist Zionismus“ zu sehen ist. Daher fordern nicht nur Vertreter des Zentralrats der Juden, sondern auch CDU-Politiker ihren Rücktritt. Obgleich auch Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) Kritik übte,

dürften die Rücktritts-forderungen im Sande verlaufen. Der Ältestenrat des Bundestages hat Özoğuz' demutsvolle Bitte um Verzeihung akzeptiert, obwohl nun jeder weiß, wes Geistes Kind sie ist.

Personelle Alternativen stehen auch kaum zur Verfügung. Denn für den Posten der Vizepräsidentin des Bundestages ist die 57-jährige Hamburgerin aus Sicht ihrer Partei, der SPD, ideal qualifiziert: Sie ist weiblich und besitzt als Tochter türkischer Eltern einen Migrationshintergrund



Bundestagsvize: Aydan Özoğuz

sowie das richtige Parteibuch. So wie man früher Vertreter des Adels mit hohen Posten belohnte, ohne zu fragen, ob sie dafür geeignet waren, so läuft das heute auf der „woken“ und „diversen“ Schiene ab.

Als Integrationsbeauftragte der SPD-Fraktion und später als solche unter der Regierung Merkel von 2013 bis 2018 hat Özoğuz schon einige verbrannte Erde hinterlassen. 2011 rief sie die Muslime auf, die Deutsche Islamkonferenz zu boykottieren; 2016 kritisierte sie die Bundestagsresolution, den Völkermord an den Armeniern anzuerkennen; später sprach sie sich gegen die Forderungen nach einer deutschen Leitkultur aus. Und im Januar fiel Özoğuz, deren zwei Brüder ein vom Verfassungsschutz beobachtetes islamisches Internetportal betreiben, mit einer Täter-Opfer-Umkehr in Sachen Gazakrieg auf. Ein hohes Staatsamt schreckt sie offenbar nicht davor ab, ihre Maske ab und an fallen zu lassen.

H. Tews

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon	(040) 4140 08-0
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Im Erlebnispark der Geschichte

Von Minnesängern bis zur Love-Parade – Berliner Deutschlandmuseum setzt Meilensteine deutscher Historie hollywoodreif in Szene

VON SILVIA FRIEDRICH

Unheimlich ist es, wenn man sich bei der Varusschlacht im Jahre 9 nach Christus mitten in einem dunklen Wald wähnt, während um einen herum die Germanen und Römer gegeneinander kämpfen. Überall hört man Geräusche, sieht Schatten römischer Krieger vorbeiziehen, hört versteckte Germanen hinter den Bäumen hocken, die nur auf eine passende Gelegenheit warten loszuschlagen. Wilde Tiere geben unbekannte Laute von sich, und man ist froh, dass man sich doch nur in einem sicheren Museum befindet.

Wer im Geschichtsunterricht in der Schule häufig mit gähnender Langeweile zu kämpfen hatte, weil die Fakten in den Geschichtsbüchern oft so trocken daher kommen, ist mit einem Besuch im Berliner Deutschlandmuseum bestens beraten. Seit dem 17. Juni 2023, das Datum wurde mit Absicht auf den Gedenktag gelegt, gibt es in der Mitte der Stadt am Leipziger Platz dieses Haus, das im März dieses Jahres für sein bahnbrechendes Konzept sogar mit dem „Thea Award“ den sogenannten Museums-Oscar verliehen bekam – und das als erstes deutsches Museum überhaupt.

Aber was ist nun das Besondere hier? Allein schon der Standort ist bedeutend. Der Leipziger Platz war zu Zeiten der Teilung Berlins eine Einöde, wo kein Haus, kein Baum mehr stand, da sich hier die Mauer und das schwer bewachte Grenzgebiet befand. Inzwischen ist alles neu gebaut, und niemand erkennt mehr, dass sich an dieser Stelle, mitten in der Millionenstadt, Fuchs und Hase gute Nacht sagten, nur beobachtet von den Grenzern in den umliegenden Wachtürmen.

Vierdimensionales Erlebnis

Der Gründer des Museums, Robert Rinkel, der auch Gründungsdirektor des Berliner DDR-Museums und Direktor des auch am Leipziger Platz beheimateten Spionagemuseums ist, hatte die Idee, dem etwas verstaubten Image klassischer Museen etwas Neues entgegenzusetzen.



Immanuel Kant als Halbgott: Ein Museumsraum widmet sich „den wichtigsten Köpfen der Aufklärung und den Aufstieg Preußens“

Auch damit seine Kinder die deutsche Geschichte einmal ganz anders und so echt wie möglich erfahren können. Das Historiker-Team des Museums erarbeitete zusammen mit dem Chefdesigner des Europa-Parks, Chris Lange, ein Konzept, das inspiriert wurde durch die Filmbranche und Erlebnisparks.

Im „normalen“ Museum schaut man sich Vitrinen und Objekte an und liest sich durch die Beschriftungen. Im Deutschlandmuseum gibt es diese Erläuterungen zwar auch, jedoch sind die Erlebnisräume so gestaltet, dass der Besucher Teil des Ganzen wird, er sozusagen eintaucht in die jeweils dargestellte Welt, denn nicht nur die Wände sind zum Thema passend gestaltet, sondern auch Decken und Böden. Auf 1400 Quadratmetern Fläche und unterteilt in zwölf Themenbereiche schufen Spiele-Entwickler,

Graphiker und Designer eine Dauerausstellung, die ihresgleichen sucht. Mittels neuester medialer Technik werden in diesem 4D-Museum die Sinne Hören, Sehen, Riechen und Fühlen angesprochen.

Es handelt sich um ein immersives Erlebnis, was bedeutet, einzutauchen in die jeweiligen Epochen. Die Besucher werden Teil der Geschichte, weil sie sich mitten im Geschehen befinden durch technisch realistisch gestaltete Welten, lebensechte Projektionen, Effekte und Klanglandschaften. Durch spezielle Beleuchtung und Aufbauten wähnt man sich etwa in einer Burg, aus deren Fenster man im Hof die grade stattfindenden Ritterspiele beobachten kann oder Bauern vor den Stadttoren bei der Ernte zuschaut, wie sie das Korn schneiden. In einer Art Burgturm können sich Besucher an einem selbstverfassten Minnelied versuchen,

was anschließend in Mittelhochdeutsch übersetzt wird.

Görings Sonnenbrille

Die Gäste schreiten weiter durch die Jahrhunderte, bekommen Einblicke in die politischen Systeme der jeweiligen Zeiten, erfahren Genauer über die Völkerwanderung, wie sich Städte bildeten, welche Sprache gesprochen wurde, wie Kriege geführt wurden und welche bedeutenden Umwälzungen in der Geschichte stattfanden, so etwa Gutenbergs Erfindung des Buchdrucks. Hierzu befindet man sich dann in einem Raum, der Gutenbergs Druckerstube nachempfunden wurde, und jeder Besucher kann sich ein Leseschild mit seinem Monogramm nach alter Manier zum Mitnehmen drucken.

Immanuel Kants Kopf liegt überraschend im Themenbereich Aufklärung in

der Mitte des Raumes, und nicht nur symbolisch dürfen hier die Kinder auf seinem Haupt herumklettern. Die Bildung des Nationalstaates wird anschaulich präsentiert, und jeder darf sich seine eigene Flagge zusammenstellen. Immer wieder gibt es kleine Haltepunkte mit Quizfragen zum Abfragen des eigenen Wissens und zum Erlernen neuer Fakten.

Imposant ist auch die Präsentation zum Ersten Weltkrieg, wo sich Besucher in einem Gefechtsunterstand wiederfinden. Ein Grabenperiskop mit einer foto-realistischen Großformatprojektion gibt Einblicke in das zerstörte Niemandsland der Westfront. Gleich danach erklingen wilde Klänge aus den 1920er Jahren. Eine Straße im alten Berlin kann durchwandert werden, wo man dunkle Gestalten in Hausecken beobachtet, aber auch die Tanzenden in den Bars der Stadt. Von der Varusschlacht über das Mittelalter, Reformation, Aufklärung, Deutscher Bund, Kaiserreich, Weimarer Republik, Nationalsozialismus, deutsche Teilung bis zum vereinigten Deutschland, wo man sich in einer nachgebauten Berliner U-Bahn befindet und freudige Dinge wie die Love-Parade oder das Fußball-Sommernächchen von 2006 an einem vorbeirauschen, erlebt man deutsche Geschichte hautnah.

Verstreut in den Räumen gibt es echte Exponate wie eine Biedermeierpfeife, eine Pickelhaube, ein mittelalterliches Richtschwert oder eine Sonnenbrille, die den Angeklagten bei den Nürnberger Prozessen als Lichtschutz in dem stark ausgeleuchteten Raum gereicht wurde.

Vielleicht ist dieses Museum nichts für renommierte Geschichtskenner, jedoch kann man so bei der jungen Generation mit Sicherheit Interesse für unsere Vergangenheit wecken.

Bei den vielen prächtigen Museen, die Berlin zu bieten hat, wird dieses Haus nach einem Besuch möglicherweise den nachhaltigsten Eindruck hinterlassen.

● Geöffnet täglich von 10 bis 20 Uhr. Zeitfensterkarten zwischen 11 und 23 Euro sind online buchbar unter:

www.deutschlandmuseum.de

AUSSTELLUNG

Die Mode-Walküren von Schleswig

Monumentale „Haute Couture“ – Schloss Gottorf präsentiert modische Ideen der portugiesischen Künstlerin Joana Vasconcelos

Zehn raumgreifende Installationen stellt die portugiesische Künstlerin Joana Vasconcelos in den Schleswig-Holsteinischen Landesmuseen auf der Schleswiger Museumsinsel im Schloss Gottorf aus. Die Künstlerin, geboren 1971 in Paris, verbindet in ihrem Werk mit einzigartiger Überzeugungskraft und Leichtigkeit Kunst, Mode und Design miteinander. Mit ihren sinnlichen Werken verzaubert sie das Publikum, denn ihr Werk ist geprägt von der Wertschätzung traditioneller portugiesischer Handwerks- und Handarbeitstechniken.

Vor allem ihre Walküren sind selbstbewusst schwebende Wesen aus Stoffen, Spitzen, Stickereien, Wolle, Pailletten, Perlen, Federn und Leuchtdioden, die ihre textilen Körper in alle Richtungen ausstrecken und die Räume einnehmen und besetzen. So ist die beeindruckende Walküre „Thyra“ ein stofflicher Seitenarm der „Miss Dior“, die im Rahmen für die Prä-

sentation der Dior-Herbst- und Winterkollektion 2023/24 gezeigt wurde. Die verwendeten Materialien sind mit charakteristischen Stoffen des Pariser Modehauses Christian Dior kombiniert. In der Schlosskapelle schwebt sie über die gesamte Höhe des Gotteshauses über den Besuchern. Thyra wird mit der ersten Königin Dänemarks, Thyra Danebod (circa 880–935), assoziiert, die in der dänischen Nationalromantik unter anderem als Initiatorin des hiesigen Befestigungssystems Danewerk gilt.

Die 2014 entstandene Walküre „Marina Rinaldi“ feiert die gleichnamige italienische Schneiderin, die in den 1850er Jahren ein Atelier für Frauenmode gründete. Der italienische Modeunternehmer Achille Maramotti (1927–2005), der ein Jahrhundert später den Modekonzern Max Mara aufbaute, würdigte seine Urgroßmutter mit der Designmarke Marina Rinaldi. Als erstes Luxusmode-Unternehmen



Freischwebende Stoff-Walküre: „Thyra“ in der Schlosskapelle Foto: Fritsche

men kleidet sie seit mehr als vierzig Jahren Frauen ab Kleidergröße 40.

„Marilyn“ – unter dem Titel soll die ungesehene Hausfrau mit dem vielgeheuten Sexsymbol Marilyn Monroe in den Dialog gebracht werden. Ein riesiger Damen-Stöckelschuh aus Töpfen und Topfdeckeln wird als Haushaltsgegenstand in einem neuen Assoziationsraum übertragen. Der Schuh ist ein Element, das Frauen gleichermaßen in der Welt ermächtigt sowie in ihrer Bewegung einschränkt. Durch die Nutzung von Töpfen der portugiesischen Firma Silamos findet Vasconcelos auch in diesem Werk einen direkten Bezug zu Portugal.

Die Installation „Garden of Eden“ bezieht sich auf die aufwendigste Beetgestaltung des Barockgartens. Sie erinnert aus der Vogelperspektive an Stickereien. Doch wo im Barockgarten geschnittene Buchsbaumpflanzen exakt umrissene organische Formen umschreiben, zeigt der

„Garden of Eden“ ein Labyrinth aus fluoreszierenden Blumen. Diese Blumen werden erst durch künstliches Licht in Szene gesetzt.

Vasconcelos hat sich mit ihren Ausstellungen im Guggenheim-Museum in Bilbao, im Schloss von Versailles, in den Uffizien in Florenz und bei den Biennalen 2005 und 2013 in Venedig zu einer weltweit gefragten Künstlerin gemacht. Ihre Eltern kehrten nach der Nelkenrevolution 1974 aus dem französischen Exil nach Portugal zurück. Die Werke von deren Tochter sind geprägt von traditionellen portugiesischen Handwerks- und Handarbeitstechniken, wobei sie in ihrem Atelier in Lissabon von einem großen Team unterstützt wird.

Manfred E. Fritsche

● Bis 3. November geöffnet täglich außer montags von 10 bis 17 Uhr, sonntags und sonntags bis 18 Uhr, Eintritt: 12 Euro. www.schlossgottorf.de

LUDWIG NISSEN

„Nie entschläft – wer einmal wach gelebt“

Der gebürtige Husumer stiftete seiner Geburtsstadt das „Nordfriesland-Museum. Nissenhaus“ – Vor 100 Jahren starb er in New York

VON UTE EICHLER

Auch in Kreisen Kunstinteressierter ist wenig bekannt, dass sich die größte private Sammlung nordamerikanischer Maler des 19. Jahrhunderts auf dem europäischen Kontinent in der Theodor-Storm-Stadt Husum befindet. Wie kam es dazu?

Wer die seit Sommer 2023 im Nordfriesland Museum gezeigte und bis vor wenigen Wochen geöffnete Ausstellung „Durchlaucht lässt bitten ... Prinzessin Vilma Lwoff-Parlaghy – Porträtmalerin der New Yorker Society“ besucht hat, konnte erfahren, dass „die Malerfürstin“ auch den Stifter des Museumsbaus, Ludwig Nissen, porträtiert hat. Lwoff-Parlaghy starb 1923 im Alter von 60 Jahren. Nissen ersteigerte aus ihrem Nachlass eine umfangreiche Zahl von Kunstwerken.

Als Ludwig Nissen am 26. Oktober 1924 an einer Lungenentzündung ver-

starb, waren seine testamentarischen Verfügungen eindeutig und mit Zustimmung seiner Ehefrau festgelegt. Diese war 1922 von Lwoff-Parlaghy porträtiert worden.

Vom Tellerwäscher zum Millionär

Nissen war am 2. Dezember 1855 als sechstes Kind von Hans Nissen, einem Husumer Reepschläger (Seiler), und dessen Ehefrau Lucie geborene Dawartz zur Welt gekommen. Von den insgesamt zehn Kindern des Ehepaares verstarben drei im Kindesalter und vier wanderten aus. Nissen begann nach acht Schuljahren eine Lehre als Schreiber im Amtsgericht Husum, das sich damals im Schloss vor Husum befand.

Als 16-Jähriger beschloss er, mit Zustimmung der Eltern, dem bereits drei Jahre zuvor nach New York ausgewanderten Bruder Fritz zu folgen. Dieser war zwar drei Jahre älter, konnte jedoch dem jüngeren Bruder die harte Schule, sich

von ganz unten hochzuarbeiten, kaum erleichtern. So begann Ludwig Nissen in den ersten Jahren seines Lebens in New York als Schuhputzer und Tellerwäscher, dann als Kellner und Kassierer sowie im Schlachthof und als Gastwirt zu arbeiten. Er musste Verluste und Enttäuschungen einstecken. Mehrfach wurde er von Geschäftspartnern betrogen. Sein Ziel, Kaufmann zu werden, verlor er nicht aus dem Blick. 1879 erhielt Nissen die US-amerikanische Staatsbürgerschaft.

1881, im zehnten Jahr seines Lebens in New York, begann der geschäftliche Aufstieg. Zusammen mit dem aus Hamburg stammenden Diamantsetzer Fred Schilling gründete er die Firma Schilling & Nissen. Wenige Jahre später, ab 1885, führte er erfolgreich das Juweliergeschäft Ludwig Nissen & Company in der 5th Avenue. Er spezialisierte sich auf den Handel mit Diamanten und Perlen.

Ende 1882 hatte er die Ehe mit der 1862 geborenen Katharine (Kathy) Quick

schließen können, deren Mutter aus der Schweiz stammte und deren Vater namens Schnell aus Darmstadt kam. Es blieb eine kinderlose Ehe. Kathy, die selbst mit Talent zeichnete, malte und Stickereien nach eigenen Entwürfen fertigte, begleitete ihren Mann auf seinen Geschäfts- und Europareisen vor dem Ersten Weltkrieg. Sie stattete mit ihm gemeinsam das repräsentative Landhaus aus, welches das Ehepaar ab 1908 in Brooklyn bewohnte. Während einer ihrer Aufgabenschwerpunkte Wohltätigkeit war, übernahm Ludwig Nissen zahlreiche Ämter. So wurde er Direktoriumsmitglied von Banken und Versicherungen.

Sein wirtschaftlicher Weitblick war gefragt, sein Rat wurde von Theodor Roosevelt, mit dem er befreundet war, und später von zwei weiteren US-Präsidenten, William Howard Taft und Calvin Coolidge geschätzt. Die Zahl der Ehrenämter, die er in drei Jahrzehnten ausübte, geht in die Dutzende.

Ab 1891 war Nissen Schatzmeister der Vereinigung New Yorker Juweliere, später ihr Vorsitzender. Nissen begründete die Jewelers Protective Association (JPA) – eine Vereinigung von Juwelieren gegen unfairen Wettbewerb und den Schmuggel von hochwertigem Schmuck aus Europa in die USA. Die JPA bezahlte spezielle Agenten, mit deren Hilfe die Mochtetern-Schmuggler dem Zoll gemeldet werden konnten. Im Jahr 1900 war er Schatzmeister der New Yorker Staatskommission für die Teilnahme an der Pariser Weltausstellung.

1915 entstand die erste Fassung seines Testaments, in dem es heißt: „Mein Haushalt ist ein historisches Dokument meines Lebens und der meiner Zeitgenossen.“

Urnen im Nissenhaus

48 Jahre nach seiner Auswanderung, 1920, besucht er zum ersten Mal wieder seine Geburtsstadt Husum. Die mit dem Ende des Ersten Weltkriegs einhergehende und auch dort sichtbare Not versuchte er durch sofort veranlasste Hilfslieferungen zu lindern. Ein Jahr später war er wieder in Husum, und im Juli 1921 wurde öffentlich gemacht, was Nissen der Stadt zukommen lassen möchte: ein Gebäude, groß genug für ein Museum, eine Kunstsammlung, eine Bibliothek sowie Gemeinschafts- und Veranstaltungsräume. Ein Architekturwettbewerb wurde ausgeschrieben. Von den 118 Einsendungen wurden fünf prämiert. Die selbstständige Nissen-Stiftung verfügte aus seinem Nachlass über ein Kapital von 2,5 Millionen Mark. Als Kathy Nissen infolge eines Schlaganfalls 1930 starb, kamen 170.000 US-Dollar aus ihrem Nachlass hinzu.

Zwischen 1934 und 1937 entstand zentral gelegen in Husum nach Plänen von Georg Rieve das Ludwig-Nissen-Haus, damals als Museum und kulturellen Zwecken dienendes Volkshaus deklariert. Da jedoch von den USA ein Teil des Stiftungsvermögens eingefroren worden war, konnte der geplante Ostflügel erst 1986 gebaut werden. 2007 erfolgte die Wiederöffnung des Museums nach Generalsanierung. Es heißt seitdem „Nordfriesland-Museum. Nissenhaus“.

Wer im architektonisch besonders gestalteten Eingangsbereich, der Rotunde, die Inschrift liest: „Nie entschläft – wer einmal wach gelebt“, der befindet sich dort, wo auch die Urnen mit der Asche des Stifterpaares Ludwig und Katharine Nissen ihren Platz bekommen haben.



Der Stifter und seine Stiftung: Ludwig Nissen (kleines Foto) und das Nissenhaus

Fotos: VollwertBIT, Wikipedia (kleines Foto)

POLYNESIEN

Warum die Samoainseln geteilt sind

Deutschland, Großbritannien und die USA einigten sich vor 125 Jahren auf den Samoa-Vertrag

Die polynesische Inselgruppe Samoa entwickelte sich im 19. Jahrhundert zum Interessensgebiet der aufstrebenden europäischen Industrie- und Handelsnationen Großbritannien, Deutschland und USA. Als die daraus resultierenden Interessenskonflikte und Rivalitäten zu kriegerischen Auseinandersetzungen zu führen drohten, einigten sich die drei Großmächte 1889 auf der Samoa-Konferenz, zu welcher der Sohn des Reichskanzlers Otto von Bismarck und Außenstaatssekretär des Deutschen Reiches, Herbert von Bismarck, nach Berlin geladen hatte, auf eine Samoa-Akte. Die Inselgruppe wurde eine formal unabhängige Monarchie mit Malietoa Laupepa als König unter der gemeinsamen Verwal-

tung der sogenannten Three Powers (drei Mächte).

Der Streit zwischen den drei Mächten entflammte erneut, als der Monarch 1898 starb. Die Angloamerikaner unterstützten die Thronansprüche von Laupepas Sohn, die Deutschen hingegen jene von Laupepas altem Rivalen Mataafa Josefo. Als sich abzuzeichnen schien, dass sich der deutsche Kandidat durchsetzt, beschossen die britischen Kriegsschiffe „Royalist“ und „Porpoise“ sowie die US-amerikanische „Philadelphia“ im März 1899 die Hauptstadt Apia.

Nach dieser direkten militärischen Intervention der Angloamerikaner musste eine Einigung her, wollte man nicht riskie-

ren, dass der Konflikt zu direkten kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den Three Powers eskaliert. Im Mai trafen sich Vertreter der drei Mächte, ein zweiter Sekretär des britischen Botschafters in Washington, ein früherer US-Botschafter in Wien und ein Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Washington, im Hafen von Apia auf dem US-Kriegsschiff „Badger“ zu Verhandlungen. Das Ergebnis war der Samoa-Vertrag, den vor 125 Jahren, am 14. November 1899, das Deutsche Reich und das Vereinigte Königreich schlossen und dem am 2. Dezember 1899 die USA beitraten. Kernbestandteil des Vertrages ist eine Teilung der Samoainseln, die bis zum heutigen Tag Bestand hat.

Der Vertrag spiegelt die Tatsache wider, dass Großbritannien seit dem 11. Oktober mit seinem zweiten Krieg gegen die Buren beschäftigt war (siehe PAZ vom 11. dieses Monats). Bei der Teilung der Samoainseln ging es nämlich leer aus. Versüßt wurde den Briten der Verzicht durch andere pazifische Inseln. So verzichtete das Deutsche Reich zugunsten des Empires auf Tonga und Teile der Salomonen.

Die Samoainseln hingen wurden am 171. Längengrad westlicher Länge geteilt. Deutschland bekam den West- und die USA den Ostteil. Nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden am 16. Februar 1900 wurde noch im selben Jahr der

westliche Teil zum Schutzgebiet Deutsch-Samoa und der östliche Teil durch den Treaty of Cession of Tutuila zu einem abhängigen Gebiet der USA.

Die weitere Geschichte der beiden Teile ist sehr unterschiedlich. In Westsamoa wurde nach dem Ersten Weltkrieg die Herrschaft des Kriegsverlierers Deutschland durch die des Kriegssiegers Neuseeland abgelöst. 1962 wurde dieser Teil unabhängig, was er heute noch ist.

Der Ostteil hingegen ist bis heute ein Bestandteil des US-Imperiums geblieben, seine autochthonen Bewohner sind US-Staatsangehörige zweiter Klasse mit beschränkten politischen Rechten.

Manuel Ruoff



Indiens dritter Premier und der aktuelle Nachfolger: Narendra Modi (M.) vor einer Statue Indira Gandhis
Foto: picture alliance/dpa/Str

INDIRA GANDHI

Zweifelhafte Brückenbauerin für Indien über den Tod hinaus

Was von der vor 40 Jahren von der eigenen Leibwache getöteten Regierungschefin und Parteivorsitzenden geblieben ist

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am Vormittag des 31. Oktober 1984 peitschten 33 Schüsse durch den Garten der Residenz der indischen Premierministerin Indira Gandhi in der Safdarjung Road von Neu-Delhi. 30 der abgefeuerten Kugeln trafen die Regierungschefin, die kurz nach dem Attentat für tot erklärt wurde. Die beiden Schützen, Constable Satwant Singh und Sub-Inspector Beant Singh, gehörten zu ihren Leibwächtern und waren Angehörige der Religionsgemeinschaft der Sikhs. Daraus ergab sich auch ihr Tatmotiv. Sie wollten Vergeltung für den Angriff der indischen Armee auf das höchste Sikh-Heiligtum Harmandir Sahib in Amritsar üben, bei dem im Juni 1984 fünftausend Sikh-Separatisten und unbeteiligte Zivilisten ums Leben gekommen waren. Den Befehl zum Losschlagen hatte Gandhi höchstpersönlich erteilt.

Mit der Ermordung der Premierministerin endete ein Lebensweg voller Höhen und Tiefen. Etliche politische Entscheidungen der Tochter des indischen Nationalhelden Jawaharlal Nehru, die 1942 Feroze Jehangir Gandhi heiratete, wirken sich bis heute aus. So sorgte sie sofort nach Beginn ihrer ersten Amtszeit von 1966 bis 1977 für eine Forcierung des nationalen Kernwaffenprogramms. Daraus resultierte die Zündung der ersten indischen Atombombe noch während ihrer Amtszeit im Jahr 1974. Damit wurde ihr Staat zur sechsten Atommacht. Heute verfügt das Commonwealth-Mitglied über 172 einsatzfähige Sprengköpfe, die es seit Kurzem auch mit U-Boot-gestützten ballistischen Raketen verschießen kann.

Prägend für Außen- wie Innenpolitik

Darüber hinaus ist Gandhi für die Verschlechterung der Beziehungen zur Volksrepublik China verantwortlich. So drängte sie 1959 als Präsidentin der Kongresspartei ihren damals Indien als Ministerpräsident regierenden Vater dazu, dem Dalai Lama und rund 100.000 weiteren tibetischen Flüchtlingen Asyl zu gewähren, nachdem die Truppen Pekings das

„Dach der Welt“ annektiert hatten und der Tibetaufstand ausgebrochen war. Aufgrund der ständigen bilateralen Spannungen kam es 1962, 1967 und 1987 zu militärischen Konflikten zwischen Indien und China. Noch heute finden ständig Grenzscharmützel im Himalaya statt, bei denen sich die Soldaten beider Seiten prügeln oder beschießen.

Außerdem griff Indien unter der Führung von Indira Gandhi 1971 in den Bangladesch-Krieg ein und verhalf damit den ostpakistanischen Separatisten zum Sieg über die westpakistanische Zentrale. Die Folge war, dass Ostpakistan als Bangladesch unabhängig wurde. Desgleichen intervenierte Indien im benachbarten Königreich Sikkim, das daraufhin 1975 ein Bundesstaat der Indischen Union wurde.

Indira Gandhi prägte auch den innenpolitischen Stil ihres Landes auf ebenso nachhaltige wie negative Weise. So zeichnete sie nicht nur für das Massaker von Amritsar verantwortlich, das letztlich zu ihrem Tode führte, sondern auch für einen von 1975 bis 1977 währenden Ausnahmezustand. Mit dessen Ausrufung reagierte sie auf soziale Unruhen. Während des Ausnahmezustandes waren wichtige Grundrechte eingeschränkt oder gar aufgehoben und 100.000 angebliche Oppositionelle kamen ohne Gerichtsverfahren auf unbestimmte Zeit ins Gefängnis. Gandhi ließ alle Wahlen aussetzen und regierte das Land per Dekret am Parlament vorbei.

Dieses autoritäre Vorgehen unter Missachtung demokratischer Normen war die Folge ihrer Angst vor Chaos und Kontrollverlust, die nicht selten ans Paranoid grenzte, in Kombination mit mangelndem Vertrauen in die sonstigen politischen Institutionen Indiens. Dazu kam ein ausgeprägtes Machtbewusstsein, das vielfach auch zur Schwächung der föderalen Strukturen und der Unabhängigkeit der Justiz ihres Landes führte.

Sichtbarster Ausdruck dessen war das Durchpeitschen des 42. Zusatzartikels zur indischen Verfassung mit 59 Klauseln, welche die Befugnisse des Premierministers beziehungsweise der Zentralregierung erweiterten und die Rechte des

Obersten Gerichts beschnitten. Wesentliche Teile dieser Verfassungsänderung von 1977 sind noch heute in Kraft.

Vergleich mit Narendra Modi

Vor diesem Hintergrund ist es kaum verwunderlich, dass der seit 2014 regierende derzeitige indische Premierminister Narendra Modi das gleiche autokratische Gebaren an den Tag legen kann wie Gandhi. Modi, der sich ansonsten als liberaler Modernisierer gibt, verhängte ebenfalls schon diverse Notstandsmaßnahmen aus innenpolitischen Gründen. Dazu gehörten die Blockierung von Internet-beziehungsweise Mobilfunkverbindungen, Ausgangssperren und Versammlungsverbote.

Und wie 1984 destabilisieren auch heute ethnisch-religiösen Konflikte das Land. Damals opponierten die Sikhs im Bundesstaat Punjab gegen die Zentralmacht wie die Dominanz der Hindu-Mehrheit und strebten nach der Bildung eines unabhängigen Staates namens Khalistan. Infolge der Pogrome an den Sikhs nach der Ermordung Gandhis, die bis zu 16.000 von ihnen das Leben kosteten und Hunderttausende zur Emigration veranlassten, gaben sie den Widerstand aber weitgehend auf. Dafür tobt inzwischen in Indien ein Konflikt zwischen der Hindu-Mehrheit und der muslimischen Minderheit, die mehr als 15 Prozent der Bevölkerung ausmacht.

Modi geht hier mit fast ebenso harter Hand vor wie Gandhi einst gegen die Sikhs. Er erschwerte nicht nur die Einbürgerung von nach Indien emigrierten Muslimen aus Pakistan, Afghanistan und Bangladesch, sondern lässt den Sicherheitskräften auch freie Hand, wenn sie an gewaltsamen Aktionen radikaler Hindus gegen die muslimische Bevölkerung teilnehmen. Letzteres unterscheidet sich nur noch wenig von Gandhis Vorgehen im Falle Amritsar. In dieser Hinsicht ist das Erbe der vor 40 Jahren erschossenen Premierministerin also gleichfalls weiter lebendig. Die Gandhi-Dynastie spielt indes nur noch eine sehr marginale Rolle in der indischen Politik, seit Indira Gandhis Sohn Rajiv, der ihr bis 1989 als Regierungschef folgte, 1991 ebenfalls Opfer eines tödlichen Attentats wurde.

HERMANN EHLERS

Kein Bundespolitiker verstarb in einem höheren Staatsamt

Vor 70 Jahren starb mit dem damaligen Präsidenten des Bundestags ein Mann an der Schnittstelle von Kirche und Politik

Von den Bundespräsidenten der Bundesrepublik ist kein einziger im Amt gestorben. Für die Inhaber des zweithöchsten Amtes in der Bundesrepublik, jenem des Bundestagspräsidenten, gilt das fast auch. Die eine Ausnahme ist Hermann Ehlers. Es war schon ein Schock, als dieser Mann am 29. Oktober 1954 und damit nur wenige Wochen nach seinem 50. Geburtstag in einem Krankenhaus im niedersächsischen Oldenburg den Folgen einer Mandelver-eiterung erlag.

Im Gegensatz zu späteren Nachfolgern, für die das protokollarisch hoch angesiedelte, aber politisch als vergleichsweise unbedeutend geltende Amt der Dank des Parteienstaates für eine erfolgreiche Parteikarriere war, schien Ehlers mitten im Leben zu stehen. Manche sahen in ihm schon den Nachfolger Konrad Adenauers. Er schien auf dem besten We-

ge, Ministerpräsident Niedersachsens zu werden, wo im folgenden Jahr Landtagswahlen anstanden. 1952 wurde er auf dem dritten Bundesparteitag der CDU mit so vielen Stimmen wie Adenauer zum Vorsitzenden zu dessen Stellvertreter gewählt. Auch außerhalb seiner Partei erfreute sich der Politiker großer Beliebtheit. Davon zeugt, dass der zweite Bundestagspräsident 1953 mit 467 von 487 abgegebenen Stimmen im Amt bestätigt wurde. Dies war das beste Ergebnis bei der Wahl eines Bundestagspräsidenten.

Ehlers Beliebtheit resultierte wohl nicht zuletzt aus seinem Tatchristentum. Das bedeutete für ihn, sich sowohl in der kirchlichen als auch in der politischen Gemeinde zu engagieren. Seine Biographie ist geprägt von kirchlichen wie staatlichen Ämtern. In der Zwischenkriegszeit fand der politisierende Protestant folgerichtig

den Weg in die Reihen des Christlich-Sozialen Volksdienstes, dieses von 1929 bis 1933 bestehenden Versuchs, ein protestantisches Pendant zum erfolgreichen katholischen Zentrum zu schaffen.



Hermann Ehlers Foto: ullstein-bild

Ein Jahr nach Kriegsende wurde der am 1. Oktober 1904 in Schöneberg bei Berlin geborene engagierte Christ Mitglied der neugegründeten Christlich Demokratischen Union Deutschlands. In dieser formal überkonfessionellen, aber faktisch stark katholisch geprägten Partei gründete Ehlers noch im Jahr seines Eintritts mit anderen die Evangelische Tagung der CDU und sechs Jahre später den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK). Dessen erster Vorsitzender war er bis zu seinem Tod.

Beruflich entschied sich der Sohn eines protestantischen Postbeamten für die weltliche Seite, wurde Jurist. Der gebürtige Brandenburger promovierte über Preußen. „Wesen und Wirkungen des Reichslandes Preußen“ lautete das Thema seiner Dissertation. 1931 endete seine Berufsausbildung mit der großen juristischen Staatsprüfung.

Der Ausbildung folgten Tätigkeiten im erlernten Beruf in Staat und Kirche. Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten erschwerten ihm sein Engagement in der Bekennenden Kirche und seine Weigerung, der NSDAP beziehungsweise einer ihrer Gliederungen beizutreten, eine Tätigkeit im Staatsdienst und machten sie ihm schließlich unmöglich. Im Sommer 1939 wurde er aus dem Staatsdienst entlassen und wechselte zu einer Anwaltskanzlei in Berlin. Ab 1940 war er Wehrmachtssoldat.

Wenige Monate nach Kriegsende wurde er Oberkirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg. 1949 zog der CDU-Politiker in den Bundestag ein, der ihn bereits im darauffolgenden Jahr als Nachfolger des zurückgetretenen Erich Köhler zu seinem Präsidenten wählte. Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) schätzt, dass es weltweit mehr als 100.000 Museen gibt. Darunter sind nicht wenige, welche Dinge präsentieren oder Konzepten folgen, die aus dem Rahmen fallen. Dazu zählen das Esperanto- und das Globenmuseum in Wien ebenso wie das Museo Galileo in Florenz, wo sich ein echter Mittelfinger von Galilei nun auf ewig allen weltlichen und kirchlichen Widersachern des großen Gelehrten entgegenstreckt.

Bemerkenswert sind des Weiteren das Peterson Automuseum in Los Angeles, das unter anderem einen Mercedes von Saddam Hussein zeigt, das Evergreen Aviation & Space Museum in McMinnville (Oregon), in dem die Hughes H-4 Hercules von 1947 steht, also das größte jemals gebaute Flugzeug der Welt, sowie das Museum des US-Auslandsgeheimdienstes CIA in Langley (Virginia). Letzteres öffnet seine Pforten allerdings nur für geladene Gäste mit Spezialgenehmigung. Diese können dann beispielsweise Osama bin Ladens AK-47-Sturmgewehr und winzige Libellendrohnen besichtigen.

Zahlreiche Museen widmen sich der echten Tierwelt, wobei manche recht enge Spezialisierungen aufweisen. So gibt es ein Museum für Frösche im schweizerischen Estavayer-le-Lac, ein Parasitologisches Museum in Tokio, ein Erdhörnchenmuseum in Torrington (Alberta), ein Hasenmuseum in Pasadena bei Los Angeles, ein Zeckenmuseum in Statesboro (Georgia) und eine Reptiliensammlung in der Außenstelle der kalifornischen Akademie der Wissenschaften in San Francisco mit 300.000 Exponaten.

Vielfach geht es um Banales. Das gilt nicht zuletzt für jene Museen, in denen sich alles um die Wermutspirituose Absinth, das menschliche Schnarchen, Haare, Nasen, Anstecknadeln, Schilder jeglicher Art und Bauchrednerpuppen dreht.

Wo Voodoo-Priester Gedanken lesen

Andere Museen beschwören die Faszination des Todes. Besonders zu erwähnen wären hier das Bestattungsmuseum in Wien, welches sogar Diamanten aus der Asche von Verstorbenen präsentiert, die weltweit größte Sammlung von Totenmasken einschließlich der von Tolstoi, Puschkin und Dostojewski am Andrijinskyi Uswis in Kiew sowie das Museum des Todes in Hollywood, das in schockierend-drastischer Form zeigt, auf welch unterschiedliche Weise Menschen ihr Leben verlieren können.

Etliche Museen dienen der Darstellung mehr oder weniger bizarrer Aspekte der Medizin. Besonders zu erwähnen wären die Sammlungen auf dem Gelände des Siriraj-Krankenhauses in Bangkok mit einer Übelkeit erregenden Serie von grauenhaf-



Alles in einem Lastenaufzug: Das winzige „mmuseumm“ im New Yorker Stadtteil Lower Manhattan

Foto: Wikipedia

REISEN I

Keine Kuriosität, die nicht ein eigenes Museum wert wäre

Über die ganze Welt verstreut zeigen spezielle Dauerausstellungen die absurdesten, witzigsten und auch abscheulichsten Dinge: Von den Bildern von Wahnsinnigen bis zur Prominenten-Fäkalie

ten Deformationen, Verletzungen und verstümmelten Leichenteilen, die Zusammenstellung fragwürdiger medizinischer Geräte im Science Museum of Minnesota in St. Paul, die Gehirnsammlung der Yale University in New Haven und das Urologiemuseum in Linthicum (Maryland), welches einen gewaltigen Fundus an Harnsteinen jedweder Größe besitzt.

Ebenso kommen die verschiedenen Aspekte des Religiösen nicht zu kurz. Dafür stehen das Fegefeuermuseum in Rom, das Dschihad-Museum im afghanischen Herat und das Historic Voodoo Museum in New Orleans, in dem sich die Besucher auch von einem Voodoo-Priester die Gedanken lesen lassen können.

Beachtlich ist darüber hinaus die Zahl der Museen, in denen es in irgendeiner Weise um die weniger konventionellen Spielarten der Kunst geht. Erwähnung verdienen hier auf jeden Fall die Collection de l'Art brut in Lausanne, welche Werke von närrischen Eigenbrötlern oder

kriminellen Wahnsinnigen zeigt, das Museum von Gruyères im westschweizerischen Kanton Freiburg mit seiner Exposition der Visionen des Surrealisten Hans Rudolf Giger und das Museum der schlechten Kunst in Boston (Massachusetts). Das Letztgenannte pflegt neun von zehn eingereichten Werken abzulehnen, weil sie noch zu gut seien. Hier gibt es beispielsweise das Bild „Joggender Hund im Hula-Röckchen“ zu sehen.

Das ganze Haus in einem Fahrstuhl

Und so wie pornographische Seiten zu den am häufigsten aufgerufenen im Internet zählen, existieren auch zahllose Museen rund um den Globus, die sich Themen widmen, die eher unter der Gürtellinie angesiedelt sind. Das gilt unter anderem für das Phallus-Museum in Reykjavik, das Museum für Vibratoren in San Francisco, das Oasis Bordello Museum in Wallace (Idaho) und das Leather Archives Museum in Chicago, dessen

Thema der Leder-Fetisch der Sado-Maso-Szene ist.

Darüber hinaus existiert eine Gruppe von Museen, die in keinerlei Raster passen. So wie das Victor Wynd Museum of Curiosities in London, in dem der Besucher Fäkalien von Prominenten, benutzte Kondome von Mitgliedern der Rolling Stones und ähnliche „Schätze“ vorfindet. Im vollkommenen Kontrast hierzu steht das Museum der Sauberkeit in Pocatello im US-Bundesstaat Idaho. Eine wiederum ganz andere Klientel sprechen das Museum der zerbrochenen Beziehungen im kroatischen Zagreb und das winzige „mmuseumm“ in einem Lastenfahrstuhl im New Yorker Stadtteil Lower Manhattan an. Letzteres will den Blick der Besucher auf Übersehenes, Verdrängtes und Ignoriertes richten.

Einzigartig ist zudem das Museum der Speerjagd zwischen Robertsedale und Summerdale (Alabama), in dem die zahlreichen Tiere zu sehen sind, die der Stifter Eugene Morris eigenhändig erlegt hat.

Und in Portland (Maine) steht das Internationale Museum für Kryptozoologie, das ebenfalls seinesgleichen sucht. Dessen Exponate bieten Hinweise auf Tierarten, von deren Existenz nur schwache beziehungsweise zweifelhafte Belege zeugen, wie im Falle des „Schneemenschen“ Yeti, weshalb sie als „Fabelwesen“ gelten. Aufschlussreich sind darüber hinaus die Ausstellungsobjekte im Postnaturhistorischen Museum von Pittsburgh (Pennsylvania). Hierbei handelt es sich um genmanipulierte Organismen wie einen leuchtenden Fisch, der das Erbgut von biolumineszenten Quallen enthält.

Und dann wäre da noch ein Museum, dessen Ausstellungsstücke ebenso ungewöhnlich sind wie seine Lage. Dies ist das Unterwassermuseum auf dem Meeresgrund vor Kap Tarchankut am westlichen Ende der Krim. Hier hat der Taucher Wladimir Borumenskij 1992 zahllose ausgemusterte Denkmäler sowjetischer Führer zu einer düsteren Allee aufgereiht.

REISEN II

500 Dollar Bußgeld für das Zünden einer Atombombe

Wer ins Ausland fährt, muss allerlei fremde Regeln beachten. Manche davon erscheinen reichlich abstrus

„Wenn einer eine Reise tut, so kann er was erzählen“, formulierte der Dichter Matthias Claudius schon im Jahre 1775. Und das ist bis heute so. Dazu gehören nicht selten auch Berichte über Regeln beziehungsweise Verbote, die es im Ausland zu beherzigen gilt.

Manche davon sind sehr nachvollziehbar: Wildpinkeln, lautes Grölen, Saufelage mit anschließendem Erbrechen, das Hinterlassen von Unrat, Nacktbilder an heiligen Stätten machen, die Ausfuhr von geschützten Tieren oder kulturhistorisch wertvollen Artefakten sowie das Fotografieren von Militäreinrichtungen dürften definitiv nicht zum Repertoire eines ver-

nünftigen Reisenden gehören. Aber manchmal lauern auch Tretminen auf den Touristen, die schwer erkennbar sind.

So sollten Türkei-Urlauber unbedingt darauf verzichten, Geldscheine mit dem Konterfei des Staatsgründers Atatürk zu bekratzeln, was auch für die Rückseite der Banknoten gilt. In der kroatischen Hafenstadt Dubrovnik wiederum wird erwartet, dass Rollkoffer nicht übers Pflaster gezerrt, sondern aus Lärmschutzgründen getragen werden.

Nicht selten drohen Geldstrafen. Die werden mancherorts bereits für das Laufen mit Flip-Flops, die Anfertigung von Handyselfies, öffentliches Küssen, das Be-

rühren heiliger Bäume, den Bau von Sandburgen, Strandspaziergänge ohne Hemd oder das Kauen von Kaugummi fällig. Ein fotografisches Selbstporträt während der Stierhatz von Pamplona in Spanien kann glatt bis zu 3000 Euro kosten.

Aktuell ist man vor allem in Spanien und Italien bemüht, gar zu forsch auftretenden Touristen mit neuen, strafferen Regeln Zügel anzulegen. Allerdings reichen beide Länder damit noch lange nicht an die USA heran, wo je nach Bundesstaat mit einer Unzahl absurd-rigider Vorschriften gerechnet werden muss. In Michigan ist es beispielsweise untersagt, Vertreter des weiblichen Geschlechts

finster anzustarren. In Alabama wiederum darf am Sonntag kein Domino gespielt werden, während in Florida ein Verbot für alleinstehende Damen besteht, am Tag des Herrn mit dem Fallschirm abzuspringen.

Zu den illegalen Aktivitäten gehören darüber hinaus auch ein Theaterbesuch nach dem Genuss von Knoblauch (Indiana), das Tragen von Schuhen beim Schlafen (North Dakota), die Verabreichung von Alkohol an Elche (Alaska), das Hineinstecken von Münzen ins Ohr (Hawaii), die Übernachtung in einem Kühlschrank (Pennsylvania), das falsche Aussprechen des Namens des US-Bundesstaates Ar-

kansas, was aber zum Glück nur für das Gebiet von Arkansas selbst gilt, das Rückwärtslaufen nach Sonnenuntergang und das Fahrradfahren mit mehr als 65 Meilen, also 104 Kilometern, pro Stunde (Connecticut), das Überqueren der Landesgrenze mit einer Ente auf dem Kopf (Minnesota), das Reiten trotz Erkältung (Colorado), das Duschen im nackten Zustand (Florida) sowie das Stricken beim Fischfang (New Jersey).

Darüber hinaus sollten sich Touristen unbedingt auch davor hüten, in Chicago (Kalifornien) eine Atombombe zu zünden. Denn dann werden immerhin 500 Dollar Bußgeld fällig. W.K.



HERZOGTUM PREUSSEN

Mit Engel, Luther und Herzog Albrecht

500. Gründungsjubiläum – Musikalische Einleitung im Rahmen der „Sorquitter Gespräche“

VON UWE HAHNKAMP

Im kommenden Jahr steht das 500. Jubiläum der Gründung des ersten protestantischen Staates der Geschichte, des Herzogtums Preußen, an. Eine erste Einleitung gab es im Rahmen der diesjährigen Sorquitter Gespräche Ende September in der evangelisch-augsburgischen Kirche in Sorquitten. Pastor Witold Twardzik von der evangelisch-augsburgischen Gemeinde in Passenheim hielt einen Vortrag mit dem Titel „Herzog Albrecht von Preußen und die Musik“ mit vielen akustischen Beispielen.

In Allenstein bereitet ein Komitee die Errichtung eines Denkmals für den Krakauer Vertrag vom April 1525 vor, in dem der letzter Hochmeister des Deutschen Ordens und erste Herzog in Preußen dem polnischen König Sigismund I. den Lehnseid schwor. Aus diesem Grundstein heraus entwickelte sich Preußen zum Königreich, woraus dann später das Deutsche Reich entstand. Doch Herzog Albrecht war nicht nur Herrscher, wie Twardzik in seinem Vortrag darstellte.

Albrecht, der Vielfältige

Bei den Sorquitter Gesprächen, welche die evangelische Kirchengemeinde Sorquitten und der Verein „Freunde Masuriens“ in Scharnebeck organisieren, ging es um Albrechts musikalische Seite. Der Reichsfürst war zuerst gegen den persönlichen Treueid, den die Hochmeister des Deutschen Ordens seit dem zweiten Thorner Frieden von 1466 dem polnischen König leisten mussten. Nach einem Treffen mit Martin Luther übernahm er die Idee einer Säkularisierung des Ordensstaates, dessen Umwandlung in ein weltliches und erbliches, protestantisches Fürstentum, das er vom König von Polen zum Lehen erhalten würde.

Gleichzeitig trieb er, begeistert von den Ideen der Reformation, diese in seinem Herzogtum massiv voran, lud ver-



Pastor Witold Twardzik referierte über das Thema Reformation und Musik: Das Gemälde oben rechts zeigt Martin Luther, der im Kreise seiner Familie musiziert; Bildnis Herzog Albrechts von Preußen (r.)
Fotos: U.H./Gemälde Lucas Cranach d.Ä.

schiedene reformatorische Prediger nach Königsberg ein und förderte den von Gutenberg erfundenen Buchdruck. Dies führte zur massenhaften Verbreitung von Bibeln, Postillen, Predigtsammlungen und – Liederbüchern in den jeweiligen Muttersprachen von Herzog Albrechts Untertanen und darüber hinaus. In den ersten Gesangsbüchern von 1527 finden sich auch Texte und Lieder von Herzog Albrecht selbst, der so seinen Gedanken Ausdruck gab.

Dem einen sin Uhl...

Sein bekanntestes Werk ist jedoch, so Twardzik, das Kirchenlied „Was mein Gott will, das g'scheh allzeit“ von 1550, das einer bekannten Melodie für Laute von Claudin de Sermisy von 1529 folgt. Er stellte im Vor-

trag sowohl die instrumentelle als auch die Chorversion des Liedes vor. Die wesentliche Rolle der Musik sei jedoch, hier berufen sich die Protestanten auf den Reformator Martin Luther, den Gottesdienst zu begleiten und zu verschönern und es den Gläubigen zu ermöglichen, während des gesamten Kirchenjahrs und überall Gott zu loben.

Neben Herzog Albrecht selbst gab es weitere Autoren, die im Gefolge der Reformation neue Lieder verfassten. „Such, wer da will, ein ander Ziel“ etwa stammt vom Königsberger Pfarrer Georg Weissel, der auch das bekannte Adventslied „Macht hoch, die Tür“ geschrieben hat. Vertont wurde Herzog Albrecht unter anderem von Felix Mendelssohn-Bartholdy, dessen Sonate f-moll op. 65 Twardzik seinem Vortrag

vorstellte. „Dieser Komponist war zeitweise wegen seiner jüdischen Abstammung in Deutschland verfeindet, dabei war er es, der den großen Johann Sebastian Bach wiederentdeckt hat“, begründete er seine Wahl.

Dass nicht nur die Menschen sich verändern, sondern auch die Lieder, die ihnen gefallen und mit denen sie ihren Glauben ausdrücken, zeigte Twardzik am Ende seines Vortrags. Es mag bezweifelt werden, dass Herzog Albrecht selber den für den Gottesdienst adaptierten Song der schwedischen Gruppe ABBA „Ode to freedom“ als Kirchenlied akzeptiert hätte, den die Zuhörer zum Abschluss zu hören bekamen. Für heutige Ohren jedoch ist er ebenso eingängig wie die Melodien, die damals zu seiner Zeit die ersten Lieder prägten.

● MELDUNGEN

Stadtbibliothek renoviert

Insterburg – Im Zuge der Stadtfeier im September hat sich in Insterburg viel getan. Unter anderem wurde die zentrale Stadtbibliothek wiedereröffnet. Ihre Modernisierung erfolgte im Rahmen des nationalen russischen Projekts „Kultur“, mit dem kulturelle Einrichtungen aus Mitteln des Staatshaushalts gefördert werden. Anlässlich der Wiedereröffnung sagte Verwaltungschef Sergej Bulytschew, dass die Bibliothek künftig nicht nur ein Ort der Aufbewahrung für Bücher sein solle, sondern auch ein lebendiges Zentrum, in dem sich Möglichkeiten zum kulturellen Austausch, zur Kommunikation und Selbstentfaltung für Gleichgesinnte böten. *MRK*

Grenze ist zu interessant

Landsberg – Eine der scheinbar zugänglichsten Außengrenzen der Europäischen Union ist die zwischen der Woiwodschaft Ermland-Masuren und dem Königsberger Gebiet. Immer wieder tauchen auf dem Grenzstreifen Fußgänger, Radfahrer und sogar Autofahrer auf, die fast alle ihre Neugier als Grund für die mit Geldstrafen geahndeten Gesetzesübertretungen angeben. Einen der aktuellsten Fälle hatte der Grenzschutz in Landsberg zu verfolgen. Ein 39 Jahre alter Deutscher war der Grenze auf dem Fahrrad zu nahegekommen. Scurril war auch vor Kurzem der Fall eines Briten, der mit dem Auto zu seiner russischen Freundin gelangen wollte. Das Interesse ist also ziemlich groß – und international, denn in den bisher etwa 130 Fällen von unerlaubten Grenzübertritten in diesem Jahr waren außer Polen auch Briten, Deutsche, Belgier, Spanier, Franzosen und Holländer sowie Schweizer beteiligt. *U.H.*

ALLENSTEIN

Massenentlassungen bei der Bahnniederlassung PKP Cargo

Umsatzverluste durch Staatsintervention – Auch im südlichen Ostpreußen verlieren mehr als 100 Mitarbeiter ihre Arbeit

Die Polnische Staatsbahnen Cargo (PKP Cargo) ist das größte Eisenbahnfrachtunternehmen in der Republik Polen, das den Schienen-, Straßen- und Seeverkehr miteinander verbindet. Das Unternehmen befindet sich nun seit Monaten aufgrund von Umsatzverlusten durch Staatsintervention in einer finanziellen Schieflage. Die Verantwortlichen des Unternehmens gehen davon aus, dass die desolate Finanzlage (zirka 1,1 Milliarden Euro Defizit) auf die Entscheidung der Vorgängerregierung zurückzuführen sei, nach die PKP Cargo im ersten Jahr des Ukrainekriegs mit dem Transport von Kohle beauftragt worden war. In der Folge verlor das Unternehmen private Aufträge und Marktanteile.

Das veranlasste die neue Geschäftsführung zu Massenentlassungen, die am 14. August begannen und voraussichtlich bis Ende Oktober andauern werden. Bis zu 30 Prozent der Belegschaft, also bis zu 4142 Mitarbeiter landesweit, verlieren ihren Arbeitsplatz. Auch mehr als 100 Mitarbeiter der PKP Cargo-Niederlassung in

Allenstein, die mit der Reparatur von Schienenfahrzeugen sowie der Wartung von Waggons und Lokomotiven beschäftigt sind, sollen entlassen werden. Es ist eine der größten Entlassungswellen in Allenstein seit Jahren.



Lok der PKP Cargo: Das Unternehmen galt bislang als sicherer Arbeitgeber Foto: D.K.

Die Mitarbeiter der aufgelösten Niederlassung der PKP trafen sich Ende September mit Journalisten der lokalen Medien. Sie erhoben schwere Anschuldigungen gegen die Gewerkschaften, von denen sie sich im Stich gelassen fühlten. Von den

Massenentlassungen hätten sie im Internet und durch Gerüchte erfahren. Die Arbeitnehmer hatten seit Langem versucht, ihre Arbeitsplätze zu retten, indem sie Lohnkürzungen von 20 Prozent oder die Streichung von Prämien und Urlaub akzeptierten.

Schwere Vorwürfe der Mitarbeiter

Die Verzweifelten erfuhren von Aspekten bezüglich der Werksschließung, die sie nicht verstehen. Ihrer Ansicht nach ist die Allensteiner Niederlassung für die Landesverteidigung von Bedeutung. Das Werk, das nahe dem Suwalki-Korridor liegt, spielt eine Schlüsselrolle bei der Reparatur von Militärwaggons. Die Arbeitnehmervertreter sagten, dass sie an der Produktion von Ersatzteilen beteiligt waren. Jetzt müssen diese von externen Herstellern gekauft werden.

Die entlassenen Mitarbeiter behaupteten, dass ausländische Unternehmen immer dreister in den polnischen Eisenbahnmarkt drängten, und beschuldigten

ihre Vorgesetzten, das Potential inländischer Eisenbahnunternehmen nicht zu erkennen. Andere glaubten, dass die Immobilien nach der Betriebsauflösung von einem ausländischen Investor zu lächerlichen Preisen erworben werden sollten. Nach Angaben der Unternehmensleitung sollen die Umstrukturierungsmaßnahmen dem Unternehmen jedoch finanzielle Stabilität und wirtschaftliche Erholung bringen. Das Unternehmen müsse handeln, um den Markt zurückzuerobieren.

Die Firma erhielt neue Aufträge, darunter die Beförderung von neun Millionen Tonnen Kohle aus Bogdanka, einem bedeutenden Steinkohleproduzenten, und zwei Verträge über den Transport von sechs Millionen Tonnen Waren für ArcelorMittal. Darüber hinaus verhandelt PKP Cargo mit Unternehmen aus dem Transport- und Bahnsektor ab, um die entlassenen Arbeitnehmer aufzufangen. Derzeit seien bereits mehr als 1900 Arbeitsplätze für Mitarbeiter der PKP Cargo verfügbar. *Dawid Kazański*



ZUM 104. GEBURTSTAG

Johann, Christel, geb. Grajetzki, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 31. Oktober
Peschel, Mia, geb. Kalischewski, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 25. Oktober

ZUM 103 GEBURTSTAG

Zysk, Irmgard, geb. Chilla, aus Glauch, Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Jentsch, Maria, geb. Marrek, aus Willenberg-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Frank, Gertrud, geb. Czarnojan, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 30. Oktober
Peter, Herta, aus Lyck, am 26. Oktober
Szwilius, Martin, aus Pachollen, Kreis Mohrungen, am 25. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Behres, Waltraud, geb. Komaschewski, aus Treuburg, am 30. Oktober
Brandt, Waldemar, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 26. Oktober
Starbatty, Helene, geb. Danielzik, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 30. Oktober
Wunderlich, Maria, geb. Heimbuchner, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 31. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Grunert, Hildegard, geb. Jerosch, aus Alt Kiwitten, Kreis Ortelsburg, am 28. Oktober
Jabs, Gerhard, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 30. Oktober
Koyro, Friedhelm, aus Lisken, Kreis Lyck, am 25. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Euen, Herta, geb. Wenzek, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 30. Oktober
Frohnart, Christel, geb. Brosch, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 25. Oktober
Klein, Erika, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 31. Oktober
Konstanty, Lydia, geb. Kopatz, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 30. Oktober
Maass, Gerda, geb. Wuest, aus Reichau-Tomlak, Kreis Mohrungen, am 28. Oktober

Littek, Irmgard, geb. Westphal, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, am 30. Oktober
Werlich, Irmgard, geb. Bolk, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, am 26. Oktober
Zastrau, Meta, geb. Petrautzki, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bormann, Ruth, geb. Schröter, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 29. Oktober

Rogowski, Brigitte, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Schäfer, Elfriede, geb. Poel, aus Großalbrechtstort, Kreis Ortelsburg, am 25. Oktober
Schendel, Christa, geb. Ebersbach, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 31. Oktober
Seeger, Lieselotte, geb. Garstkar, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 26. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Czychi, Herbert, aus Groß Gablick, Kreis Lötzen, am 28. Oktober
Franke, Gertrud, geb. Gazioch, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 30. Oktober
Kalina, Waldemar, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 25. Oktober
Kilian, Willy, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober
Konetzka, Gertrud, geb. Gosdzinski, aus Krummfuss, Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober
Kuczewski, Reinhard, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 25. Oktober
Lünse, Else, geb. Schiemann, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 29. Oktober
Niermann, Inge, geb. Oleschkowitz, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober
Pohl, Margot, geb. Kruczynna, aus Lyck, am 27. Oktober
Schwede, Kurt, aus Ragnit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 28. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Behrendt, Walruth, geb. Gadowski, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 30. Oktober
Bretthorst, Gertrud, geb. Allary, aus Neidenburg, am 25. Oktober
Dewor, Irmgard, geb. Brozio, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 31. Oktober
Heimann, Elli, geb. Stern, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 25. Oktober
Kudzus, Horst, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 27. Oktober
Pagalies, Werner, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 30. Oktober
Rudorf, Gerda, geb. Bohl, aus Hoppendorf, Kreis Preußisch Eylau, am 29. Oktober
Schröder, Werner, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 31. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Ahlden, Ruth, geb. Bussler, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 25. Oktober
Gauer, Manfred, aus Prostken, Hauptstraße 4, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Glaß, Fritz, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 27. Oktober
Hauberg, Hannelore, geb. Plogsties, aus Aschpalten, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober

Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** in Wuppertal (gT)
2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderhilfe e.V.** in Wuppertal (gT)
2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in

Wuppertal (gT)

Auskünfte: Landsmannschaft Ostpreußen – Bundesgeschäftsstelle, Buchstraße 4, 22087 Hamburg.
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Kachel, Erich, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 30. Oktober
Müller, Elli, geb. Höpfner, aus Bärwalde, Kreis Fischhausen, am 26. Oktober
Polomski, Gerhard, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 28. Oktober
Rothfuss, Gertraud, geb. Brock, aus Arlen, und aus Rhein, Kreis Lötzen, am 26. Oktober
Scheddin, Edeltraut, geb. Tietz, aus Konraden, Kreis Ortelsburg, am 25. Oktober
Schubert, Sigrid, aus Lyck, Hindenburgstraße 20, am 29. Oktober
Wiersbitzki, Erich, aus Langheide, Kreis Lyck, am 31. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Becker, Jutta, geb. Günther, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 29. Oktober
Broska, Manfred, aus Blumental, Kreis Lyck, am 31. Oktober
Czygan, Prof. Dr. Franz, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 25. Oktober
Fischer, Ruth, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 27. Oktober
Köhn, Elli, geb. Michalkowski, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 29. Oktober
Koopmann, Erika, geb. Frischmuth, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 31. Oktober
Laskawy, Alfred, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober
Noga, Werner, aus Prostken, Kreis Lyck, am 30. Oktober
Powilleit, Martha, geb. Sefz, aus Kreis Neidenburg, am 26. Oktober
Radtke, Heinz, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 27. Oktober
Seige, Rosemarie, geb. Mallek, aus Neidenburg, am 28. Oktober

Sewczik, Werner, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 25. Oktober
Sonnenberg, Ruth, geb. Abramski, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober
Stange, Herwart, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 26. Oktober
Viereck, Walburg, geb. Ginnuth, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 27. Oktober
Vogel, Hannelore, geb. Blank, aus Alt Sellen, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Czwalina, Erwin, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 30. Oktober
Jenzewski, Gerd, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 30. Oktober
Laskowski, Gerda, geb. Mertinat, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 25. Oktober
Mußhoff, Barbara, geb. Trautmann, aus Gerhardswalde, Kreis Elchniederung, am 31. Oktober
Schmidt, Siegfried, aus Grünhof, Kreis Ebenrode, am 30. Oktober
Sebastian, Lothar, aus Bolzhagen, Kreis Elchniederung, am 26. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bischoff, Barbara, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 29. Oktober

PAZ wirkt!

Zusendungen für die Ausgabe 45/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 45/2024 (Erstverkaufstag 8. November) **bis spätestens Dienstag, den 29. Oktober**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Groddeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: groddeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Dienstag, 29. Oktober, 19.30 Uhr, 10,- Euro:
Smoke Sauna Sisterhood, Estland 2023, 89 Minuten, Regie: Anna Hints, **Filmvorführung in der Reihe „Nordöstliche Spuren im Kino“** im SCALA Programm kino, Apothekestraße 17, 21335 Lüneburg, eine Kooperation mit dem Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg und dem Nordost-Institut Lüneburg (IKGN e.V.). In einer Hütte tief im schneebedeckten Wald treffen sich Frauen zum gemeinsamen Saunieren. Mit den Hüllen fallen Tabus. Sanfte Stimmen flüstern unausgesprochene Ängste und leidvolle Erkenntnisse in das schützende Dunkel der dampferfüllten Sauna. Aufgefangen vom leisen Zuhören ihrer Gefährtinnen berichten die Frauen von

ersten Liebschaften, aber auch von sexuellen Übergriffen und unerträglichen Geburtsschmerzen. Der in seiner Intimität fast mystische Dokumentarfilm zeigt Frauen nicht, wie sie sind, sondern in ihrem Werden, erzählt von jenen Veränderungen, die sich in das Leben und den Körper einer Frau einschreiben. Der Film wird eingeführt von Ingrid Rupp, Deutsch-Estnische Gesellschaft. Im Anschluss an die Filmvorführung wird estnisches Kiluvõileib, ein Sprotten-Butterbrot, angeboten.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Landeskulturtagung Altmühlfranken – Sonnabend, 2. November, 10 Uhr, Kulturzentrum Ostpreußen, Schloß Ellingen: Ostpreußische Landeskulturtagung, Anmeldung bei Landsmann Bethke unter Telefon (09831) 80961.

Tag der Heimat Ansbach – Mit starker Beteiligung der Kreisgruppe Ansbach der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Pommern und Brandenburger fand der diesjährige „Tag der Heimat“ erstmals außerhalb der Region Ansbach statt. Mit 50 Personen begaben sich Mitglieder und Gäste des BdV Ansbach in den Weltkurort Marienbad im heute tschechischen Egerland, um dort gemeinsam mit in der Heimat verbliebenen Landsleuten den „Tag der Heimat“ zu begehen. Im Rahmen eines geselligen Abends wurde eine Folklore- und Gesangsgruppe des Bundes der Deutschen in Böhmen die Gäste mit heimatischen Klängen aus dem Egerland unterhalten.

Im weiteren Besuchsprogramm im Egerland wurde das Hochmoor Soos erwandert, nach einer Stadtführung durch das Kurbad Marienbad standen am zweiten Tag der Reise Besuche des Stiftes Tepl, des Klosters Kladrau und schließlich der Stadt Pilsen auf dem Programm. In Pilsen wurde der prächtige Marktplatz besichtigt, bevor der Besuch in der weltberühmten

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842

Brauerei „Pilsner Urquell“ endete, die 1842 durch den bayerischen Braumeister Josef Groll gegründet wurde.

Heide Bauer

Tag der Heimat 2024 - Bund der Vertriebenen (BdV) Kreisgruppe Hof
Hof - Der Bund der Vertriebenen, Kreisgruppe Hof, lud die Bevölkerung von Stadt und Landkreis Hof zum „Tag der Heimat 2024“ ein. Das Leitwort des Jahres lautete „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa“

Die Feierstunde am Mahnmal in der Blücherstraße wurde vom Posaunenchor der Lutherkirche und der Volkstanzgruppe im BdV Hof ausgestaltet. Die Grußredner, Oberbürgermeisterin Eva Döhla und Landrat Oliver Bär, betonten die Bedeutung der Veranstaltung. Besonders in der Gegenwart, die von Unruhen und Kriegen geprägt ist, sollte man die Vergangenheit nicht aus dem Blick verlieren und aus ihr lernen. Außerdem gelte es, die Verdienste der Heimatvertriebenen zu würdigen. Vorsitzender Christian Joachim sieht die Aufgabe des BdV darin, die Anliegen der Vertriebenen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Beim Blick auf die aktuellen politischen Konflikte muss immer wieder daran erinnert werden, dass nur dort, wo Menschenrechte geachtet werden, Freiheit gelebt und Frieden gehalten werden kann. Deshalb liegt der Fokus 2024 besonders auf der Völkerverständigung. Aus der Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950 spricht die Einsicht, dass eine friedliche Zukunft nur durch Versöhnung und Verständigung zu schaffen ist. Deshalb liegt im diesjährigen Leitwort der Auftrag an alle, über die Grenzen hinweg zusammenzurücken, um die Vision eines friedlichen Europas lebendig zu halten.

Die Mitglieder der Volkstanzgruppe unter Leitung von Jutta

Starosta stellten die Vertreibungsgebiete mit kurzen Sachtexten zu deren Industrie vor. Stellvertretender Vorsitzender Jochen Ulschöfer gedachte nach dem Niederlegen des Kranzes der Toten. Gemeinsam wurde zum Abschluss die Nationalhymne gesungen.



Hessen

Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Georg Siedler Kassel – Zu den Vortragsthemen der Heimatgruppen gehören regelmäßig Lebensbeschreibungen von historischen Persönlichkeiten, vornehmlich Geistesgrößen aus preußischen Landen. Die Kasseler Gruppe erinnerte jedoch beim Oktobertreffen an ein ostpreußisches Urgestein aus den eigenen Reihen: Georg Siedler aus Königsberg. Der wahrscheinliche Nachfahre Salzburger Emigranten wurde 1901 geboren und lernte vor der Kriegskatastrophe noch viele Gebiete Ostpreußens kennen. Zugute kamen ihm dabei manche Außendienstverpflichtungen, die er als Beamter der Feuersozietät wahrzunehmen hatte. Dieses Wissen und seine spätere Aneignung der Kultur- und Landesgeschichte seiner Heimat setzte er dann nach 1948 bei der landsmannschaftlichen Arbeit ein.

Georg Siedler gehört zu den Männern der ersten Stunde beim Aufbau des Kasseler LOW – Kreisverbands. Sogleich wurde er in den Vorstand gewählt und wirkte jahrzehntelang als 2. Vorsitzender und Kulturreferent des Vereins.

Neben den wichtigen Lebensdaten lenkten wir den Blick auf die Liste seiner anspruchsvollen Vortragsthemen. Da ging es zum Beispiel um „Ostpreußens Beitrag zur abendländischen Kultur“,

um bedeutende Künstler im Osten oder um „Frühe Prosa und Spätwerke von Agnes Miegel“.

Es fügte sich sehr gut, dass die Tochter des Gewürdigten, Frau Inge Weishaar, mit ihrem Gatten eigens aus dem Knüllgebirge angereist war, um den Lebensweg ihres Vaters hier und da genauer auszuleuchten. 1995 referierte Georg Siedler über Dr. Hans Graf von Lehndorff. Es war sein letzter Vortrag im Kasseler Kreis. Vermutlich hörten die Anwesenden damals ebenso interessiert zu, wie die Heutigen im Gedenken an einen ehrenwerten Ostpreußen. (Übrigens war unter den Zuhörern unser Mitglied Wilhelm Bräutigam. Der Hesse feierte vor wenigen Tagen seinen 99. Geburtstag [!]).

Noch älter wurde der bekennende Christ Georg Siedler. Er starb wenige Tage vor Vollendung des 103. Lebensjahres. Wie schade ist es doch, dass man heute kaum noch Landsleute aus dem Osten antreffen kann, die die Heimat noch intensiv erlebten und davon erzählen könnten!

G. Landau



Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel.

Treffpunkt: Landhaus Meister, Fuldatalstraße 140, Kassel-Wolfsanger, 15. Uhr: Donnerstag, 7. November. Martin Dietrich berichtet über die Vertreibung der Salzburger Protestanten nach Ostpreußen und in die USA.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Unterlüß, Tel.: (05827) 4099850. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Bericht über unsere Versammlung am 9. Oktober 2024

Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg gedachte in ihrer Versammlung im Oktober des Erntedanks mit drei Geschichten zur Ernte in unserer Heimat. Christian Graf von Krokow beschrieb in seiner „Reise nach Pommern“ das Erntefest auf seinem elterlichen Gut Rumske in Pommern. Frau Modeste Mönlich schilderte in „Ich schenk euch Bendomin“ ebenfalls die Getreide- und Kartoffelernte in ihrer Heimat in Westpreußen und Siegfried Lenz widmete in seinem Roman „Heimatismuseum“ der Schilderung der Erntefestbräuche in Masuren breiten Raum. Zwischen allen von Frau Gisela Borchers vorgetragenen Texten heiterten die von allen Anwesenden gesungenen und von Sr. Ingeborg Rebischke mit der Gitarre begleiteten Herbst- und Erntelieder den kurzweiligen Nachmittag auf.

Am 13. November treffen wir uns zu einem Nachmittag mit Sagen und Märchen aus Westpreußen, wie immer um 15. Uhr im Stadthotel Oldenburg. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen.

Dr. Gisela Borchers
Vorsitzende Ortsgruppe Oldenburg



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Düren – Mittwoch, 6. November, 17 Uhr, Haus des Deutschen Osten, Holzstraße 7a: Wir gedenken der Toten von damals und heute.



Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Vortrag: Oberländischer Kanal Dresden – Dienstag, 5. November, 13 Uhr, Großenhainer Straße 96: Der Oberländische Kanal.



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Monatstreff
Am Dienstag, den 12. November, hält Jochen Gawehns aus Heiligenhafen einen Lichtbildervortrag bei der Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“ im „Haus im Stadtpark“ über seine Reise 2024 nach England. Beginn der Veranstaltung 15. Uhr. Gäste sind herzlich willkommen.

Mit freundlichem Gruß
Brigitte Christensen

ANZEIGE



Preussische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preussische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-C



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften



Preußisch Eylau Kranzniederlegung beim Heimatkreistreffen

Foto: Dirk und Heike Bentien



Elchniederung

Kreisvertreter: James-Herbert Lundszen, Fritz-Reuter-Straße 24, 24601 Wankendorf, Telefon (04326)2195, **GF:** Barbara Daweidt, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Kreistreffen

Bad Nenndorf – Von Freitag, den 06. bis Sonntag, den 08. September fand wie jedes Jahr im Hotel „Esplanade“ in Bad Nenndorf das diesjährige Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Elchniederung statt. Im Rahmen dieses Kreistreffens wurde auch die Mitgliederversammlung des Vereins durchgeführt.

Das Treffen begann mit der Delegiertenversammlung am Freitag, zu der auch Gäste herz-

lich eingeladen waren. Aufgrund der aktuellen politischen Situation, die Auswirkung auf unsere Kontakte in die Elchniederung hat, gab es viel zu besprechen, so dass die Sitzung bis 19. Uhr dauerte. Der Abend endete mit einem gemeinsamen Abendessen, zu dem sich auch die ersten Besucher des Kreistreffens gesellten. Am Samstag begann das Treffen wie gewohnt um 09. Uhr. Leider nimmt die Zahl der Teilnehmenden stetig ab, so dass neben dem Vorstand, den Delegierten und ihren Partnern nur eine Handvoll Besucher den Weg nach Bad Nenndorf fanden.

Im Raum Luzern fanden am Vormittag interessante Vorträge statt. Vera Thiel begann mit einem Bericht über ihre Reisen in die Elchniederung, wobei der Schwerpunkt auf dem Philosophen Immanuel Kant und dessen Leben in Königsberg lag. Anschließend stellte die Autorin As-

trid Leiterer ihr Buch „Der bittere Duft des Flieders“ vor. Die Inspiration für diese ostpreußische Familiensaga erhielt sie 2008 auf einer Reise mit ihren Eltern in das ehemalige Ostpreußen.

Um 14. Uhr begann der offizielle Teil der Veranstaltung mit einer Begrüßung durch den Kreisvertreter James-Herbert Lundszen. Er übermittelte zunächst Grußworte des Landrates der Grafschaft Bentheim, bevor Dieter Wenskat zum Klang der Glocke aus der Heinrichswalder Kirche die Totenehrung sprach. Es folgte der Rechenschaftsbericht des Versammlungsleiters Fritz Klingsporn und Berichte einzelner Kirchspielvertreter.

Anschließend standen Wahlen an: Für das Kirchspiel Groß Friedrichsdorf wurde Ralf Laue wieder für vier Jahre als Kirchspielvertreter gewählt. Gabriele Bastemeyer wurde als Kirchspielvertreterin für Neukirch und

Weidenau ebenfalls wieder-gewählt. Ihre Stellvertretung übernimmt Margit Lundszen, die sich erstmals zur Wahl stellte. Mit dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied klang der offizielle Teil der Mitgliederversammlung aus. Es blieb aber noch genügend Zeit zum Plachandern und Anschauen von älteren Reiseberichten und Fotos auf der Leinwand im Raum Luzern. Am Sonntag konnte noch der Gottesdienst in der evangelischen Kirche in Steinhude besucht werden. In dieser Kirche befindet sich das Gedenk-Kreuz für die Toten der Elchniederung.



Königsberg-Stadt

Stadtvertreter: Klaus Weigelt, Haagestraße 3, 21335 Lüneburg. **Patenschaftsbüro:** Stadtgemeinschaft Königsberg, Karmelplatz 5, 47051 Duisburg, Telefon (0203) 2832151, E-Mail: patenschaftsbue-ro@stadtgemeinschaft-koenigs-berg.de

Versammlung und Vortrag

Duisburg – Sonnabend, 26. Oktober, 11 Uhr, Karmelplatz 5, Vortragsraum des Stadtarchivs, befindet sich beim Patenschaftsbüro: Vortrag „Königsbergs Spuren in der Bundeshauptstadt Berlin“ von Jörn Pekrul und Mitglieder-versammlung der Stadtgemein-schaft Königsberg (Pr) e.V.

11 Uhr: Eröffnung und Begrüßung der Mitglieder und der Vertreter der Patenstadt Duisburg durch den Stadtvorsitzenden Klaus Weigelt; 11.30 Uhr: „Kö-

nigsbergs Spuren in der Bundes-hauptstadt Berlin“, Vortrag mit Fotopräsentation von Pekrul, Berlin. Pekrul ist ausgewiesener Kenner Königsbergs und Autor zahlreicher Publikationen zur ostpreußischen Geschichte; 12.30 Uhr: Mittagspause mit Imbiss, danach Fortsetzung der Mitglie-derversammlung gemäß Tages-ordnung.

Bitte melden Sie Ihre Teilnah-me im Patenschaftsbüro bei Va-lentina Fischer an.



Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Hed-desnheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Gst. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim

Berliner Memellandgruppe
Hans-Jürgen Müller Ludolfinger-
weg 27, 13465 Berlin, den 15.10.2024

Einladung zum Herbsttreffen

Liebe Memelländerinnen, liebe Memelländer in Berlin und Um-land, hiermit möchte ich Sie ganz herzlich zu unserem traditionel-len Herbsttreffen einladen!

Wie immer treffen wir uns am Mittwoch, den 30. Oktober um 13 Uhr im Restaurant „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6 in 10179 Berlin (S-und U-Bahnstati-on Jannowitzbrücke).

Neben den aktuellen Nach-richten aus Memel und dem Me-melland werden wir uns beson-

ders mit der Geschichte und der aktuellen Situation der evange-lisch-lutherischen Kirche in Plaschken beschäftigen und die Frage erörtern, ob diese schöne Kirche wieder gerettet werden kann!

Ich würde mich sehr freuen, wenn möglichst viele an diesem Treffen teilnehmen können. Gäste sind natürlich wie immer herzlich willkommen! Bitte melden Sie sich unbedingt aus organisatorischen Gründen bis eine Woche vor die-sem Treffen bei mir an: Tel.: (AB) 030-40100473 oder kurz per E-Mail: hjm.berlin@t-online.de Mit herzlichen Grüßen

Hans-Jürgen Müller



Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Bor-ries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net.

Kartei, Buch-versand und Preußisch Eylau-er-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preus-sisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wen-den Sie sich direkt an die Kreisver-treterin Evelyn v. Borries

Unser 75. Heimatkreistreffen

In diesem Jahr haben wir wieder ein besonderes Heimatkreistref-fen am 21. und 22. September in Verden/Aller begangen. Es war unser 75-jähriges Treffen nach der Vertreibung aus unserer Heimat.

Rätsel

Stadt-
ver-
kehrsmittel

an einer
höher ge-
legenen
Stelle

Stadt
auf
Sizilien

Abk.: In-
dustrie- u.
Handels-
kammer

Hölse zur
Aufnahme
eines
Steckers

sehr eilig
gehen

dt. Come-
dian
(Dieter)

Lieb-
schaften
betref-
fend

feier-
liche
Amts-
tracht

Nahrungs-
mittel
aus Soja-
bohnen

eine Kohl-
sorte

Hunde-
figur von
Loriot

Wundmal

studenti-
sche Ver-
tretung
(Abk.)

Medi-
ziner

große
Tür,
Einfahrt

Haupt-
stadt von
Aserbaidschan

Bargeld
(englisch)

Honig-
wein

zeitlich
später,
hinter-
her

Bezeich-
nung ei-
nes Indi-
viduums

Runddorf
afrika-
nischer
Stämme

ungar.
Kompo-
nist
(Franz)

Ver-
fasser

Lärm,
großes
Aufsehen
(ugs.)

Brut-
stätte

Würz-
mittel
aus den
Ozeanen

Wasser-
marder

anhang-
lich,
loyal

Verein,
Zweck-
verband

un-
günstig,
nach-
teilig

Auslese
der
Besten

britische
Insel

besitz-
anzei-
gendes
Fürwort

Vor-
name
Debus-
sys

Größen-
ver-
hältnis

unan-
genehm

ganz,
voll-
ständig

Klang-
farbe
der
Stimme

Luft-,
Dampf-
klappe

Bürger
einer Mo-
narchie

Linien-
netz,
Gitter-
netz

Auf-
Grund-
Laufen
(Schiffe)

Bad an
der Lahn

franzö-
sisch:
danke

Frisier-
gerät

aus
gebrann-
tem Ton
geformt

der-
zeitig;
zeit-
gemäß

griechi-
sche
Göttin

Handy-
Zusatz-
programm
(Kzw.)

gerät-
zur Ziel-
führung
(Kzw.)

engl.
Popstar:
John

ausrei-
chend

Licht-
spiel-
theater

früherer
türki-
scher
Titel

Fußball-
mann-
schaft

Ver-
trag;
Bündnis

Kloster-
vorsteher

unabhängig,
loyal

Verein,
Zweck-
verband

un-
günstig,
nach-
teilig

Auslese
der
Besten

britische
Insel

besitz-
anzei-
gendes
Fürwort

Vor-
name
Debus-
sys

Größen-
ver-
hältnis

unan-
genehm

ganz,
voll-
ständig

Klang-
farbe
der
Stimme

Luft-,
Dampf-
klappe

Bürger
einer Mo-
narchie

Linien-
netz,
Gitter-
netz

Auf-
Grund-
Laufen
(Schiffe)

Bad an
der Lahn

franzö-
sisch:
danke

Frisier-
gerät

aus
gebrann-
tem Ton
geformt

der-
zeitig;
zeit-
gemäß

griechi-
sche
Göttin

Handy-
Zusatz-
programm
(Kzw.)

gerät-
zur Ziel-
führung
(Kzw.)

engl.
Popstar:
John

ausrei-
chend

Licht-
spiel-
theater

früherer
türki-
scher
Titel

Fußball-
mann-
schaft

Ver-
trag;
Bündnis

Kloster-
vorsteher

unabhängig,
loyal

Verein,
Zweck-
verband

un-
günstig,
nach-
teilig

Auslese
der
Besten

britische
Insel

besitz-
anzei-
gendes
Fürwort

Vor-
name
Debus-
sys

Größen-
ver-
hältnis

unan-
genehm

ganz,
voll-
ständig

Klang-
farbe
der
Stimme

Luft-,
Dampf-
klappe

Bürger
einer Mo-
narchie

Linien-
netz,
Gitter-
netz

Auf-
Grund-
Laufen
(Schiffe)

Bad an
der Lahn

franzö-
sisch:
danke

Frisier-
gerät

aus
gebrann-
tem Ton
geformt

der-
zeitig;
zeit-
gemäß

griechi-
sche
Göttin

Handy-
Zusatz-
programm
(Kzw.)

gerät-
zur Ziel-
führung
(Kzw.)

engl.
Popstar:
John

ausrei-
chend

Licht-
spiel-
theater

früherer
türki-
scher
Titel

Fußball-
mann-
schaft

Ver-
trag;
Bündnis

Kloster-
vorsteher

unabhängig,
loyal

Verein,
Zweck-
verband

un-
günstig,
nach-
teilig

Auslese
der
Besten

britische
Insel

besitz-
anzei-
gendes
Fürwort

Vor-
name
Debus-
sys

Größen-
ver-
hältnis

unan-
genehm

ganz,
voll-
ständig

Klang-
farbe
der
Stimme

Luft-,
Dampf-
klappe

Bürger
einer Mo-
narchie

Linien-
netz,
Gitter-
netz

Auf-
Grund-
Laufen
(Schiffe)

Bad an
der Lahn

franzö-
sisch:
danke

Frisier-
gerät

aus
gebrann-
tem Ton
geformt

der-
zeitig;
zeit-
gemäß

griechi-
sche
Göttin

Handy-
Zusatz-
programm
(Kzw.)

gerät-
zur Ziel-
führung
(Kzw.)

engl.
Popstar:
John

ausrei-
chend

Licht-
spiel-
theater

früherer
türki-
scher
Titel

Fußball-
mann-
schaft

Ver-
trag;
Bündnis

Kloster-
vorsteher

unabhängig,
loyal

Verein,
Zweck-
verband

un-
günstig,
nach-
teilig

Auslese
der
Besten

britische
Insel

besitz-
anzei-
gendes
Fürwort

Vor-
name
Debus-
sys

Größen-
ver-
hältnis

unan-
genehm

ganz,
voll-
ständig

Klang-
farbe
der
Stimme

Luft-,
Dampf-
klappe

Bürger
einer Mo-
narchie

Linien-
netz,
Gitter-
netz

Auf-
Grund-
Laufen
(Schiffe)

Bad an
der Lahn

franzö-
sisch:
danke

Frisier-
gerät

aus
gebrann-
tem Ton
geformt

der-
zeitig;
zeit-
gemäß

griechi-
sche
Göttin

Handy-
Zusatz-
programm
(Kzw.)

gerät-
zur Ziel-
führung
(Kzw.)

engl.
Popstar:
John

ausrei-
chend

Licht-
spiel-
theater

früherer
türki-
scher
Titel

Fußball-
mann-
schaft

Ver-
trag;
Bündnis

Kloster-
vorsteher

unabhängig,
loyal

Verein,
Zweck-
verband

un-
günstig,
nach-
teilig

Auslese
der
Besten

britische
Insel

besitz-
anzei-
gendes
Fürwort

Vor-
name
Debus-
sys

Größen-
ver-
hältnis

unan-
genehm

ganz,
voll-
ständig

Klang-
farbe
der
Stimme

Luft-,
Dampf-
klappe

Bürger
einer Mo-
narchie

Linien-
netz,
Gitter-
netz

Auf-
Grund-
Laufen
(Schiffe)

Bad an
der Lahn

franzö-
sisch:
danke

Frisier-
gerät

aus
gebrann-
tem Ton
geformt

der-
zeitig;
zeit-
gemäß

griechi-
sche
Göttin

Handy-
Zusatz-
programm
(Kzw.)

gerät-
zur Ziel-
führung
(Kzw.)

engl.
Popstar:
John

ausrei-
chend

Licht-
spiel-
theater

früherer
türki-
scher
Titel

Fußball-
mann-
schaft

Ver-
trag;
Bündnis

Kloster-
vorsteher

unabhängig,
loyal

Verein,
Zweck-
verband

un-
günstig,
nach-
teilig

Auslese
der
Besten

britische
Insel

besitz-
anzei-
gendes
Fürwort

Vor-
name
Debus-
sys

Größen-
ver-
hältnis

unan-
genehm

ganz,
voll-
ständig

Klang-
farbe
der
Stimme

Luft-,
Dampf-
klappe

Bürger
einer Mo-
narchie

Linien-
netz,
Gitter-
netz

Auf-
Grund-
Laufen
(Schiffe)

Bad an
der Lahn

franzö-
sisch:
danke

Frisier-
gerät

aus
gebrann-
tem Ton
geformt

der-
zeitig;
zeit-
gemäß

griechi-
sche
Göttin

Handy-
Zusatz-
programm
(Kzw.)

gerät-
zur Ziel-
führung
(Kzw.)

engl.
Popstar:
John

ausrei-
chend

Licht-
spiel-
theater

früherer
türki-
scher
Titel

Fußball-
mann-
schaft

Ver-
trag;
Bündnis

Kloster-
vorsteher

unabhängig,
loyal

Verein,
Zweck-
verband

un-
günstig,
nach-
teilig

Auslese
der
Besten

britische
Insel

besitz-
anzei-
gendes
Fürwort

Vor-
name
Debus-
sys

Größen-
ver-
hältnis

unan-
genehm

ganz,
voll-
ständig

Klang-
farbe
der
Stimme

Luft-,
Dampf-
klappe

Bürger
einer Mo-
narchie

Linien-
netz,
Gitter-
netz

Auf-
Grund-
Laufen
(Schiffe)

Bad an
der Lahn

franzö-
sisch:
danke

Frisier-
gerät

aus
gebrann-
tem Ton
geformt

der-
zeitig;
zeit-
gemäß

griechi-
sche
Göttin

Handy-
Zusatz-
programm
(Kzw.)

gerät-
zur Ziel-
führung
(Kzw.)

engl.
Popstar:
John

ausrei-
chend

Licht-
spiel-
theater

früherer
türki-
scher
Titel

Fußball-
mann-
schaft

Ver-
trag;
Bündnis

Kloster-
vorsteher

unabhängig,
loyal

Verein,
Zweck-
verband

un-
günstig,
nach-
teilig

Auslese
der
Besten

britische
Insel

besitz-
anzei-
gendes
Fürwort

Vor-
name
Debus-
sys

Größen-
ver-
hältnis

unan-
genehm

ganz,
voll-
ständig

Klang-
farbe
der
Stimme

Luft-,
Dampf-
klappe

Bürger
einer Mo-
narchie

Linien-
netz,
Gitter-
netz

Auf-
Grund-
Laufen
(Schiffe)

Bad an
der Lahn

franzö-
sisch:
danke

Frisier-
gerät

aus
gebrann-
tem Ton
geformt

der-
zeitig;
zeit-
gemäß

griechi-
sche
Göttin

Handy-
Zusatz-
programm
(Kzw.)

gerät-
zur Ziel-
führung
(Kzw.)

engl.
Popstar:
John

ausrei-
chend

Licht-
spiel-
theater

früherer
türki-
scher
Titel

Fußball-
mann-
schaft

Ver-
trag;
Bündnis

Kloster-
vorsteher

unabhängig,
loyal

Verein,
Zweck-
verband

un-
günstig,
nach-
teilig

Auslese
der
Besten

britische
Insel

besitz-
anzei-
gendes
Fürwort

Vor-
name
Debus-
sys

Größen-
ver-
hältnis

unan-
genehm

ganz,
voll-
ständig

Klang-
farbe
der
Stimme

Luft-,
Dampf-
klappe

Bürger
einer Mo-
narchie

Linien-
netz,
Gitter-
netz

Auf-
Grund-
Laufen
(Schiffe)

Bad an
der Lahn

franzö-
sisch:
danke

Frisier-
gerät

aus
gebrann-
tem Ton
geformt

der-
zeitig;
zeit-
gemäß

griechi-
sche
Göttin

Handy-
Zusatz-
programm
(Kzw.)

gerät-
zur Ziel-
führung
(Kzw.)

engl.
Popstar:
John

ausrei-
chend

Licht-
spiel-
theater

früherer
türki-
scher
Titel

Fußball-
mann-
schaft

Ver-
trag;
Bündnis

Kloster-
vorsteher

unabhängig,
loyal

Verein,
Zweck-
verband

un-
günstig,
nach-
teilig

Auslese
der
Besten

britische
Insel

besitz-
anzei-
gendes
Fürwort

Vor-
name
Debus-
sys

Größen-
ver-
hältnis

unan-
genehm

ganz,
voll-
ständig

Klang-
farbe
der
Stimme

Luft-,
Dampf-
klappe

Bürger
einer Mo-
narchie

Linien-
netz,
Gitter-
netz

Auf-
Grund-
Laufen
(Schiffe)

Bad an
der Lahn

franzö-
sisch:
danke

Frisier-
gerät

aus
gebrann-
tem Ton
geformt

der-
zeitig;
zeit-
gemäß

griechi-
sche
Göttin

Handy-
Zusatz-
programm
(Kzw.)

gerät-
zur Ziel-
führung
(Kzw.)

engl.
Popstar:
John

ausrei-
chend

Licht-
spiel-
theater

früherer
türki-
scher
Titel

Fußball-
mann-
schaft

Ver-
trag;
Bündnis

Kloster-
vorsteher

unabhängig,
loyal

Verein,
Zweck-
verband

un-
günstig,
nach-
teilig

Auslese
der
Besten

britische
Insel

besitz-
anzei-
gendes
Fürwort

Vor-
name
Debus-
sys

Größen-
ver-
hältnis

unan-
genehm

ganz,
voll-
ständig

Klang-
farbe
der
Stimme

Luft-,
Dampf-
klappe

Bürger
einer Mo-
narchie

Linien-
netz,
Gitter-
netz

Auf-
Grund-
Laufen
(Schiffe)

Bad an
der Lahn

franzö-
sisch:
danke

Frisier-
gerät

aus
gebrann-
tem Ton
geformt

der-
zeitig;
zeit-
gemäß

griechi-
sche
Göttin

Handy-
Zusatz-
programm
(Kzw.)

gerät-
zur Ziel-
führung
(Kzw.)

engl.
Popstar:
John

ausrei-
chend

Licht-
spiel-
theater

früherer
türki-
scher
Titel

Fußball-
mann-
schaft

Ver-
trag;
Bündnis

Kloster-
vorsteher

unabhängig,
loyal

Verein,
Zweck-
verband

un-
günstig,
nach-
teilig

Auslese
der
Besten

britische
Insel

besitz-
anzei-
gendes
Fürwort

Vor-
name
Debus-
sys

Größen-
ver-
hältnis

unan-
genehm

ganz,
voll-
ständig

Klang-
farbe
der
Stimme

Luft-,
Dampf-
klappe

Bürger
einer Mo-
narchie

Linien-
netz,
Gitter-
netz

Auf-
Grund-
Laufen
(Schiffe)

Bad an
der Lahn

franzö-
sisch:
danke

Frisier-
gerät

aus
gebrann-
tem Ton
geformt

der-
zeitig;
zeit-
gemäß

griechi-
sche
Göttin

Handy-
Zusatz-
programm
(Kzw.)

gerät-
zur Ziel-
führung
(Kzw.)

engl.
Popstar:
John

ausrei-
chend

Licht-
spiel-
theater

früherer
türki-
scher
Titel

Fußball-
mann-
schaft

Ver-
trag;
Bündnis

Kloster-
vorsteher

unabhängig,
loyal

Verein,
Zweck-
verband

un-
günstig,
nach-
teilig

Auslese
der
Besten

britische
Insel

besitz-
anzei-
gendes
Fürwort

Vor-
name
Debus-
sys

Größen-
ver-
hältnis

unan-
genehm

ganz,
voll-
ständig

Klang-
farbe
der
Stimme

Luft-,
Dampf-
klappe

Bürger
einer Mo-
narchie

Linien-
netz,
Gitter-
netz

Auf-
Grund-
Laufen
(Schiffe)

Bad an
der Lahn

franzö-
sisch:
danke

Frisier-
gerät

aus
gebrann-
tem Ton
geformt

der-
zeitig;
zeit-
gemäß

griechi-
sche
Göttin

Handy-
Zusatz-
programm
(Kzw.)

gerät-
zur Ziel-
führung
(Kzw.)

engl.
Popstar:
John

ausrei-
chend

Licht-
spiel-
theater

früherer
türki-
scher
Titel

Fußball-
mann-
schaft

Ver-
trag;
Bündnis

Kloster-
vorsteher

unabhängig,
loyal

Verein,
Zweck-
verband

un-
günstig,
nach-
teilig

Auslese
der
Besten

britische
Insel

besitz-
anzei-
gendes
Fürwort

Vor-
name
Debus-
sys

Größen-
ver-
hältnis

unan-
genehm

ganz,
voll-
ständig

Klang-
farbe
der
Stimme

Luft-,
Dampf-
klappe

Bürger
einer Mo-
narchie

Linien-
netz,
Gitter-
netz

Auf-
Grund-
Laufen
(Schiffe)

Bad an
der Lahn

franzö-
sisch:
danke

Frisier-
gerät

aus
gebrann-
tem Ton
geformt

der-
zeitig;
zeit-
gemäß

griechi-
sche
Göttin

Handy-
Zusatz-
programm
(Kzw.)

gerät-
zur Ziel-
führung
(Kzw.)

engl.
Popstar:
John

ausrei-
chend

Licht-
spiel-
theater

früherer
türki-
scher
Titel

Fußball-
mann-
schaft

Ver-
trag;
Bündnis

Kloster-
vorsteher

unabhängig,
loyal

Verein,
Zweck-
verband

un-
günstig,
nach-
teilig

Auslese
der
Besten

britische
Insel

besitz-
anzei-
gendes
Fürwort

Vor-
name
Debus-
sys

Größen-
ver-
hältnis

unan-
genehm

ganz,
voll-
ständig

Klang-
farbe
der
Stimme

Luft-,
Dampf-
klappe

Bürger
einer Mo-
narchie

Linien-
netz,
Gitter-
netz

Auf-
Grund-
Laufen
(Schiffe)

Bad an
der Lahn

franzö-
sisch:
danke

Frisier-
gerät

aus
gebrann-
tem Ton
geformt

der-
zeitig;
zeit-
gemäß

griechi-
sche
Göttin

Handy-
Zusatz-
programm
(Kzw.)

gerät-
zur Ziel-
führung
(Kzw.)

engl.
Popstar:
John

ausrei-
chend

Licht-
spiel-
theater

Heimatkreisgemeinschaften

ANZEIGE



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Helmut Funder

* 1. Februar 1938
in Drachenberg
Kreis Darkehmen

† 24. September 2024
in Ahrensburg

Der Verstorbene war seit Januar 2024 Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Angerapp.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese Stellv. Sprecher	Stephan Grigat Sprecher	Friedrich-Wilhelm Böld Schatzmeister
--------------------------------------	----------------------------	---



Am Freitag, den 20. September konnte am Vormittag unser Heimatmuseum nach vorheriger Anmeldung besucht werden. Es waren zahlreiche Besucher gekommen, darunter auch die polnische Delegation, die in diesem Jahr wieder zu unserem Kreistreffen gekommen war. Nur die russische Delegation nimmt nun schon seit einigen Jahren nicht mehr an den jährlichen Treffen teil. Bei diesem Besuch der Delegation aus unserem südlichen Kreisgebiet fiel auf, dass sich die meisten der polnischen Besucher vermehrt um die deutsche Historie ihrer Orte interessierten.

Am Nachmittag fand die Gesamtvorstandssitzung in einem Raum im Kreishaus statt.

Ein kleiner Teil unserer Mitglieder traf sich schon zufällig am Freitagnachmittag im Landhotel „Zur Linde“ und plachanderte bei einem Kaffee ein wenig über gemeinsame Erinnerungen, bzw. über die Erzählungen der Eltern und Reisen in die alte Heimat.

Am Sonnabend den 21. September begann das Heimatkreistreffen am Morgen mit der Abfahrt des Shuttlebusses um 9.30 Uhr zur Kranzniederlegung im Bürgerpark der Stadt Verden. Wir hatten wieder einmal Glück mit

dem perfekten sonnigen und trockenem Herbstwetter.

Am Ehrenmal hielt Pastor Hermann aus Verden eine kurze Ansprache und im Anschluss wurden die Kränze der Stadt und des Landkreises Verden sowie der Partner aus Polen und unserer Kreisgemeinschaft am Mahnmal niedergelegt.

Danach begann um 11 Uhr der offizielle Empfang der Stadt Verden/Aller und des Landkreises Verden im Landhotel „Zur Linde“. Landrat Bohlmann, Vertreter der polnischen Delegationen aus Landsberg und vom Kreis Bartenstein und unsere Kreisvorsitzende Evelyn v. Borries begrüßten in Ihren Ansprachen die Teilnehmer und Gäste herzlichst und sprachen über die Verbundenheit der Partnerschaften. „Wir feiern gemeinsam nicht nur die Vergangenheit, sondern auch die Gegenwart und die Zukunft unseres Heimatkreises“ - mit diesen Worten begrüßte Evelyn von Borries, die zahlreichen Gäste des Heimattreffens im Landhotel „Zur Linde“.

Nach der Gründung der Kreisgemeinschaft am 3. Oktober 1948 im Rahmen eines allgemeinen Heimattreffens der Ostpreußen habe das erste Treffen der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau 1949 in Hamburg-Altona stattgefunden, so Landrat Peter Bohlmann. Wenige Jahre später führte die Übernahme der Patenschaft

durch den Landkreis Verden im Jahre 1955 zur dauerhaften Verlagerung des Treffens in die Stadt Verden.

Landrat Peter Bohlmann zeichnete die ehemalige Gemeindegemeinschaft der Partnergemeinden um Landsberg, Frau Bozena Olszewska-Switaj, mit einer Ehrenurkunde für ihre Verdienste in der Partnerschaft aus.

Zu den Gästen des Empfanges zählten in diesem Jahr auch wieder eine Delegation des Verdener Schützenvereines, dem Pr. Eylauer Schützenkönig und dem Pr. Eylauer Jugendkönig, die wie in den vielen Jahren vorher im Rahmen des Verdener Schützenfestes auch immer die Pr. Eylauer Schützenkette ausschießen.

Im Anschluss fand die Feierstunde mit geistlichen Worten von Pastor Holger Herrmann, dem Singen der Nationalhymnen, der deutschen und der polnischen und unserem Ostpreußenliedes mit musikalischer Unterstützung der Posaunen-Intrade statt.

Nach der Feierstunde wurden traditionsgemäß alle Teilnehmer zu unserem typisch ostpreußischer Pillkaler eingeladen, der natürlich mit der traditionellen gewürzten Leberwurstscheibe getoppt war. Dabei wurden viele Gespräche geführt, Freundschaften gefestigt und Treffen verabredet.

Der Nachmittag begann mit der kurzen Mitgliederversammlung und ging dann über in gemütliches Kaffee trinken mit Kuchen und Gesprächen.

Man konnte sich Tipps und Anregungen für die Familienforschung holen, unser Bücherstand mit Büchern aus der Heimat war aufgebaut und natürlich konnte man auch Spezialitäten unserer Heimat erwerben, wie Königsberger Marzipan und Ostpreußische Spirituosen (Pillkaler, Marjelen, Lorbass, Trakehner Blut u.v.m.).

Am Abend wurde ein Film zum bedeutenden Philosophen unserer Heimat, Immanuel Kant gezeigt. Nach dem gemeinsamen Abendessen und vielen Gesprächen sahen wir noch einen Film aus Ostpreußen. Danach blieb noch genügend Zeit zu schabbern, Erinnerungen auszutauschen oder manchmal auch einfach nur zuzuhören.

Am Sonntag war das Heimatmuseum noch einmal geöffnet. Interessierte konnten sich weiter informieren und manch einer hat noch etwas über seine Familie aus den Aufzeichnungen unseres Archiv erfahren.

Im Laufe des Vormittages gab es im Landhotel „Zur Linde“ noch die Möglichkeit bei einem „Klein Mittag“ zu plachandern, bevor am frühen Nachmittag alle die Heimreise antraten.

Dirk und Heike Bentien



Tilsit-Stadt

Stadtvertreter: Uwe Jörg-Schmickt, Niederwallstraße 13, 10117 Berlin, Telefon (0171) 7196434, E-Mail: ujs@mail.de, **Mitgliederfragen:** Bernd Polte, Stege 3, 19322 Abbendorf, Telefon (038791) 179873, E-Mail: koljawanja@gmx.de

- Mitgliederversammlung**
- Liebe Mitglieder der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V., hiermit laden wir Sie herzlich zu unserer Mitgliederversammlung ein.
- Datum: Samstag 16. November
- Uhrzeit: 09.30 - 12.30 Uhr
- Ort: Kiel
- Düsternbrooker Weg 2 (Haus Seeburg) 24105 Kiel
- Seminarraum in der „Seeburg“, Veranstaltungsstätte der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Schleswig-Holstein
- TAGESORDNUNG**
1. Begrüßung, Eröffnung und Totengedenken
 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 3. Wahl des Protokollführers
 4. Bestätigung der Tagesordnung
 5. Bericht des Vorstands: Verein, Finanzen, Projekte
 6. Mitgliederentwicklung und Rundbrief
 7. Nächste Veranstaltungen

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.

8. Haushaltsvoranschlag
 9. Anträge, Verschiedenes
 10. Schlusswort
- Versammlungsleiter ist der 1. Vorsitzende Uwe Jörg Schmickt. Referenten sind Vorstand sowie Vorstands-Beauftragter. Anträge zur Tagesordnung müssen bis spätestens zwei Wochen vor der Versammlung schriftlich beim 1. Vorsitzenden eingereicht werden (Adresse siehe unten). Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und einen regen Austausch. Anmeldungen aus logistischen Gründen unbedingt erbeten bis spätestens Montag, 04. Novem-

ber. (Spätere Eingänge können leider nicht mehr berücksichtigt werden). Per E-Mail an: ujs@mail.de oder mit Post: U.J. Schmickt, Am Einsiedel 11, 63633 Birstein. Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V.

Information zu Kieler Hotels und Übernachtungsmöglichkeiten finden Sie unter: <https://kiel-sailing-city.de> - Kiel-Marketing e.V./GmbH - Tel.: 0431 67910-0



Ostpreussisches Landesmuseum

Lüneburg – Freitag, 1. November, 18.30 Uhr, Eintritt frei: **Eröffnung der Kabinettausstellung: „Das alte Dorpat 1889 – eine Hommage an die Kulturhauptstadt Tartu 2024 in Fotografien von Carl Schulz“**. Die Fotoausstellung präsentiert Originale und vergrößerte Repliken von Stadtmotiven aus einer seltenen Zusammenstellung aus dem Jahre 1889 und verbindet sie mit der Geschichte und Topographie der Stadt Dorpat. Neben ausführlichen Informationen zum Fotoatelier Schulz als Urheber der Fotos werden Orte, Plätze und Denkmäler und ihre Bedeutung für die Stadtgeschichte damals und heute näher erläutert. Die Ausstellung, die in Kooperation mit dem Herder-Institut Marburg präsentiert wird, ist zugleich eine Hommage an die diesjährige europäische Kulturhauptstadt Tartu/Dorpat in Estland. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Sonntag, 3. November, 14 Uhr, 1,50 Euro, zusätzlich Museumseintritt: **Trakehnen – das Paradies der Pferde**. Öffentliche Sonntagsführung in der Trakehner Abteilung mit Katja Eichhorn. Das berühmte Gestüt Trakehnen in Ostpreußen steht im Fokus dieser Führung mit einem umfassenden Einblick in die Geschichte und die Hintergründe dieser besonderen Pferdezucht. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 5. November, 14.30 Uhr, 7,- Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Das alte Dorpat 1889- eine Hommage an die Kulturhauptstadt Tartu 2024 in Fotografien von Carl Schulz**. Führung durch die Kabinettausstellung mit Dr. Eike Eckert in der Reihe „Museum Erleben“. Kurator Dr. Eike Eckert nimmt Sie mit auf eine Zeitreise in die Lüneburger Partnerstadt des 19. Jahrhunderts. Tauchen Sie ein in die vergangene Welt der aktuellen europäischen Kulturhauptstadt Tartu in Estland. Fotografien, die vor mehr als 135 Jahren in Dorpat/Tartu von dem Fotografen Carl Schulz ge-

macht worden sind, zeigen Häuser, Brücken, Denkmäler und Plätze. In der Führung wird die Bedeutung der Fotomotive für die Bewohner und die Geschichte der Stadt näher erläutert. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Sonnabend und Sonntag, 9. und 10. November, 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 2,50 Euro, inklusive Besuch der Dauerausstellung, Eröffnung am Freitag, 8. November, 18.30 Uhr, Eintritt frei: **Museumsmarkt: Tradition trifft Modernes**. Die lebendige Präsentation von traditionellem Handwerk und modernem Design lockt in diesem Jahr am zweiten Novemberwochenende wieder auf den beliebten Museumsmarkt des Ostpreussischen Landesmuseums mit Deutschbaltischer Abteilung. Der Markt ist bekannt für Originelles und Köstliches wie edler Bernsteinschmuck aus Litauen, leckeres Königsberger Marzipan, Imkereiprodukte und Bienenwachskerzen. Kunsthandwerkerstände sind in der gesamten Dauerausstellung zwischen historischen Museumsobjekten verteilt. In gemütlich-sinnlicher Atmosphäre können besondere Geschenke und auch schon Adventliches gekauft werden: Exklusives, aber auch Brauchbares und Schönes für den kleinen Geldbeutel. Zudem bieten die Deutschbalten traditionelle Köstlichkeiten an. Die Lüneburger Soroptimisten engagieren sich wieder mit einer Tombola für einen guten Zweck und unseren Museums-Kinderclub. Das Kinderprogramm lädt zum Mitmachen ein. Die Kinder können Holzelche bemalen oder die Technik des Bändchen-Webens erlernen. Für den kleinen Hunger zwischendurch bietet das Museums-Café Bernstein eine große Auswahl.

Ostpreussisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag, 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 7,- Euro, ermäßigt 4,- Euro, Kinder und Jugendliche unter 19 Jahre frei, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Ostpreußisch behütet



Navyblaue Baseballmütze mit aufgesticktem Elchschaufelwappen
Stoffverschluss mit Metallschnalle
Preis: 12,- Euro, zuzüglich 7,- Euro Porto und Verpackung.

Bestellung:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@ostpreussen.de

Je 12,- Euro zzgl. 7,- Euro Porto und Verpackung

FINANZWESEN

Preußens Banken als Wirtschaftsfinanziers

Insbesondere Königsberg entwickelte sich zunehmend als wertvolle und wichtige Finanzmetropole

VON WOLFGANG KAUFMANN

Ostpreußen war eine zunächst weitgehend agrarisch geprägte Provinz Preußens beziehungsweise des Deutschen Reiches. Landwirtschaft, Ackerbau und Bauernhöfe dominierten das Bild der Landschaft. Erst später erhielt die ostpreußische Region auch etliche industrielle Leuchttürme von Ruf. Zudem wurde das Geld- und Bankenwesen mehr und mehr ausgebaut. Bei der Finanzierung der wirtschaftlichen Aktivitäten vor Ort halfen diverse Geldinstitute, wobei es eine Arbeitsteilung zwischen der Reichsbank sowie den Kreditbanken, öffentlich-rechtlichen Banken, Genossenschaftsbanken und Privatbanken gab.

Die Preußische Bank und nachfolgend dann Reichsbank fungierte vor allem als Zentralstelle für den Geldverkehr in der Provinz. Ihre Hauptniederlassung lag in Königsberg im Schindelmeyer-Haus auf dem Großen Domplatz. Dazu kamen verschiedene Nebenstellen in den größeren Städten Ostpreußens.

Die Kreditbanken, welche grundsätzlich alle nötigen bankgeschäftlichen Transaktionen durchführen konnten, unterstützten insbesondere die ostpreußische Industrie sowie den Import- und Exporthandel. In diesem Zusammenhang betrieben sie auch Devisengeschäfte. Die meisten deutschen Großbanken waren in Königsberg mit eigenen Filialen vertreten, während die Ostbank für Handel und Gewerbe als ältestes Provinz-Finanzinstitut an der Peripherie des Deutschen Reiches in sämtlichen größeren Städten Ostpreußens Außenstellen unterhielt. Ansonsten spielten auch die Ostdeutsche Warenkreditbank und die Norddeutsche Creditanstalt eine führende Rolle. Die Letztere startete zunächst als Familienunternehmen des aus Köln stammenden Bankiers George Marx und wurde dann 1917 von der Deutschen Bank übernom-



Das Gebäude der Landesbank in Königsberg: Direkt am Fluss Pregel gelegen, war die Bank ein wichtiger Kreditgeber für die preußische Wirtschaft und den Aufbau der Industrie der Provinz weit über Königsberg hinaus
Foto (2): Bildarchiv Ostpreußen

men, welche angesichts des Wegbrechens ihres Auslandsgeschäftes dringend nach neuen Betätigungsfeldern im Inland des Reiches suchte.

Finanzierung der Industrie

Die Norddeutsche Creditanstalt besaß ebenfalls etliche Filialen, darunter in Insterburg, Gumbinnen, Allenstein und Lötzen. Sie hatte erheblichen Anteil an der Gründung von Großunternehmen auf ostpreußischem Boden. Dazu zählten unter anderem die Ostdeutsche Maschinenfabrik von Rudolf Wermke, die Holzindustrie Hermann Schütt AG, die Vereinigten Brauereien Gumbinnen, die Königsberger Immobilien- und Baugesellschaft,

die Königsberger Kalk- und Mörtelwerke, die Ostpreußische Dampfollwäscherei und die Norddeutsche Cellulosefabrik.

Bei den öffentlich-rechtlichen Banken spielte die Königsberger Stadtbank wiederum eine zentrale Rolle, weil sie örtliche Händler und Gewerbetreibende mit notwendigen Krediten versorgte. Ihr war auch die Stadtparkasse Königsberg angegliedert. Parallel dazu gab es im übrigen Ostpreußen zahlreiche weitere Stadt- oder Kreisbanken und -sparkassen.

Langfristige Kommunalkredite vermittelte hingegen die Girozentrale für die Ostmark. Eine besonders wichtige Institution im ostpreußischen Finanzwesen bildete zudem die Bank der Ostpreußi-

schen Landschaft, welche die Landwirte der Provinz finanziell unterstützte. Dieses Geldinstitut wurde 1869 von der Ostpreußischen Generallandschaftsdirektion gegründet, die ihrerseits bereits 1788 auf Initiative von König Friedrich Wilhelm II. entstanden war und den ländlichen Betrieben unkündbare Kredite zu mäßigen Zinsen verschaffen sollte.

Den Geldverkehr der Provinzialverwaltung steuerte die Landesbank der Provinz Ostpreußen, welche 1919 aus der Provinzialhilfskasse der Provinz Preußen hervorging. Zur Landesbank gehörte ebenso die Ostpreußische Stadtschaft, deren Hauptaufgabe darin bestand, Hypotheken zu vergeben. Außerdem war da

noch die Königsberger Filiale der Deutschen Verkehrskreditbank. Sie kümmerte sich um den Zahlungsverkehr der Reichsbahn.

Bei den Genossenschaftsbanken rangierte die Raiffeisenbank an erster Stelle. Deren Zentrale lag gleichfalls in Königsberg und betreute etliche ländliche Raiffeisengenossenschaften quer durch Ostpreußen. Danach kam die Zentralgenossenschaftsbank für Ost- und Westpreußen, die für jene gewerblichen Genossenschaften zuständig zeichnete, deren Gründung auf den Sozialreformer Hermann Schulze-Delitzsch zurückging. Dazu gab es die Königsberger Vereinsbank, die dann 1916 von der 1851 gegründeten Disconto-Gesellschaft übernommen wurde, welche ihrerseits 1929 mit der Deutschen Bank fusionierte. Ebenso von Wichtigkeit waren einige Spezialbanken zur Finanzierung ausgewählter Geschäfte wie die Hausbesitzerbank.

Moritz Simon als großer Gönner

Erwähnung sollten auch die Privatbanken finden, darunter die Bankhäuser Gebrüder Schlimm und J. Simon Witwe & Söhne. Diese engagierten sich gleichermaßen bei der Finanzierung der ostpreußischen Wirtschaft sowie des Handels mit Russland, wobei Letzteres aber nur für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg galt.

Gleichzeitig übten die Privatbankiers oft wichtige Funktionen vor Ort aus. Beispielsweise amtierte der Königlich Preussische Geheime Commerzienrath Moritz Simon nebenher als Vorsteher der Königsberger Kaufmannschaft und Präsident der Ostpreußischen Südbahn sowie als Mitglied des Eisenbahnrates und der Internationalen Tariffkommission. Außerdem war er unbesoldeter Stadtrat für das Armen- und Volksbildungswesen und stiftete den Sportplatz in Hufen und die Volksschul-Badeanstalt am Oberteich. Dazu kam ein Legat von 200.000 Mark für den Bau einer Synagoge.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Mit dem Zug zur köstlichen Weinprobe

Im Schatten von Grünberg haben sich mit der Zeit neue Weingüter in Niederschlesien entwickelt

Sie schießen wie Pilze aus dem Boden – Weingüter in der Woiwodschaft Niederschlesien. Mehr als 50 Keltereien sind in dieser Region zu finden, zu der aber nicht die Hochburg des Weinanbaus Grünberg [Zielona Góra] gezählt wird. Endlich ist das nördlichste deutsche Weinbaugebiet wieder angesagt. Das wirkt mittlerweile weit über diese Region hinaus. Seit der Gebietsreform mit der Neubildung größerer Woiwodschaften von 1999 teilen sich Grünberg und das etwa gleich große Landsberg an der Warthe [Gorzów Wlkp.] die Hauptstadtfunktion der Woiwodschaft Lebus – aufgrund dieser gehört das schlesische Weingebiet um Grünberg in den Köpfen der Polen jedoch nicht mehr zu Niederschlesien. Deshalb belegt das „benachbarte“ polnische Niederschlesien ohne Grünberg eben nur den 3. Platz im Ranking der Weingüter im polnischen Winzerverband hinter Klempenow und Lebus mit dem Zuggpferd Grünberg.

Die meisten Weinkeller der niederschlesischen Woiwodschaft findet man nördlich von Breslau in der Nähe von Trebnitz [Trzebnica], südlich von Breslau um den Zobten [Ślęza] herum und im Westen auf der Höhe von Liegnitz [Legnica], unweit von Glogau [Głogów] und bei

Goldberg [Złotoryja]. Einige Weinkeller kann man mit der Bahn erreichen, andere bieten Unterkünfte vor Ort an, wodurch man bei Weinverkostungen tiefer ins Glas schauen kann.

Etwa eine Stunde Bahnfahrt von Breslau Richtung Schweidnitz [Świdnica] liegt die Bahnstation Bunzelwitz [Bolesławice]. Die gehört zur Gemeinde Königszelt [Jaworzyna Śląska]. Etwa zehn Minuten Fußweg von der Bahnstation Bunzelwitz entfernt erreicht man Teichenau [Bagieniec], wo sich auf dem Weingut Silesian drei Generationen um den Rebsaft kümmern. Begonnen hatte alles vor mehr als 30 Jahren, als Landwirt Jarek hier hauptsächlich Getreide und nebenher Wein anbaute. Sein Lieblingswein sei der Souvignier Gris 2018, so der Weingutgründer. Diese Sorte, sagt er, sei dank ihrer dicken Haut gegen Krankheiten besonders resistent. Die Seniorin der Familie, Ludwika Mazurek (84), ist die erfahrenste Weinkennerin der Familie. Seit den 80er Jahren beschäftigt sie sich mit dem Weinbau, während Enkelin Marysia erst beginnt, in die Fußstapfen der Großmutter zu treten. Derzeit studiert sie in Margaret River, Australien, Weinwirtschaft. Die zweite Enkelin Sonia arbeitet bereits mit ihrem dänischen Ver-



Das Weingut der Eheleute Ewa und Lech Jaworek: In einem alten Herrenhaus von 1903 beheimatet, wo die edlen Tropfen auch verköstigt werden können
Foto: Wagner

lobten Esben Madsen im Familienunternehmen. Und dann ist da noch Mama Viola. In ihrem beruflichen Leben hat sie sich dem Journalismus und der Kultur verschrieben, aber auch sie hatte dem Familiengeschäft nicht entfliehen können. So verbindet sie beides, indem sie Veranstaltungen organisiert, zu denen sie niederschlesische Künstler einlädt.

Fährt man von Breslau Richtung Liegnitz, erreicht man nach etwa 20 Minuten Fahrt den Bahnhof Nimkau [Miękinia]. Von dort liegt zehn Minuten Fußweg entfernt das Weingut von Ewa und Lech Jaworek. Als Standort wählten die Eheleute ein historisches Herrenhaus von 1903. Dort richteten sie vor 23 Jahren ihren Weinkeller, Lager-, Gär- und Abfüllräume

sowie eine Verkostungsstube mit Terrasse ein. Nur 500 Meter vom Herrenhaus entfernt gedeihen die Reben. Einen zweiten, kleineren Weinberg bewirtschaften die Jaworeks im Katzengebirge.

Etwa eine Stunde Zugfahrt von Breslau in Richtung Militsch [Milicz] erreicht man in Kraschnitz [Krośnice] das Weingut Anna im malerischen Bartschtal, nur zehn Kilometer von Militsch entfernt. 2014 hatte Dariusz Przerwa die ersten Rebstöcke gepflanzt. Das Weingut der Familie Przerwa wurde nach der jüngsten Tochter benannt. Familienoberhaupt Dariusz berichtet seinen Gästen vom Pflücken der Trauben von Hand und wie man sie behutsam in die Kisten legt, damit sie unbeschädigt die Kellerei erreichen. Da die Przerwas keine Massenproduktion haben, können sie kein standardisiertes Produkt auf den Markt bringen, erklärt Dariusz, aber man produziere dort Weine ohne Stabilisatoren, Konservierungsstoffe und Zusätze jeglicher Art, betont er.

Ähnliche Familiengüter findet man in Trebnitz (Weingut 55–100), nördlich von Goldberg (Weingut Agat) oder das Weingut Hedwig in Sponsberg (Winnica Jadwiga Ozorowice) an der Bahntrasse nach Trachenberg [Zmigród]. *Chris W. Wagner*

GLÜCKSRITTER

Der König von Swinemünde

Friedrich Wilhelm Krause – Eine vielseitige Persönlichkeit zwischen Fontane, Preußenkönigen und Napoleon

VON ERWIN ROSENTHAL

Im hinterpommerschen Stecklin (Kreis Greifenhagen) hatte Friedrich Wilhelm Krause 1765 das Licht der Welt erblickt. Über die Stationen Stettin und Wollin war der Kaufmann und Reeder nach Swinemünde gelangt, wo er 1784 sein erstes Geschäft eröffnet hatte. Seine Ehefrau, aus Wollin stammend, hatte ihm in 26 Ehejahren 15 Kinder geschenkt, von denen acht überlebten. Selbstverständlich besuchten diese nicht die Barfußschule in der Schulstraße, sie wurden standesgemäß durch Hauslehrer unterrichtet und erzogen. Die Sprösslinge aller Swinemünder Honoratioren waren eingeladen, ebenfalls am Unterricht im Krauseschen Haus teilzunehmen. Außer dem Apotheker Louis Henri Fontane, der seinen Sohn und späteren Schriftsteller Theodor schickte, machte jedoch niemand von diesem Angebot Gebrauch.

Die aufblühende Hafenstadt Swinemünde bot beste Bedingungen für Krauses Unternehmen. Fleiß, Tatkraft, Organisationstalent und das notwendige Quäntchen Glück ließen ihn relativ schnell zu Wohlstand kommen. Wie viele seiner begüterten Zeitgenossen war Krause gebildet und universell interessiert. Eine große Bibliothek sowie ein physikalisches Kabinett und ein chemisches Laboratorium in seinem Haus sind hierfür Beleg.

In des Preußenkönigs Diensten

Der große Preußenkönig Friedrich II. hatte Krause zu seinem Kommissär ernannt. Mit königlichen Geldern sollte er helfen, die dem König direkt unterstellte Stadt Swinemünde aufzubauen und Handel auf den Weltmeeren zu betreiben. Dieser Aufgabe hat sich der königliche „Kommissär“ engagiert gestellt.

Erfolgreich war Krause auch als Reeder. Zwischen 1790 und 1816 ließ er in Swinemünde 86 Seeschiffe vom Stapel laufen. Die Obrigkeit in Preußen kannte Krause als freigiebigen und beliebten Gastgeber. Für Prinzen, Minister sowie hohe Offiziere, die auf der Reise nach Russland waren oder von dort zurückkamen, hielt er stets Gästezimmer bereit. So war Prinz Adalbert, Oberbefehlshaber der preußischen Marine, mehrmals Gast im Krauseschen Haus an der Swine. Und als König Friedrich Wilhelm III. im Jahr 1820 seine erste Reise durch Vorpommern unternahm, nächtigte er ebenfalls hier.

Der Raubzug Napoleons warf Swinemünde um Jahrzehnte zurück. Hunderte französische Soldaten, in Swinemünde waren es Badenser, mussten beherbergt



Friedrich Wilhelm Krause: Ein aufregendes Leben, das für viel Spekulationen sorgte und sogar Schriftsteller inspirierte

und gepflegt werden. Handel und Wandel brachen durch die Kontinentalsperre völlig zusammen.

Napoleon hatte sich mit dem Rheinbund ein Militärbündnis von deutschen Staaten geschaffen, dessen Bevölkerung unter der ständigen Aushebung neuer Soldaten ächzte. Bayern und Württembergs wurden durch Napoleon Königreiche, Baden, Hessen-Darmstadt und Berg Großherzogtümer. Regiert wurden mehrere dieser neuen „Modellstaaten“ von Verwandten Napoleons.

Hunderttausende deutsche und französische Soldaten wurden in den Folgejahren Opfer der Machtgier und des Ehrgeizes Napoleon Bonapartes. Selbst die Totenruhe der Gefallenen wurde Jahrzehnte später gestört. Die Gebeine der in der Schlacht bei Waterloo gefallenen Soldaten wurden 20 Jahre nach dem Gemetzel wieder ausgegraben. Die belgischen Zuckerfabriken benötigten seinerzeit

Knochenkohle als Filtermaterial zum Entfärben des Zuckers.

In der „Franzosenzeit“ wurde Krause – sicher nicht ganz selbstlos – ein überzeugter preußischer Patriot. Infolge der Beschlagnahme seiner Schiffe hatte er mehr als 182.000 Taler verloren. Zur Unterstützung der preußischen Armee griff er daher tief in seine Tasche. So zahlte er den Sold für eine Kompanie preußischer Soldaten, staffierte 20 Fußsoldaten auf eigene Rechnung aus und spielte den in Kolberg Belagerten, die von Nettelbeck, Schill und Gneisenau geführt wurden, wiederholt Gewehre und Munition in die Hände.

Als ihn im Jahre 1806 die Nachricht erreichte, eine vom preußischen Korps Hohenlohe mitgeführte Kriegskasse habe sich bei Wollin festgefahren, reiste er unverzüglich nach Wollin und bot seine Hilfe an. Um die Kriegskasse vor den plündernden Truppen Napoleons in Sicher-

heit zu bringen, wurde auf sie auf eins seiner Schiffe verladen und nach Danzig verfrachtet.

Für seinen Einsatz im Kampf gegen die Besetzung Preußens durch Napoleon erhielt Krause aus der Hand Friedrich Wilhelms III. nach Kriegsende das Goldene Militärverdienstkreuz und das Eiserne Kreuz am weißen Bande, außerdem wurde ihm der Titel Geheimer Kommerzienrat verliehen.

Mehrere Auszeichnungen

Nach dem Sieg über Napoleon in der Völkerschlacht bei Leipzig 1813 gab es für Krause eine Zeit relativen Wohlstands. Im Jahr 1816 besaß er wieder 19 seetüchtige Schiffe und war damit der größte Reeder im Königreich Preußen sowie der reichste Mann auf der Insel Usedom. Möglicherweise hatte auch der während der Kontinentalsperre blühende Schmuggel, bei dem der „Rotspon“ aus Bordeaux auf Schleichwegen nach Swinemünde gelangte, damals zur Mehrung seines Reichtums beigetragen.

Die Souveränität und der Geschäftssinn Krauses fehlten seinen Söhnen. Keiner von ihnen war in der Lage, das väterliche Unternehmen erfolgreich weiterzuführen.

In seinem autobiographischen Roman „Meine Kinderjahre“ hat Theodor Fontane seine Erinnerungen an Krause niedergeschrieben. Alles ist nach dem Leben gezeichnet, schrieb er, schränkte jedoch gleichzeitig ein: „Für etwaige Zweifler also sei es Roman!“ Das Leben Krauses ist auch der Gegenstand der Romane des Swinemünder Chronisten und Museumsdirektors Robert Burkhardt „Der König von Swinemünde“ (Swinemünde 1928) und „Glück und Ende des Königs von Swinemünde“ (Swinemünde 1931).

Im erstgenannten Roman schreibt Burkhardt, dass man Krause im Herbst 1806 auch die mit 1.265.326 Silbertalern und 18 Silber Groschen sowie 815.420 Talern in Gold gut gefüllte Kriegskasse der preußischen Hauptarmee zu treuen Händen übergeben habe. Er soll sie am Swinemünder Strand vier Fuß tief vergraben haben. Nach dem Sieg über Bonaparte hatten preußische Soldaten zunächst vergeblich an dem von Krause angegebenen Ort nach der Kriegskasse gesucht. Nach weiterem Graben und bangem Warten stieß man in sechs Fuß Tiefe auf den „Schatz“. Es war neuer Sand aufgespült worden, der Strand hatte sich in sieben Jahren um 30 Zentimeter gehoben.

Kein Historiker ist jedoch bereit, diese Episode zu bestätigen.

● MELDUNGEN

Stoewer, Marsch und Marktplatz

Stettin – Vergangene Woche wurde das aus Mitteln des Bürgerhaushalts geschaffene Denkmal der Malerin Sophie Caroline Auguste Tilebein (1771–1854), die Carl Loewe förderte und welche die Tilebein-Stiftung gründete, verunstaltet. Die Tat stieß in Stettin auf große Empörung. TS

Greifswald – Dieser Tage erschien Heft 3 der Zeitschrift „Pommern“, die sich der Kultur und Geschichte des Landes widmet. Aktuell geht es unter anderem um Beiträge mit Bezug auf Klucken, Leba, Podejuch und Kröslin. Herausgeber ist der Verein zur Förderung der Pommerschen Kultur. TS

Stolp – Vom 12. bis 13. Oktober fand in Stolp das ITF International Taekwondo Technical Seminar mit dem Großmeister des 9. Grades, Hwang Ho Yong, statt. Unterstützung erfolgte durch den Großmeister Wayne Brown. Nach dem Seminar erfolgten die Dan-Prüfungen. TS

Züssow – In der vergangenen Woche kam es zu Einschränkungen im Bahnverkehr von Vorpommern. Wegen Gleisbauarbeiten auf der Strecke RB23 Züssow-Ahlbeck-Swinemünde fuhren Busse ab und nach Swinemünde als Schienenersatzverkehr. TS

Stettin – Am 21. Oktober wurde ein Stoewer R-150 Cabriolet, Baujahr 1935, im Museum für Technik und Kommunikation aufgenommen. Der Pkw gilt als Nachfolger des Stoewer V-5, der als erstes deutsches Serienauto mit Frontantrieb und Einzelradaufhängung in Stettin gefertigt wurde. TS

Rügen – Der 1. Rügener Megamarsch fand am vergangenen Wochenende statt. Dabei galt es 50 Kilometer in zwölf Stunden sowie 100 Kilometer in 24 Stunden zu bewältigen. Nach dem Start in Lauterbach ging es für die Teilnehmer in Richtung Göhren und dann zurück über Groß Stresow. TS

Tempelburg – Am 10. Oktober wurde zwischen der Stadtverwaltung und einem Kösliner Bauunternehmen ein Vertrag zur Erneuerung des Marktplatzes unterzeichnet. Dieser sieht unter anderem die Begrünung und Möblierung sowie auch verkehrsberuhigende Maßnahmen des Platzes vor. Geplante Kosten: zwei Millionen Euro. TS

STANDBILDER

Wohin ist Roland verschwunden?

Imposante Statuen des Volkshelden – Er stand symbolisch für bürgerliche Freiheit, Marktrecht, Gerichtsbarkeit und Eigenständigkeit

Der Roland – ein Ritter mit Richtschwert als Sinnbild der Stadtrechte. Wir kennen ihn heute nur noch aus wenigen Städten wie Bremen, Wedel oder Riga. Doch gab es in Pommern auch Rolande?

Gegenwärtig nimmt man an, dass es je einen Roland in Greifswald, Stralsund und Polzin gab. Glaubt man in Greifswald, dass er im Dreißigjährigen Krieg zerstört wurde, so heißt es in Stralsund, dass der Roland vom 16. bis 18. Jahrhundert existiert hat. Von dem Roland in Polzin erfahren wir in den „Märkischen Forschungen“ von 1890 sogar, dass dieser geritten sein soll. In der Roland-Auflistung der Rechts-

historikerin Dietlinde Munzel-Everling und Karl-Peter Behrens ist vermerkt: Im Siebenjährigen Krieg beschädigt und 1789 umgestürzt, wurde er eingelagert und 1830 versehentlich zerstört. Der Volkskundler Alfred Haas kam zu dem Schluss, in Pommern gab es tatsächlich nur in Polzin einen Roland.

Einen weiteren hätte es allerdings auch noch in dem Grenzdorf Wolde, zwischen Mecklenburg und Pommern gelegen, gegeben. Er soll dort sogar bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts gestanden haben. Wie Haas berichtete, nannten die Bewohner ihren Roland „de frie Wolde“,

denn das Dorf lag als freie Erde zwischen den beiden Ländern, bis es 1871 aufgeteilt



Der Roland von Wedel um 1837: Als ein Wahrzeichen der Stadt behauptet er auch heute seinen Platz in der Stadtmitte

wurde: Schloss, Wirtschaftshof, Kirche, Schule und Gasthof kamen zu Mecklenburg, das eigentliche Dorf zu Pommern. Doch der Geist der Freiheit lebt noch immer in Wolde, durch dessen Sinnbild, den Roland.

Doch wie kam der Roland nach Wolde? Wie man hört, hatte dieses Stückchen Erde von jeher nur dem Kaiser unterstanden. Reichsfrei gemacht, bekam Wolde vom Kaiser den Roland „als Unterpfand seiner Rechte“. Aus Holz gefertigt und übermenschlich groß mit einem Panzer bekleidet, trug er eine lange Lanze – zeigte jedermann in Richtung Kastorf die

Rechte an und sorgte für reichlich Legenden. So soll einst Graf Moltke den Roland in sein Schloss entführt und eingemauert haben, damit die Rechte Wolde nicht verloren gingen.

Eine andere Legende besagt: Männer aus den pommerschen Dörfern kamen, um sich dem Militärdienst zu entziehen und suchten hier Schutz. Auch wurde erzählt, dass die Franzosen vor 200 Jahren den Roland für eine Spukgestalt hielten und ihn im See versenkt hätten.

Und so verlor sich auch die letzte Spur eines pommerschen Rolands.

Torsten Seeger

„Aber wer schützt die Menschen?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ihre Zeitung ist ein echtes Juwel im öden deutschen Blätterwald“

Dr. Thomas Bock, Schleching



Ausgabe Nr. 41

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

WOLF UND ZEITUNGSENTE

ZU: DER GRAUE RÄUBER WIRD ZUM DAUERÄRGERNIS (NR. 41)

Mit dem Thema Wolf kann man immer wieder die Gemüter erhitzen. In der Tat nehmen durch Wölfe Risse an Nutztieren zu, was für die Halter nicht nur ärgerlich, sondern auch kostspielig ist. Deshalb ist es auch richtig, dass solche „Problem-Wölfe“ geschossen werden dürfen.

Als jemand, der sich jahrelang mit dem Thema beschäftigt hat, reagiere ich aber empfindlich, wenn ich in einer seriösen Zeitung lesen muss, dass Wölfe Menschen gebissen und gar getötet haben sollen. Bei dem von Ihnen beschriebenen Fall in Holland hat es sich um neugierige Welpen gehandelt. Durch Wölfe getötete Menschen in Polen ist eine Zeitungsente. Bitte seien Sie bei solchen Formulierungen nicht so leichtfertig.

Es ist auch nicht richtig, wenn suggeriert wird, als gebe es „immer mehr“ Wölfe. Ich wohne im Süden Brandenburgs, wo sich flächendeckend Wolfsrudel angesiedelt haben. Aber mehr werden es nicht. Geschlechtsreife Jungtiere müssen das Rudel verlassen und suchen sich ein neues Revier. So verbreiten sich die Wölfe, weil sie geschützt sind, immer weiter in Deutschland. Dieter Babbe, Finsterwalde

GETEILTE BEUTE

ZU: DER GRAUE RÄUBER WIRD ZUM DAUERÄRGERNIS (NR. 41)

Wenn ich auch ansonsten sehr zufrieden mit der PAZ bin, möchte ich doch die einseitige Berichterstattung zum Thema Wolf bemängeln. Wenn mir auch bewusst ist, dass die Anzahl dieses wundervollen Beutegreifers nicht ins Uferlose wachsen kann, sollte man es doch vermeiden, den Lobbyisten aus der Landwirtschaft und insbesondere denen aus der Jägerfraktion, uneingeschränkt recht zu geben.

Vielmehr sollte großes Augenmerk auf einen sinnvollen Herdenschutz gelegt werden. Andere Länder beweisen, dass es geht. Man muss nur wollen. Und was die

Jäger angeht: Denen geht es doch nur darum, ihre Beute nicht mit den Wölfen teilen zu müssen.

Frank Schneider, Felsberg-Neuenbrunslar

NICHT DAS RICHTIGE SIGNAL?

ZU: DER GRAUE RÄUBER WIRD ZUM DAUERÄRGERNIS (NR. 41)

Um 1850 lebten in Deutschland rund 80 Menschen pro Quadratkilometer und es gab fast keine frei lebenden Wölfe. Wachsende Landwirtschaft und Viehhaltung trugen dazu bei, dass die Wölfe in Deutschland weitestgehend ausgerottet wurden. Heute leben 238 Menschen pro Quadratkilometer. Das Verkehrsaufkommen, Land- und Viehwirtschaft haben zugenommen, und wir haben mehrere Tausend Wölfe im Land.

Mit fehlgeleiteten „Artenschutzgedanken“ kann man zwar den Wolf schützen, aber wer schützt die Menschen? Fehlender Jagddruck ist für die Wölfe wahrscheinlich auch nicht das richtige Signal. Wolfgang Jeske, Berlin

LOBENSWERTER KLARTEXT

ZU: DAS GEDENKEN AN DEN HAMAS-TERROR GERÄT ZUR FARCE (NR. 41)

Wer die Preußische Allgemeine Zeitung aufschlägt, darf sich sicher sein, Klartext für Deutschland zu lesen. So auch im Beitrag über den Hamas-Terror. Ihr Chefredakteur fragt hier eindeutig nach, warum führende Politiker in der Öffentlichkeit zwar feststellen, dass Antisemitismus in Deutschland in den letzten Jahren zugenommen hat. Juden fühlen sich in Deutschland auf öffentlichen Straßen nicht mehr sicher und werden sogar angegriffen.

Wer aber die Täter sind, welche die Hamas sogar feiern, wird tunlichst verschwiegen. Jüdisches Leben wird hierzulande nicht durch Einheimische bedroht, wie es von hiesigen Politikern und der hörigen Presse verbreitet wird.

Es sind vorwiegend muslimische Terroristen, welche mörderische Anschläge in ganz Europa verübt haben. Täter sind nicht etwa Deutsche, sondern es sind Fanatiker aus den Nahen Osten, welche als permanente Judenhasser den Antisemitismus mit ihrer breiten Zustimmung zu den Morden der Hamas auf den Straßen unseres Landes feiern.

Warum verbietet Innenministerin Nancy Faeser solche Provokationen nicht? Somit sind die Bekenntnisse zu Israel durch führende deutsche Politiker dummes Geschwafel und werden als solches auch wahrgenommen.

Eine Ausnahme gibt es allerdings. Unser Landwirtschaftsminister Cem Özdemir durfte sich öffentlich über die Belästigung seiner Tochter durch migrantische junge Männer beklagen. Dieses ist in unserem Land allerdings nur dann möglich, wenn man einen privilegierten Status genießt und selber einen migrantischen Hintergrund nachweisen kann.

Der PAZ ist nur zu wünschen, dass sie weiterhin mutig ihre Meinung vertritt. Sie ist ein Trost in einer Zeit, wo politisches Unvermögen und Unverstand der etablierten Politiker samt der mit ihr verbundenen Lügenpresse bunte Blüten treibt und unser fleißiges Volk drangsaliert.

Hans-Joachim Nehring, Neubrandenburg

NUR KRITIK, KEIN HASS!

ZU: DAS GEDENKEN AN DEN HAMAS-TERROR GERÄT ZUR FARCE (NR. 41)

Die Unfähigkeit der deutschen Politik ist grenzenlos. Dieses ständige Gerede von Judenhass, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus ist so, wie man es uns pauschal einredet, einfach nur unverschämte, etwa uns einzureden, dass wir Judenhasser und diejenigen seien, die Antisemitismus verbreiten würden.

Seit Jahren wird verschwiegen, wer die wahren Verursacher sind. Es sind die politisch Verantwortlichen, die Fremde in unser Land geholt haben, in dem Glauben, es wird schon irgendwie laufen. Es

läuft jedoch nicht. Schuldig sind jedoch immer andere.

Bemerkenswert ist, dass auch diejenigen, die nicht zu 100 Prozent mit der israelischen Politik übereinstimmen, als Judenhasser bezeichnet werden. Den Verantwortlichen in Deutschland ist offensichtlich der Unterschied zwischen Hass und Kritik völlig abhandengekommen. Das gilt genauso für Fremdenfeindlichkeit. Der größte Teil der deutschen Bürger ist nicht fremdenfeindlich. Warum benennt man nicht, wenn schon das Wort Fremdenfeindlichkeit benutzt wird, die waren „Feinde“? Auch hier ist doch überwiegend das Wort Kritik angebracht.

Anzumerken ist hierzu noch, dass im Falle einer Beteiligung der AfD und/oder des BSW an einer künftigen Regierung nicht alles besser wird. Die Aussagen dieser Parteien hierzu sind bedenklich und an einigen Stellen auch gefährlich und zu pauschal. Heinz-Peter Kröske, Hameln

UNDEMOKRATISCHE RÄTE

ZU: KEIN PLATZ FÜR BÜRGERRÄTE (NR. 40)

Dank dem PAZ-Autor, der mit seinen Beiträgen zur Richtigstellung über diese „Räte“ beiträgt. In der Demokratie ist der Souverän das Volk und sind es keine regierungsabhängigen Bürgerräte. Diese versuchen neuerdings, die demokratischen Grundsätze zu unterlaufen und durch ominöse Empfehlungen die Meinungsfreiheit einzuschränken.

In diesem Zusammenhang darf ich positiv den Leserbrief von Herrn Backmann erwähnen („Ignorierte Wählerstimmen“, PAZ vom 4. Oktober), weil derzeit vieles gegen nationale Interessen läuft und kaum noch dem gesunden Menschenverstand entspricht.

All diese Einschränkungen für den Bürger einschließlich der selbstzerstörerischen Green Deals Brüssels, dazu eine grüne Ideologie, die Ziele ausruft, die auf natürliche Weise gar nicht erreichbar sind, haben nichts mit Demokratie zu tun. Günter Algnier, Berlin

ANZEIGE

Was, wenn die »Experten« unsere Energiezukunft völlig falsch einschätzen?

Was, wenn fossile Brennstoffe die Energie der Zukunft sind – und das eine gute Sache wäre?

Alex Epstein: Fossile Zukunft
gebunden • 623 Seiten • zahlreiche Abbildungen
Best.-Nr. 991 210 • 29,- €

Erscheint am
30. Oktober.
Jetzt vorbestellen!

»Deutschland ist ein Paradebeispiel dafür, wie man es NICHT machen sollte!«

Alex Epstein,
New-York-Times-
Bestsellerautor



TIROL

Wo der Bergdokter ruft

Wenn sie nicht gestorben sind, dann drehen sie noch heute – An der Filmkulisse der beliebten TV-Serie im Kaisergebirge

VON ANNE MARTIN

Noch wenige Schritte durch den dunklen Tann, entlang eines gurgelnden Bächleins, noch einmal die Knie spüren, die vom Anstieg schmerzen, dann weitet sich der Blick, und da hält er Hof, der Wilde Kaiser. Scharfe Felszacken bohren sich in den morgengrauen Himmel. Wer genau hinsieht, kann in der Gebirgsgruppe einen Gipfel mit einer gezackten Nase erkennen, ein trotzig in den Himmel gerecktes Kinn, einen hervorstehenden Kehlkopf auf über 2000 Metern Höhe.

Am Tiroler Gebirgsmassiv gleich hinter der deutschen Grenze erscheint ein rötliches Glimmen. Gleich wird die Sonne aufgehen und die Gruppe beleuchten, die ihre Yogamatten auf dem Almboden ausbreitet, immer besorgt, den Kuhfladen auszuweichen. Aufwachen am Berg – so fühlt es sich also an. „Ommm“, summt Yogalehrerin Katharina und gibt das Mantra vor. Wer Yogapraxis vorweisen kann, ahnt, was kommt: der „Herabschauende Hund“ im Vierfüßler-Stand, dann der „Krieger“ mit verdrehtem Oberkörper und ausgestreckten Armen. Zum Schluss im Schneidersitz die schönste Übung: Nachspüren mit geschlossenen Augen.

Aufwachen am Berg, runterkommen am Berg, der Tourismus entdeckt die Stille. Aber kaum sind wir wieder unten in Ellmau, kriegt er Konkurrenz, der schlafende Kaiser, der der Sage nach von seiner eifersüchtigen Gattin zu Stein verwandelt wurde. Da mögen die Geranien in den Blumenkästen noch so prächtig blühen, die Kühe auf den Almen noch so romantisch mit ihren Glocken bimmeln, die Bergbahn hinter der exklusiven Tirol Lodge noch so geschäftig sirren – sie haben keine Chance gegen den wahren Kaiser hier in Ellmau, den Mann mit dem gütigen Lächeln und dem nie erlahmenden Berufsethos, den „Bergdokter“.

Langsam füllen sich die Parkplätze und eine Linie von Ameisen mit Rucksäcken und Gehstöcken bewegt sich auf ein Bauernhaus oberhalb des Ortes zu, vor dem eine Kasse aufgebaut ist. Vier Euro



Und im Hintergrund regiert der Wilde Kaiser: Die Praxis des Bergdoktors in der Tiroler Gemeinde Ellmau Foto: TVB Wilder Kaiser

kostet der Eintritt in das Haus, das in der ZDF-Serie als Praxis dient. Drinnen steht ein betagter Schreibtisch, im Nebenraum eine ebenso betagte Liege, im Flur stauende Fans. Wilder Kaiser gegen Bergdokter – der edle Wettstreit läuft seit 2008, seit der Dauerbrenner um den Mediziner Dr. Martin Gruber die Erinnerung an die legendäre „Schwarzwaldklinik“ im Glottertal endgültig ablöst hat.

Staffel 18 ist in Arbeit und soll ab Januar 2025 ausgestrahlt werden. Hauptdarsteller Hans Sigl hat mittlerweile einen Kooperationsvertrag mit der Gemeinde, ist eisern lächelnd sowohl am „Bergdokter“-Fan-Tag zur Stelle, wenn die Fans anstürmen und um Selfies bitten, als auch sonst, falls ihn mal ein Tourist bei der Arbeit erwischt. Nur Autogramme gibt er am Besuchstag der Fans nicht mehr – das wurde einfach zu viel.

Für die Mitarbeiter im Tourismusbüro ist der Ansturm längst Segen wie Fluch. Nun haben sie doch schon sommers wie winters Wanderungen und E-Bike-Touren zu allen Drehorten im Programm.

Aber gibt es im schönen Tirol nicht noch andere Attraktionen? Im Winter, okay, ist Drehpause, da tobt hier der Skizirkus. Aber im Herbst muss man sich etwas einfallen lassen. Also nach dem Frühjoga und dem Frühstück auf der Wochenbrunner Alm weiter zur Kräuterhexe Anna Widmoser, die im windschiefen Heimatmuseum ihre selbstgerührten Tinkturen aufgebaut hat und über die segensreiche Wirkung natürlicher Wirkstoffe doziert. Ein Tee von Schafgarbe hilft gegen Völlegefühl, Brennesseln liefern Eisen und entwässern die Nieren, der Saft von zusammengeknüllten Blättern des Spitzwegerichs lindert juckende Mückenstiche.

Jahr für Jahr zieht sie mit einem Korb über die Almen und sammelt, was die Natur bietet. Aber auch dieses uralte Bauernhaus, in dem die Holzdielen knarren und alte Truhen noch vergilbte Aussteuer bergen, blieb kein Geheimtipp. Was wurde hier und in der Nähe nicht schon alles gedreht: Von der Hard-Rock-Band Rammstein bis zu Carmen Nebel und ihren Volksmusikanten – alle waren sie da.

Noch zwei Stunden bis zur Besichtigung des Bergdokter-Wohnhauses im Nachbarort Söll. Genug Zeit zur Erkundung des Hintersteiner Sees, der alle paar Schritte neue Motive anbietet – Bergsee in Türkis mit Tannen im Vordergrund? Oder Bergsee mit reetgedecktem Bauernhaus in Ufernähe? Wer nach Tirol reist, kommt mit Fotos perfekter Idylle nach Haus.

Aber nun endlich nach Söll, zur ultimativen Drehort-Begehung. Auf dem

Parkplatz unterhalb der Alm warten sie schon, junge wie ältere Serien-Liebhaber. 16 Jahre ist es her, dass Peter Eisenmann auf die Idee kam, die Fans auf einem Trecker die Serpentine hinauf bis zum 1000 Meter hoch gelegenen Wohnhaus des Bergdoktors zu bringen. Seitdem brummt das Geschäft, die Treckertouren sind ausgebucht. In der Saison knattert er bis zu fünfmal hoch und wieder hinunter.

Vor Ort angekommen auf dem Kolling-Hof, der noch in Privatbesitz ist, aber nicht mehr bewohnt wird, dürfen alle staunen: über das, was sie aus dem Fernsehen kennen und das, was ihnen der Eisenmann über die Hintergründe erzählt. Wer weiß denn schon, dass der Frühstückstisch des Dr. Gruber wegen seiner Westlage eigentlich im Schatten liegen würde? Also werden Frühstücksszenen nachmittags gedreht, da scheint überm Eingang die Sonne. Auch bei den Nummernschildern der Autos wird gemogelt: die Münchener Kennzeichen werden flugs in „KU“ wie Kufstein umgedreht. Die leuchtenden Äpfel im Obstkorb sind aus Plastik, und so schön wie heute ist es während der Dreharbeiten nicht immer.

Mehrere Lkw kriechen dann den Berg hinauf, hinterm Haus ist alles voller Versorgungsfahrzeuge. Oft werde Schauspieler Sigl gefragt, wann er den Arztkittel denn an den Nagel hängen wolle, erzählt Eisenmann. Die Antwort sei immer gleich: Dafür müsse er laut Drehbuch heiraten oder sterben. Wenn sie also nicht gestorben sind, dann drehen sie noch heute, zwölf Stunden am Tag für acht bis zwölf Minuten Sendezeit. Eisenmann fährt seinen roten Traktor mit Anhänger vor.

In den Tourismusbüros überlegen sie krampfhaft nach Alternativen zur Fernsehkonkurrenz. Einen smaragdgrünen Regenwurm haben sie kürzlich entdeckt, hoch oben am Wilden Kaiser, dort, wo die Falken und ab und an Gleitschirmflieger kreisen. Wo der Wanderer auf Wiesen-schaumkraut, Enzian und Salamander trifft. Wo der Berg ruft und es gleichzeitig sehr still ist. Und garantiert echt.

● www.wilderkaiser.info

REISEN MIT BEHINDERUNG

Mit dem Rollstuhl in den Urlaub

Für Personen mit körperlichen Beeinträchtigungen können Reisen besonders anstrengend sein – Es gibt aber viele Erleichterungen

Mit dem Rollstuhl in den Urlaub? Kein Problem! Ein Flug, bei dem der Reisende Sauerstoffversorgung in Anspruch nehmen kann? Auch das geht. Rollatoren, Gehhilfen und anderes Equipment, auf das Reisende mit Einschränkungen angewiesen sind, stellen schon lange keinen Hinderungsgrund mehr da, wenn es in den Urlaub gehen soll. Sogar der Blindenhund reist im Flieger kostenlos mit.

Wer täglich mit Einschränkungen in der Mobilität leben muss, scheut sich manchmal, die gewohnten Pfade der Alltagsroutine zu verlassen und sich auf das Abenteuer Urlaub einzulassen. Was zu Hause etabliert ist und einen guten Tagesablauf sichert, ist schließlich nicht an allen Zielorten zu finden. Nicht alle Restaurants und Hotels sind barrierefrei zugänglich. Von den Bahnsteigen und anderen Problemzonen mal ganz zu schweigen. Doch immer mehr Reiseveranstalter, Fluggesellschaften und Hotels stellen sich auf Gäste mit Einschränkungen ein.

Der Rollstuhl ist zum Beispiel bei Flugreisen kein Problem, die Mitnahme

ist in der Regel kostenlos, muss aber angemeldet werden. Am besten gleich bei der Buchung des Flugscheins, denn an Bord ist die Anzahl der Rollstühle oft begrenzt. Die passende Codierung im Zusammenhang mit der Rollstuhl-Anmeldung gibt Aufschluss über Besonderheiten beim Flug wie Liegendtransport, eingeschränkte Gehfähigkeit oder ob Hilfe beim Gang zur Toilette in Anspruch genommen werden muss.

Viele Fluglinien befördern den Rollstuhl im Gepäckraum, stellen aber auch eigene Rollstühle zur Nutzung im Flughafengebäude zur Verfügung. Elektrische Rollstühle mit Nassbatterie werden aus Sicherheitsgründen grundsätzlich im Gepäckraum befördert. Dann kann jedoch ein Bord-Rollstuhl genutzt werden. Wer an Bord des Flugzeugs eine Sauerstoffversorgung benötigt, muss dies ebenfalls im Vorfeld anmelden.

Sehbehinderte Personen, die auf ihren Blindenhund angewiesen sind, können diesen auf ihrer Reise kostenlos mitführen. Abgesehen von der vorherigen An-

meldung des tierischen Begleiters sind Nachweise über die Zulassung als Blindenführhund, Impfausweise und anderes notwendig. Hundefutter muss übrigens selbst mitgebracht werden.

Etwas schwieriger ist es bei Assistenzhunden, wie Diabetiker- oder Epilepsiewarnhunden und Gehörlosenhunden sowie sogenannten Emotional Support Animals, die in den USA häufig im Flugzeug

mitgeführt werden, zum Beispiel, um dem Reisenden seine Flugangst zu nehmen. Hier entscheiden die Fluggesellschaften nicht einheitlich. Bei allen Tieren gibt es in gewissen Staaten wie Australien und Island besonders strikte Einreisebestimmungen, die vorab vom Reisenden in Erfahrung gebracht werden müssen.

Auch bei Hotels gilt es, sich nach passenden Angeboten zu erkundigen. In Hotels, die noch nicht vollständig auf barrierefreie Nutzung eingestellt sind, stehen oft im Erdgeschoss Zimmer zur Verfügung, die einen Zugang mit Rollator, Rollstuhl oder Gehhilfe ermöglichen.

Wer es einfacher haben möchte und Fragen zu Türbreiten und anderen wichtigen Details nicht selbst mit Hotel oder Fluggesellschaft klären möchte, kann seinen Urlaub bei einem Reiseveranstalter buchen, der sich auf Reisen mit Einschränkungen spezialisiert hat. Davon gibt es immer mehr. Von Wellness-Reisen über Städtrips und Naturerfahrungen bis zum Camping-Erlebnis ist alles buchbar. *Stephanie Sieckmann*



Der treue Helfer darf mitfliegen: Mit einem Blindenhund im Flugzeug

● FÜR SIE GELESEN

Sägen am eigenen Ast

Die Wurzel des Spießertums liegt nicht im Konservatismus, sondern im Konformismus. Dies ist eine der zentralen Aussagen der freien Journalistin Pauline Voss, die unter anderem für das Magazin „Nius“ tätig ist. Die „Generation Krokodilstränen“ huldigt dem woken Zeitgeist. Die im links-grünen Sinn angepassten Bürgerkinder wuchsen in einem „wohlhabenden liberalen Rechtsstaat“ auf und untergraben nun mit ihrem ideologischen Furor das „Fundament ihrer eigenen Freiheit“. Mit ihrer Besessenheit für das Unwesentliche sägten sie gleichsam an dem Ast, auf dem sie sitzen. Hafermilch sei in dieser Welt wichtiger als Jobs. Das Ziel dieser Identitätspolitik: die Kontrolle über das Gesagte. Viele Angehörige von Minderheiten sind allerdings gar nicht erfreut über die rigiden Regeln, die in ihrem Namen verhängt werden. Ein anregender Debattenbeitrag einer meinaungsfreudigen jungen Publizistin.

Ansgar Lange



Pauline Voss: „Generation Krokodilstränen“, Europa Verlag, München 2024, gebunden, 200 Seiten, 22 Euro

LANDKARTE DER WOCHE



Ostpreußen im Detail

Der Höfer-Verlag hält mit „Nördliches Ostpreußen“ eine Karte mit einem beiliegenden Stadtplan Königsbergs bereit, die sowohl für Reisende als auch für Ahnenforscher eine unverzichtbare Hilfe ist

„**Kaliningradskaja oblast**“ ist im Untertitel der Straßenkarte „Nördliches Ostpreußen“ zu lesen. Der Kartenausschnitt im Maßstab 1:200.000 gibt das unter russischer Verwaltung stehende Gebiet Ostpreußens kar-

tographisch wieder, erweitert um das Memelland. Da selbst kleinste Ortschaften zweisprachig verzeichnet sind, ist eine Lupe beigelegt. Ein separates Ortsnamenverzeichnis erleichtert die Suche.

MRK

Nördliches Ostpreußen, Straßenkarte 1:200.000, Kaliningradskaja oblast, Memelland, Königsberg-Tilsit-Gumbinnen, Höfer Verlag, Dietzenbach, 15. Auflage 2020, gefalzt, 13,90 Euro

VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG

Sinnieren über das Leben in der DDR

Mit unterschiedlichen Ansätzen nähern sich fünf Autorinnen der erlebten Geschichte

VON DIRK KLOSE

Ist die deutsch-deutsche Gegenwart auch anders zu begreifen als immer nur in strengen Analysen? Zwei Bücher zeigen, wie erhellend auch andere Vorgehen sein können.

Die Filmemacherinnen Sabine Michel und Dörte Grimm hatten vor vier Jahren in „Generationsgespräche Ost“ Eltern und Kinder über ihr Leben erzählen lassen. Jetzt haben sie Großeltern und Enkel zusammengebracht, erste meist 80 Jahre und älter, die Jungen um die 20. In zehn Gesprächen geht es um das Leben in der DDR und nach der friedlichen Revolution. Es sind ganz unterschiedliche Lebensläufe, die Großeltern waren Ärzte, Bibliothekare, Arbeiter, Beschäftigte in der Landwirtschaft, die Jüngeren studieren meist schon.

Es sind arbeitsreiche, oft entbehrungsreiche Lebensläufe, wie man von den Älteren erfährt. Mehrere kamen 1945 als Kleinkinder aus dem Osten und erinnern sich an die schweren Anfänge in der neuen Umgebung. Aber alle sagen auch, dass ihnen dann eine solide Ausbildung ermöglicht wurde. Wenn die Eltern zur Nomenklatura gehörten, hatten die Kinder Vergünstigungen, fühlten sich aber zugleich eingeeignet.

Sehr unterschiedliche Urteile über die DDR

So fallen im Rückblick die Urteile auch unterschiedlich aus: „Wir lebten in einer unmenschlichen Diktatur“, „Die DDR war die beste Zeit meines Lebens“, „Wir wurden von der Stasi ausspioniert“, „Wir waren gewohnt, eingesperrt zu sein“, „Ich war in der SED, voll und ganz“, „Ich habe mich angepasst.“

Auch die Wende haben die Älteren ganz unterschiedlich aufgenommen:

„Der Mauerfall war ein Aufatmen“ meint die eine, „Die Wende hat mir kein Glück gebracht“ der andere. Die großen Veränderungen gingen an den meisten nicht spurlos vorüber – Arbeitslosigkeit, Frühlungsverrentung, ein Neuanfang oft in anderen Berufen – „Es war eine richtige Niederlage, nichts mehr wert zu sein.“

Die Autorinnen haben alles mit großer Sensibilität begleitet. Man mag bedauern, dass die Themen oft nur angerissen werden. Gleichwohl liest man sie mit großer Anteilnahme: Eine heute 73-jährige Frau hat schlimme Erfahrungen mit Kindesmissbrauch hinter sich: „Wenn es nicht diese wunderbare Fähigkeit gäbe, zu verdrängen, würde ich verrückt werden.“ Und ein heute fast 90-Jähriger sagt: „Ich mag nicht viel überlegen, dann kommt das immer alles hoch.“

Positive und negative Erfahrungen nach der „Wende“

Dann das zweite Buch: Ein vielleicht gar nicht so falsches Bonmot sagt, nur im Saff sei die Welt noch zu ertragen. Drei in Berlin lebende Frauen – Annett Gröschner, Schriftstellerin, geboren 1964 in Magdeburg, Peggy Mädler, Dramaturgin, geboren 1976 in Dresden, Wenke Seemann, Künstlerin, geboren 1978 in Rostock – handeln danach, bewaffnen sich mit ausreichenden Mengen aus der Spirituosenbranche („im Schrank von Annetts Büro stehen noch lauter übriggebliebene Alkoholika von der letzten Weihnachtsfeier herum. Die sollen jetzt endlich mal weg“) und debattieren in sieben Nächten an verschiedenen Orten stundenlang über Gott und die Welt.

Gott kommt dabei seltener vor. Doch unversehens werden die launigen Gespräche zu einer geistreichen Unterhaltung über Deutschland heute und zwangsläufig dann über Erhaltenswertes

der DDR. Es geht um Fragen des Eigentums, um die Stellung der Frau früher und heute („wer sich nicht wehrt, kommt an die Kochinsel“), um Solidarität in der Gesellschaft, um Utopien als gesellschaftliche Antriebskraft oder um die heute teilweise bis zum Wahnsinn betriebene Körperkultur.

Ein Gespräch über Dialektik an einem See wird bei kalten Außentemperaturen durch langes Schwimmen unterbrochen. Vielleicht, weil in vielen Orten noch Erinnerungen an einstige DDR-Zeiten mitschwingen, gehen die Gespräche gerade hier immer wieder zurück. Die Provinz im Osten, das viel zitierte „Tal der Ahnungslosen“, sagt die in Dresden geborene Mädler, kriegt man nicht aus sich raus: „Aussagen über Ostdeutsche verunsichern mich. Ich mag als Frau einigermaßen stabil sein, als Ostdeutsche bin ich es nicht.“ Aber Seemann relativiert: „Die Position der Ostdeutschen, die öffentlich sprechen, hat sich verändert. Wir dürfen jetzt reden. Das Selbstbewusstsein ist gewachsen.“

Geistreiche Unterhaltung über Erhaltenswertes der DDR

Alle drei Frauen sind im öffentlichen Raum tätig. Entsprechend schroff erleben sie die Härte der öffentlichen Auseinandersetzung, auch und gerade in den sozialen Medien. Es gebe, so Gröschner, für die, denen unterstellt wird, alles falsch gemacht zu haben, keine Gnade, bis hin, dass sich Angegriffene verbittert abwenden und wieder Sehnsucht „nach dem gepflegten Dualismus des Kalten Krieges“ haben. Darauf Mädler: „Ich sehne mich nach leiseren Tönen. Nach versöhnlichen Stimmen – mit Humor und Empathie für Perspektiven, die nicht die eigenen sind, nach suchenden, sich auch selbst befragenden Stimmen.“

Beim letzten Gespräch sitzen die drei Frauen in einem Haus im Oderbruch, das einer Cousine des westdeutschen Soziologen Niklas Luhmann gehört, was sie mit größtem Respekt erfahren. Dort resümieren sie ihr Denken: „Immer radikal, niemals konsequent. Oder meist zweifelnd, fragend, beobachtend. Manchmal zuversichtlich. Großzügig.“

Launige Gedanken über den idealen Staat

Und da sie alle drei mit Kunst und Literatur zu tun haben, nennen sie sich am Ende Autoren, die sie immer wieder gerne lesen: Uwe Johnson, Christa Wolf, Olga Tokarczuk, Christoph Hein. Mädler: „Bücher sind ein bisschen wie ein Zuhause, wo ich immer wieder ein und ausgehe.“ Auch bei diesem Buch kann man sich vorstellen, noch lange ein und aus zu gehen, auch wenn der ideale Staat vielleicht nicht ganz erreicht wurde.



Sabine Michel/Dörte Grimm: „Es ist einmal. Ostdeutsche Großeltern und ihre Enkel im Gespräch“, Bebra Verlag, Berlin 2024, 200 Seiten, broschiert, 20 Euro



Annett Gröschner/Peggy Mädler/Wenke Seemann: „Drei ostdeutsche Frauen betrinken sich und gründen den idealen Staat“, Hanser Verlag, München 2024, gebunden, 318 Seiten, 22 Euro

● FÜR SIE GELESEN

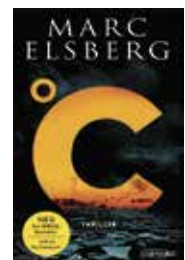
Kampf um den Klimaschutz

Als schwarze Flugobjekte über dem chinesischen Luftraum auftauchen, ist die Welt alarmiert. Handelt es sich um einen chinesischen Angriff auf Taiwan, macht China seine Drohung wahr, die Macht über das Weltklima an sich zu reißen? Mit einem Schutzschirm will das Reich der Mitte die Klimaerwärmung stoppen. Sofort ist das Weiße Haus in Washington in Alarmbereitschaft versetzt. Eine junge UN-Klimawissenschaftlerin wird zu Rate gezogen, um dem Geoengineering-Programm der Chinesen etwas entgegenzusetzen. Dabei setzen die Amerikaner auf eine Allianz mit afrikanischen Wissenschaftlern.

In seinem aktuellen Thriller „°Celsius“ greift der Erfolgsautor Marc Elsberg mit „Klimaschutz“ zwar ein aktuelles Thema auf, der Handlung fehlt es jedoch an Spannung. Bei den Protagonisten setzt Elsberg auf Altbewährtes. Ein US-Präsident, ein deutscher Kanzler, ein alternder Journalist, der eine heiße Spur verfolgt, eine an die Letzte Generation erinnernde Klimaaktivistin sowie ein undurchsichtiger Milliardär zählen zu den Hauptakteuren.

Etwas zu virtuos springt der Autor zwischen Erzählebenen, Zeit- und Handlungssträngen hin und her, die nicht so recht zueinander passen, was zu Logikfehlern führt und so den Lesegenuss mindert. An Elsbergs frühere Erfolgstitel reicht sein neues Buch nicht heran.

Manuela Rosenthal-Kappi



Marc Elsberg: „°Celsius“, Blanvalet Verlag, München 2024, broschiert, 608 Seiten, 13 Euro

PROVINZ PREUSSEN

Verheerende Feuerbrünste von Marienburg 1899

Der Sommer war heiß, trocken und gefährlich, als mehrere Brände schwere Schäden am Stadtbild verursachten

VON JÜRGEN EHMANN

Die Stadt Marienburg erlebte in der Vergangenheit schon viele Brände. Im Januar 1862 brannten sechs Wohnhäuser mit zwei Hintergebäuden in den Niederen Lauben ab mit ihrem alten, damals hölzernen Arkadenbau nach der Schlossseite zu. Man erzählte sich fortan, dass bei der Bauart der Lauben und der dahintergelegenen Gebäude ein dort aufkommender Brand für den ganzen Stadtteil verhängnisvoll werden würde.

Im Juli 1899 wurde aus der Befürchtung Realität. Es herrschte eine dreiwöchige Hitze, welche das Holzwerk der Bauwerke extrem austrocknete. Am 26. Juli 1899 um 5 Uhr morgens brach in der Speichergasse im Stall- und Scheunengebäude des Wurstfabrikanten Brünlinger, welche zusätzlich eine Räucherammer beinhaltete, ein Feuer aus. In dem Speicher lagerten große Mengen Wurst und Speck, die das Feuer zusätzlich anfachten. Beim Öffnen des Stallgebäudes drang eine Stichflamme aus dem Speicher hervor. Man fand später zwei Pferde und mehrere Schweine verendet. Als gegen sieben Uhr der Wind nach Osten umsprang, erfassten die Flammen die gegenüberliegende Straßenseite und sprangen über auf das Brünlingersche Grundstück auf den Hohen Lauben, gegenüber dem Rathaus. Später drehte der Wind nach Norden. Die Flammen wurden nun zur Marienburg getrieben und setzten etwa 15 Marktgrundstücke in Brand, berichteten Zeitzeugen.

Dem Wind ausgeliefert

Nach telegraphischen Meldungen waren bis 12.15 Uhr 20 Häuser in der Speichergasse und 15 Häuser in der Hauptstraße an den Hohen Lauben niedergebrannt. Das Feuer erreichte das im gotischen Stil errichtete Rathaus und zerstörte den Dachstuhl sowie den Rathauturm. Die auf der Rathaus-Marktecke gelegenen Häuser konnten nur durch permanentes Bespritzen geschützt werden.



Der große Brand am 26. Juli 1899 – zu sehen sind die gewaltigen Schäden, welche der erste von drei Bränden in diesem Sommer verursachte

Foto (3): Bildarchiv Ostpreußen

Zur Unterstützung der Löscharbeiten kamen der Marienburger Feuerwehr Einsatzkräfte aus der Umgebung, aus Elbing, Dirschau und Danzig zur Hilfe. Die letztgenannte schickte eine Dampfspritze, zwei Druckwerke und zwei Wasserwagen mit der Bahn nach Marienburg. Um 13 Uhr waren bereits 40 Häuser vom Brand ergriffen. Große Ausnahmen: das Hochmeisterschloss und das Postgebäude.

Am Nachmittag wurde das Feuer dann endlich eingedämmt, welches erst etwa 300 Meter von dem Hochmeisterschloss entfernt Halt gemacht hatte. Das Schloss selbst war in Folge des entgegengesetzten Windes niemals gefährdet. 50 Wohngebäude und Stallungen, darunter das alte

Gymnasium, die Töcherschule, die Leistikow-Apotheke, die Rathaus-Apotheke und die Druckerei der „Nogat-Zeitung“ wurden ein Raub der Flammen. Personen wurden nicht verletzt. Der Schaden belief sich auf mehrere Millionen Mark, war zu meist durch die Versicherung gedeckt.

Historische Fenster platzten

Die abgebrannten Häuser stammten zu meist aus dem 15. und 16. Jahrhundert. Ein merkwürdiger Bau war die frühere lateinische Schule, das jetzige Wohnhaus des Lederhändlers Janzen in der Speichergasse. Das Gebäude stammte aus dem 13. Jahrhundert und hatte Umfassungsmauern von dreiviertel Meter Stär

ke, sowie kolossale Balkenlagen. Trotz des starken massiven Baues ist es vollständig zerstört worden. Durch die Thorner Pioniere wurden die noch stehengebliebenen Mauern gesprengt. Der Luftdruck war derart, dass fast sämtliche Fenster und Schaufenster unter den Niederen Lauben und in den angrenzenden Straßen zertrümmert wurden. Auch die historischen Scheiben des Rathauses wurden zerstört. Der Knall der Sprengungen war meilenweit zu hören.

Laut der „Kölnischen Zeitung“ vom 31. Juli 1899 sollen Schaulustige aus Danzig, Dirschau, Marienwerder, Stuhm und Elbing mit Personenzügen gekommen sein, um diesem grausigen Schauspiel bei

zuwohnen. Die Marienburger Schankwirte sollen angeblich infolge der Hitze selten so gute Einnahmen gehabt haben.

Ein weiteres Feuer brach im selben Sommer am 11. August 1899 um Mitternacht im Haus des Kaufmanns Kohrtmann in den Niederen Lauben aus. Trotz eines fünfstündigen Einsatzes der Feuerwehr brannten zwei Häuser ab, ein drittes wurde in Mitleidenschaft gezogen. Danach erfolgten mehrere Brandstiftungen und anonyme Brandandrohungen an angesehene Personen mit Bemerkungen, „dass die Stadt nächstens an allen Ecken brennen werde“. Man vermutete, dass die Brandstifter einer Diebesbande angehörten, welche die entstehende Verwirrung zum Stehlen benutzen wollte.

Aufbau auf Wunsch des Kaisers

Als am Nachmittag des 27. August 1899 die auf dem Rathaus angebrachte Notglocke sowie die Glocken der katholischen Kirche ertönten, brannte es diesmal auf dem Grundstück des Musikdirektors Pelz unter den Hohen Lauben. Es war eins von den wenigen Grundstücken, die nach dem großen Brand am 26. Juli noch übrig geblieben waren. Da die Freiwillige Feuerwehr am Morgen eine Übung abgehalten hatte und alle Geräte in tadellosem Zustand waren, gelang es schnell, die Gefahr einzudämmen. Und das, obwohl sich in unmittelbarer Brandnähe Speicher befanden, in denen viele Fässer Spiritus, Petroleum und Öl lagerten. Die Bewohner der Nachbarhäuser fingen daher bereits an, ihr Hab und Gut zu retten, da das Nebengebäude brannte.

Anzumerken ist, dass die berühmten „Hohen Lauben“ nach ihrer Zerstörung auf Wunsch des Kaisers möglichst in der ursprünglichen Form wiederhergestellt wurden und am 6. Dezember 1902 nach einem Feuer im Haus Hohe Lauben 35 erneut sechs Häuser mit der Front nach den Hohen Lauben und fünf mit der Front nach der Speichergasse abbrannten sowie das historische Marienburger Tor in Gefahr war, abzubrennen.

KÖNIGSBERG

Trotz Hindernisse: Eine heitere Busfahrt in die preußische Heimat

Fröhliche Begebenheiten und Erlebnisse in schwierigen Zeiten, die Mut machen und Zuversicht schenken

Unermüdlich warnt das Auswärtige Amt vor Reisen in die Russische Föderation und damit auch nach Königsberg. Aber dennoch bieten deutsche Busunternehmen Reisen dahin an und ermöglichen es vielen Menschen, ihre Verwandten und Freunde zu besuchen. Direktflüge aus der Bundesrepublik sind derzeit nicht möglich; also fahren die Menschen mit dem Bus nach Königsberg und fliegen von dort in Städte Russlands. Die Busunternehmen haben sich spezialisiert und sorgen für die Anschlüsse zum Flughafen.

Eine solche Busreise ist anstrengend und lustig. Anstrengend, weil die Busse bis auf den letzten Platz besetzt sind und man wenig Beinfreiheit hat. Lustig, weil die Fahrer hilfsbereit sind und die Durchsagen mit Kommentaren versehen, die Gelächter hervorrufen. Darin können allerdings nur die Gäste einstimmen, die Russisch verstehen. Zwei Sitznachbarinnen verständigten sich ebenso auf Russisch, bis sich herausstellt, dass beide Deutsche sind. Das geschieht meist durch ein Ärgernis. „Verflixt, ist das eng hier!“ Oder: „Dass ich den Bus noch mitgekriegt habe! Ich bin fix und fertig.“

Im Laufe der letzten langen Monate ist Königsberg nicht mehr nur der Umsteigeort geworden. Die Leute haben entdeckt, dass man sich dort auch mit seinen Lieben treffen und sich ein paar schöne Tage machen kann. Eine Reisekameradin berichtet über „Interessante Familienverhältnisse“ in akzentfreiem Deutsch, denn sie hat 35 Jahre als Krankenschwester im Rheinland gearbeitet. 1985 ist die Familie aus Kasachstan nach Deutschland gekommen, aber einer der beiden Söhne hat später in Moskau studiert, dort geheiratet und ist dort geblieben. Der andere wohnt mit seiner Familie zwei Straßen von der Mutter entfernt in Bonn.

Früher war alles einfach. Da kamen die „Moskauer“ jedes Jahr zu Besuch oder die „Bonner“ flogen nach Moskau. Aber nun diese Probleme. „Ich habe meine Enkelkinder vier Jahre nicht gesehen.“, klagt die Großmutter, die jetzt zum ersten Mal nach Königsberg fährt. Doch nun wendet sich alles zum Guten. Die Familie aus Moskau fliegt ebenfalls dorthin, der Sohn hat eine Ferienwohnung in Rauschen gemietet, und alle freuen sich auf einen schönen Urlaub an der See.

Eine andere Dame hat die Möglichkeit entdeckt, endlich Freundinnen zu treffen. Sie lebt seit 1994 in Deutschland, aber die Studienfreundschaften aus Irkutsk sind geblieben. Inzwischen leben die Germanistikstudentinnen von damals weit voneinander entfernt, eine in Archangelsk und zwei in St. Petersburg, doch Besuche bei wichtigen Ereignissen wie runde Geburtstage oder die Hochzeit der Kinder blieben ein Muss. Schwierig unter den jetzigen Verhältnissen. Schließlich kam die Idee: Königsberg. „Wir haben im Internet eine Wohnung gemietet, mitten in der Stadt“, berichtet die Busreisende. „Ich komme morgen früh in Königsberg an. Sonntag früh kommen die beiden aus St. Petersburg und Sonntagabend Valentina aus Archangelsk. Wir haben uns fünf Jahre nicht gesehen.“ Die Mitreisenden nehmen alles schweigend zur Kenntnis und stellen sich vielleicht das Geschnatter vor, das in der Vaterstadt des großen Philosophen Kant losgehen wird.

Die Busreise bietet noch mehr Unterhaltung. Immer wieder lustig sind die Sprachbarrieren. Mindestens einer der Busfahrer spricht Deutsch, sagt das aber

nicht. Wenn der Fahrgast ein verwundertes Gesicht macht oder etwas nachfragt, kommt die Frage auf Russisch: „Sprechen Sie kein Russisch?“ Der oder die Angesprochene antwortet auf Russisch, dass er oder sie nur wenig Russisch spreche. Sofort kommt das bekannte Kompliment, auch auf Russisch, dass das Gegenüber sehr gut Russisch sprechen würde, und dann kommen die Infos auf Deutsch.

An der polnisch-russischen Grenze gibt es keine Probleme. Die Busfahrer kennen die Grenzbeamten und umgekehrt. Die Zeiten, als eine ausführliche „Deklaratsiya“ ausgefüllt werden musste, sind vorbei. Nach mitgeführtem Geld wird nicht gefragt. Es wird nur nach dem Reiseziel gefragt. Bei der Einreise in die Oblast müssen die Koffer aus dem Bus heraus und der Bus wird durchleuchtet. Bei der Ausreise das gleiche Procedere. Die Pässe werden mehrmals unter verschiedenen Aspekten kontrolliert. Bei der Ausreise wird gern der „Duty Free Shop“ zwischen der russischen und der polnischen Seite besucht. Es dürfen nur zwei Päckchen Zigaretten und ein Liter Alkohol pro Person in den Westen mitgenommen wer

den. Bei der letzten Passkontrolle auf polnischer Seite ist das die einzige Frage.

In Königsberg selbst sind die Parkplätze am Busbahnhof voll mit Autos mit deutschen Kennzeichen. Am Flughafen soll es genau so sein. Lange Autoschlangen stehen an der Grenze. Es fährt nicht jeder in dem engen Bus. Mit dem Auto ist es wohl bequemer, aber nicht so lustig. Da steigt auf der polnischen Seite eine Grenzbeamtin mit einem Gerät ein, das wie ein Fotoapparat aussieht. „Damit misst sie die Temperatur und kann Gedanken lesen“, erklärt einer der Busfahrer. „Und ich habe einen Schalter, damit kann ich dann auch die Gedanken lesen.“

Oder auf der russischen Seite steigt ein junger Zollbeamter ein, der schüchtern und verlegen fragt, ob die Reisenden Wertgegenstände oder Elektrogeräte in die Föderation einführen wollen. „Das ist nur ein Vorwand“, tönt es aus dem Lautsprecher. „In Wirklichkeit sucht er eine Frau. Alle ledigen Damen unter Fünfzig bitte die rechte Hand heben.“ Die Heimat bleibt uns nicht verschlossen, wie man sieht. 46 Jahre Sperrgebiet haben das auch nicht geschafft.

Bärbel Beutner

● AUFGESCHNAPPT

Der Vorgang hat bundesweit Wellen geschlagen: Nachdem sich der Bürgermeister von Bad Griesbach, Jürgen Fundke, geweigert hatte, die Registrierung weiterer 31 Ukraine-Flüchtlinge durchzuführen, hatte sich das Landratsamt Passau einfach an dessen Stellvertreter Georg Greil gewandt. Und Greil führte die gewünschte Anmeldung gegen den Willen von Fundke tatsächlich durch. Inwieweit das Umgehen des eigentlich zuständigen Bürgermeisters mit den Grundsätzen der kommunalen Selbstverwaltung zu vereinbaren ist, mögen Juristen entscheiden. In der 9000-Einwohner-Stadt jedenfalls hat der Vorgang für erheblichen Unmut gesorgt, der sich gegen Greil richtet. Dieser berichtet von persönlichen Beleidigungen. Dabei erhärtet das Geschehen den Eindruck, als gingen Politik und Verwaltung in der Flüchtlingspolitik mit einer Resolutheit vor, als ob sie die politische Debatte zu dem Thema geradezu absichtlich aufheizen wollten. Das ist ein Spiel mit dem Feuer, das sich bitter rächen könnte.

H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Schriftstellerin Zoë Jenny antwortet im Interview des „Frankfurter Allgemeine Magazins“ (Oktober) auf die Frage, ob die von den Klimaaktivisten geschürte Angst zu Radikalität führt:

„Angst führt zu Extremismus, und wer mit Angst arbeitet, macht sich schuldig. Das kann ich allen Politikern gleich mitteilen, von links bis rechts. Ob das jetzt Angst ist vor Ausländern oder Angst vor dem Weltuntergang. Das ist verantwortungslos. Angst macht eng im Kopf und am Ende aggressiv!“

Manfred Haferburg richtet auf „Achgut.de“ (21. Oktober) bittere Dankesworte an die Grünen:

„Liebe Grüne. Ihr seid die Vorreiter der Idee ‚gut gemeint‘. Ihr seid die Weltmeister im Versammeln von allem. Ihr seid die unangefochtenen Champions des Dilettantismus und der sinnlosen Maßnahmen. Ihr schüttet die funktionierenden Brunnen zu, bevor die neu zu grabenden Brunnen Wasser geben, ja bevor ihr überhaupt angefangen habt, zu graben. Damit es kein Zurück mehr geben kann, ganz im Sinne eines Eurer angebeteten Vorbilder – ‚Vorwärts immer, rückwärts nimmer‘. Diesmal muss es klappen mit dem Sozialismus. Weil er ja grün sein wird.“

„Mit der Kettensäge“ wolle er der Überbürokratisierung beikommen, verspricht Wirtschaftsminister Habeck. Warum die Wirtschaft ihm kein Wort glaubt, erklärt Dorothea Siems in der „Welt“ (22. Oktober):

„Habecks Selbstbild eines tatkräftigen Wirtschaftslenkers stößt ... bei Unternehmern auf beißenden Spott. Schließlich leiden die Firmen hierzulande erklärtermaßen an einem ‚Bürokratie-Burn-out‘. Mehr noch als der Fachkräftemangel und die Höchststeuerbelastung gilt der wuchernde Regulierungseifer des Gesetzgebers als veritabler Standortnachteil ... Gebetsmühlenartig geloben die Ampel-Koalitionäre Besserung. Ende September segnete der Bundestag das mittlerweile 4. Bürokratieentlastungsgesetz ab. Doch was an einer Stelle erleichtert wird, kommt an anderer doppelt wieder hinzu.“

Der „Focus“ (21. Oktober) zitiert aus dem Buch von Carolin Bosbach („Zeit für Mut“), der Tochter von CDU-Veteran Wolfgang Bosbach:

„Es ist Zeit für einen grundlegenden Politikwechsel. Einen Wechsel, der weit über den Austausch der Regierungsparteien hinausgeht. Wir schulden uns diesen Wechsel. Zu viele Menschen haben genug von schlechter Politik, von moralisierenden Auftritten, von einem Dauerfeuer aus Sprachregelungen und Denkvorgaben. Die Jugend hat genug von einer Politik, die nichts für sie im Köcher hat, außer der Ankündigung, dass der Wohlstand, den die vorherigen Generationen geschaffen haben, für sie nicht mehr reichen wird.“

● WORT DER WOCHE

„Der Wandel des Energiesystems scheitert gerade, er wird scheitern.“

Barry Norris, britischer Hedgefonds-Manager, laut „Nius.de“ vom 22. Oktober zu den globalen Aussichten der „grünen Energiewende“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Mehr Geld!

Was Margaret Thatcher schon wusste, und wie wir es bald erleben könnten

VON HANS HECKEL

Margaret Thatcher ist in die Geschichte eingegangen mit einer verblüffend lapidaren Feststellung: „Das Problem mit dem Sozialismus ist, dass dir irgendwann das Geld der anderen Leute ausgeht.“ Wir haben uns immer auszumalen versucht, wie das wohl aussieht, wenn dieses Geld alle ist, also in der ganz banalen Wirklichkeit.

Nun konnten wir es in den Nachrichten bestaunen, auch wenn wir nicht viel sehen konnten. Denn die sozialistische Wirklichkeit „nach dem Geld“ ist nicht nur im übertragenen Sinne stockfinster. Der tagelange Stromausfall im roten Paradies Kuba machte die marxistische Dunkelheit ganz plastisch „sichtbar“. „Elf Millionen Menschen sind betroffen“, hieß es in den deutschen Nachrichten. Man wollte wohl nicht gleich mit der vernichtenden Wahrheit herausrücken: Alle sind betroffen, denn das Land zählt nicht einmal mehr elf Millionen Einwohner.

So viele waren es einmal, bevor die Kubaner in hellen Scharen beschlossen haben, sich lieber in den USA, in Spanien oder sonst wo, vermehrt auch in Deutschland, einem kapitalistischen Ausbeutersystem auszusetzen als weiterhin unter den Segnungen des heimischen Sozialismus zu darben. Den kubanischen Exilanten in Deutschland dürfte indes bald dämmern, dass sie vom Regen in die Traufe gezogen sind.

Denn auch die hiesigen, modisch grün getünchten Sozialisten haben zunehmend Schwierigkeiten, mit dem Geld der anderen Leute über die Runden zu kommen. So hören wir an einem Tag, dass die öffentliche Hand im September mal wieder Rekordsteuereinnahmen verbucht, während man uns gleichzeitig darauf einstimmt, dass der Regierung an allen Ecken und Enden Zaster fehlt.

Laut Schätzung der CDU klafft im Budget für 2025 ein Loch von 43 Milliarden Euro. Na und? Keine Panik, der findige Sozialist weiß Rat. Die Grüne Jugend, gerade erst um ein paar Dutzend Spitzenfunktionäre erleichtert, schlägt vor, die Kröten bei den „Reichen“ abzustauben.

Wer wäre da nicht begeistert einverstanden? „Reich“ sind ja grundsätzlich nur diejenigen, die spürbar mehr besitzen und/oder verdienen als wir selbst. Und solche Typen gehen uns bereits seit der Pubertät gehörig auf den Senkel. Denen wollten wir doch

schon immer das Fell über die Ohren ziehen. Krieg den Palästen!

Wenn da nicht immer diese hässlichen Haken wären. Die meisten „Reichen“ horten ihr Geld nicht in den sprichwörtlich tiefen Taschen, sondern haben es hinterlistig in mittelständische Unternehmen gesteckt. „Investition“ nennen die Kapitalisten das. Aber mit dem Trick kommen sie uns nicht davon. Diese Betriebe fast alle zu enteignen, wie in der DDR oder auf Kuba, wirkt vielleicht etwas zu unelegant und könnte die üblichen Querulanten dazu ermutigen, unschöne Parallelen zu ziehen – etwa zu Kuba oder zur DDR. Aufgrund dessen macht es die Ampel da geschickter.

Insbesondere Wirtschaftsminister Habeck stranguliert die Mittelständler mit einem stetig wachsenden Stacheldrahtverhau aus neuen Vorschriften und zusätzlichem Bürokratieaufwand, bis die ganz von allein aufhören zu atmen. Sind sie schließlich tot, kann man alle möglichen Urheber für das Missgeschick benennen. „Putins Krieg“ wird hier immer wieder gern genommen.

Habeck dagegen inszeniert sich selbst als Held der heimischen Wertschöpfung. Mit stolzgeschwellter Brust feiert er sich dafür, was er schon alles für die deutsche Ökonomie ins Werk gesetzt habe – beispielsweise in Form von neuen Vorschriften und zusätzlichem Bürokratieaufwand. Letzteres nennt man allerdings lieber „Hilfestellung für die deutsche Wirtschaft“, weil’s hübscher klingt.

Hat die Generation Z recht?

Mit solchen Siegesmeldungen tritt der grüne Starminister sogar vor versammelten Unternehmensvertretern auf und wundert sich vollkommen ehrlich über den Mangel an Begeisterung, den sein Schalten und Walten dort auslöst. Die Entfremdung von Wirtschaft und Wirtschaftsminister ist mittlerweile so groß geworden, dass man nicht einmal mehr versteht, dass man sich komplett missversteht. Aber Habeck schert das erfrischend wenig, denn er weiß: Ich bin auf dem richtigen Weg, die Blödel kapieren es nur einfach nicht.

Experten wie Habeck schöpfen ihr Wissen schließlich aus Seminaren und PowerPoint-Präsentationen, die über jeden Zweifel aus der Praxis erhaben sind. Und sollte doch jemand zweifeln, treten Fachleute wie Marcel Fratzscher aus der Kulisse, um zu bestätigen, dass PowerPoint richtig liegt und diese Kon-

—
Enteignen wäre zu unelegant. Also stranguliert man die Wirtschaft mit Vorschriften und Bürokratie. Das Ergebnis bleibt gleich: Es wird dunkel



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de